



Türkei.14
Türkiye.14

nevar yok?

Erdoğan vs. Gülen

Einst vereinte religiös-reaktionäre Kräfte kämpfen um die Macht. Linke und das Militär dürfen zuschauen.
ab Seite 7

Kein Arzt, kein Schutz

Besonders verletzlich, besonders bedroht: Frauen und die Gefangenen.
ab Seite 14

Brennpunkt Kurdistan

Türkische Politik und Waffen gegen die Visionen der autonomen kurdischen Provinz Rojava.
ab Seite 21

Gezi ist überall

Warum eine riesige Bewegung um ein kleines Stück Grün in Istanbul kämpfte. Und was andere Projekte darauf aufbauen.
ab Seite 28

Staatsterror im Gericht

Angeklagt: Kritische Journalist_innen und solidarische Anwält_innen.
ab Seite 34

Editorial

Liebe Leser_innen

Über die Türkei konnte man in den letzten Monaten vieles lesen, kaum in die Medien schafften es aber die zahlreich geführten Massenprozesse, insbesondere gegen Journalist_innen und Anwält_innen.

Als internationale Beobachter_innen haben auch Delegierte aus der Schweiz und Deutschland mehrfach diese Prozesse besucht und sich über die katastrophale Lage ein Bild machen können. So entstand die Idee, ein «antidotincl.» zum Thema Türkei/Kurdistan zu realisieren. Was wir dann zu viert und mit der grossartigen Unterstützung weiterer Autor_innen und Übersetzer_innen in den letzten Wochen auch taten.

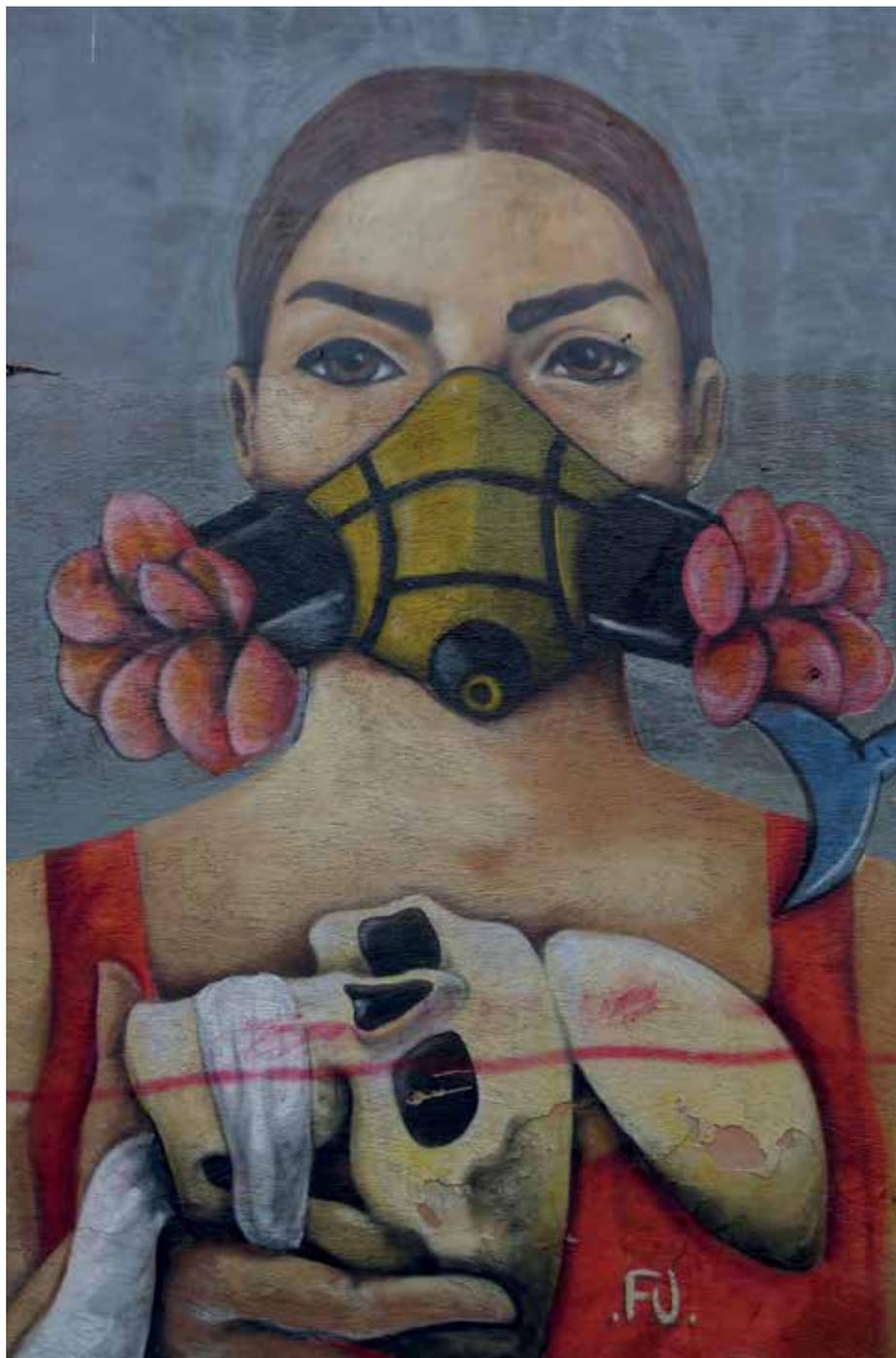
Bebildert ist dieses «antidotincl.» mit Strassenkunst aus Istanbul. Unsere Fotos entstanden im Dezember 2013; teils waren Bilder und Schriften noch gut zu lesen, teils sind sie weggeputzt oder übermalt worden. Das Titelbild inspirierte uns auch für den Hefttitel «Ne var, ne yok?» – auf deutsch etwa: «Wie gehts, wie stehts?» – oder eben genauer übersetzt: «Was gibts, was gibt es nicht?».

Als Ergänzung zu den Texten und in Zusammenarbeit mit dem Kino der Reitschule Bern findet im April 2014 ein Filmzyklus statt (Programm siehe letzte Seite und: reitschule.ch/reitschule/kino).

Die redaktionelle und gestalterische Arbeit am «antidotincl.» wird vollumfänglich ehrenamtlich geleistet, aber die Produktion und der Versand sind mit Ausgaben verbunden. Damit wir die Zeitung gratis verteilen und auflegen können, sind wir auf Spenden von Organisationen und Einzelpersonen angewiesen. Daneben möchten wir dem Solidaritätsnetz in Istanbul, das sich um kranke ehemalige Gefangene kümmert, eine Spende zukommen lassen: PC 60-161696-8, Verein Antirassistische Perspektive, Postfach 5055, 3001 Bern, Vermerk «antidotincl.» oder «Solidaritätsnetz».

Tesekkür ederiz – besten Dank euch und Ihnen allen für eure finanzielle Unterstützung, für die Solidarität und auch dem Antidot- und dem WOZ-Kollektiv auch für den Support.

— die Redaktorinnen



Wandbild in Kadıköy-Istanbul, Dezember 2013.

IM KINO

Filmzyklus Türkei – Kurdistan

1. – 30. April 2014 im Kino in der Reitschule Bern

Programm siehe letzte Seite und <http://reitschule.ch/reitschule/kino/>

ANTIDOTINCL.

Das «antidot» wurde 2006 als Wochenzeitung aus der widerständigen Linken gegründet. Leider war nach wenigen Nummern gleich wieder Schluss – die angestrebten Abonnementszahlen und die Finanzierung wurden nicht erreicht. Das Konzept wurde so angepasst, dass unter dem Namen «antidotincl.» von Einzelpersonen und Organisationen Schwerpunktnummern gestaltet werden können – mit Unterstützung des antidot-Herausgeber_innenkollektivs, das mit seinem Zeitungs-KnowHow mit Rat und Tat zur Seite steht. antidotincl. wird jeweils der WOZ in einer Auflage von 17000 Exemplaren beigelegt, weitere Exemplare werden durch die jeweiligen Macher_innen verteilt.

IMPRESSUM

«ne var? ne yok?» – ein antidotincl. zur Türkei und Kurdistan – wird herausgegeben vom Verein antidot
Verantwortliche Redaktion Seda Aktepe, Katja Boller, Agnes Hofmann, Annina Mullis
Auflage 17000 Exemplare **Konzept** potzdonnerwetter.ch **Layout** blau **Finanzielle Unterstützung** augenauf; Demokratische Jurist_innen; Kontaktstelle Menschenrechte des HEKS, Tour de Lorraine.
Kontakt admin@antidotincl.ch **Redaktion** redaktion@antidotincl.ch **Briefadresse** Verein antidot, Postfach 8616, 8036 Zürich
Konto PC 60-161696-8 Verein Antirassistische Perspektive, Postfach 5055, 3001 Bern, Vermerk «antidotincl.»
 Bern, März 2014

Ne var, ne yok?

Blicke in die bewegte Türkei

Meine Istanbuler Freundin G. ist immer skeptisch. Freue ich mich, dass entlang des Bosphorus Pärke angelegt werden, so sagt sie, die Stadtverwaltung wolle nur ihren Freunden Bauaufträge zuschanzen. Dass es im Ergenekon-Prozess endlich den Foltergenerälen an den Kragen ging, kommentierte sie trocken: «Pass auf, die wollen sich nur an ihre Stelle setzen». G. hat immer recht. Die Istanbuler Stadtverwaltung verschönert nicht nur die Stadt, sondern vertreibt Zigtausende von Armen unbarmherzig aus ihren Wohnungen und wertet systematisch Quartiere zum Wohle von Immobilienhaien und Bauunternehmern auf. Und aus dem Prozess gegen putschlüsternde Generäle und Geheimdienstler wurde eine Prozesslawine gegen Anwältinnen, Journalisten, Intellektuelle, Oppositionelle, Kurdinnen, jugendliche Protestierende, Twitterer und wer auch immer ins Fadenkreuz der Justiz geraten war.

Die Türkei ist ein Mosaik. Ein Mosaik aus kleinen und grossen Teilen von Geschichte und Geschichten, eingebildeten «Völkern», wirklichen Sprachen und Herkunftsn, aus Religionen, Stämmen und Sekten, aus alten und neuen Kämpfen.

Verfolgt man die Geschehnisse in der Türkei aus den europäischen Medien, in Gesprächen mit Freund_innen und während gelegentlichen Besuchen, so ist es, wie wenn man eine Landschaft bei Gewitter betrachten würde. Wir lesen von Prozessen gegen Aktivist_innen der PKK, von Arbeiterkämpfen, vom Widerstand und Elend der Kinder und Jugend im kurdischen Südosten, von Kämpfen der Frauen, von Demokratisierung der Verfassung, von Unterdrückung von Minderheiten, vom Krieg und Verhandlungen im Osten, von Waffentransporten in und Flüchtlingstrenks aus dem syrischen Bürgerkrieg, vom Immobilienboom und Aufschwung Istanbuls, von Electroboom, von Industrierfolgen, von Massentourismus an der Küste und und und. Scharf blitzen einzelne Teile der Landschaft, ein Baum, eine Hauswand auf und brennen sich in die Netzhaut, doch orientieren können wir uns nicht.

Im Juni 2013 hielt der Blitz lange an und beleuchtete eine neue, junge Türkei. Mit den landesweiten Protesten gegen die Zerstörung des Istanbuler Gezi-Parks erlebte die Türkei eine Bewegung, die man vielleicht mit der europäischen «Jugendbewegung» der 1980er-Jahre vergleichen

kann. Es ist eine Kulturrevolution. «Unpolitische», Grüne, Junge, hartgesottene Kommunisten und noch härter gesottene Fussball-Ultras, Alevitinnen, Arme, Atheisten, Sunniten, Kurdinnen, Türken, Griechen, Armenierinnen, Touristen, Arme, nicht so Arme, Frauen, Männer, Heter@s und Hom@s – ein nicht kleiner Teil des türkischen Mosaiks fand sich im Protest gegen das Fällen von ein paar Bäumen für noch ein schickes Einkaufszentrum im Zentrum von Istanbul. Meine Freundin G. war für einmal begeistert. Menschen, die sich an anderen Orten und zu anderen Zeiten im besten Fall gemieden hätten, diskutierten ernsthaft miteinander, es gab eine Explosion von Kreativität und Kunst. Wir in der Schweiz staunten von aussen und freuten uns.

Mit dieser Ausgabe von «antidotincl.» werfen wir in fünf Kapiteln ein Licht auf einige Aspekte des türkischen Mosaiks und stellen Zusammenhänge her.

- Alp Kayserilioğlu, Güney Isikara, Max Zirngast setzen sich zum einen mit der Politik und den Werten der AKP auseinander.
- Zum anderen analysieren sie die Hintergründe des Machtkampfes zwischen Erdoğan und der Gülen-Bewegung.
- Bayram Kaya wirft einen Blick in die jüngere Geschichte der Türkei und weiss, was früher dort stand, wo jetzt der Gezi-Park ist.
- Nahide Kılıç nimmt die Frauenpolitik der AKP-Regierung unter die Lupe,
- während sich Adrian Schuster mit der Gewalt an Frauen beschäftigt.
- Alois Hinterfuhren beschreibt, welcher Hass LGBTI-Menschen entgegenschlägt und warum sie wegen ihrer sexuellen Orientierung getötet werden.
- Fazıl Ahmet Taner vom IHD Istanbul berichtet über die katastrophalen Bedingungen in türkischen Gefängnissen und das Solidaritätsnetz Istanbul.
- Die türkische Syrienpolitik beziehungsweise das Vorgehen gegen die kurdische Selbstverwaltung in Rojava beleuchtet Alp Altınörs.
- Ergänzend wird der kurdische Widerstand in Syrien und der Kampf um ein freies Kurdistan von Amir Ali vertieft betrachtet,
- während Michael Backmund von einem Mahnmal für ermordete PKK-Aktivist_innen berichtet.

- Weiter versucht er aus den jüngsten Protesten rund um den Gezi-Park eine Bilanz zu ziehen.
- Tom Locher beschreibt die Rolle der sozialen Medien während der Juni-Proteste und wie er diese im Internet quasi live miterlebte.
- Zu guter Letzt berichten Michael Backmund, Thomas Schmidt und Annina Mullis von politischen Prozessen, die aus Journalist_innen und Anwält_innen Terrorist_innen machen (sollen).

— Alois Hinterfuhren

Alois Hinterfuhren ist seit den 1980er-Jahren fasziniert von den Menschen und Geschichten der Türkei. Er mag #direngezi.

MERHABA

Sevgili okurlar, Türkiye ve Kuzey Kürdistan'daki çeşitli dava süreçlerinde gözlemci olarak bulunan ve bu süreçleri yakından takip eden bizler, özellikle kitlesel yargılamaların (avukatlar davası, gazeteciler davası vs.) sürekli rapor edilip bildirilmesine karşın, medyada neredeyse hiç yer almaması üzerine, olup bitenleri duyurabileceğimiz bir fikir geliştirmek durumunda kaldık. Elinizde tuttuğunuz bu «antidotincl.» nüshası, bu kaygımızın, yazar ve çevirmenlerin büyük yardım ve destekleriyle, fiili bir projeye dönüşmüş halidir. Elbette, bir gazete Türkiye ve Kuzey Kürdistan üzerine olunca, anlatacak-anlatılması gereken hususlar da çok oluyor. Bütün yazılar, yer darlığından ötürü planlananın aksine, konulara ilişkin Türkçe pek çok yazı ve haber bulmak mümkün olduğundan, sadece Almanca olarak ve yanında kısa bir Türkçe özetle gazetedeki yer alabilmiştir. Kitlesel yargılamalardan Haziran ayaklanmasına, AKP-Cemaat çatışmasından AKP'nin kadın politikalarına, hapishanelerdeki hasta mahpuslardan Suriye politikasına, Kürdistan'daki toplu mezarlardan LGBTİ bireylere dönük homofobi ve nefret cinayetlerine kadar pek çok konudaki makale, haber ve röportaj ile yaşanan sorunların bir panoraması sunulmaya çalışılmıştır. Bu gazete projesinin yanı sıra, Reitschule Bern sinema kolektifi ile ortak bir çalışma olarak «Nisan 2014, Türkiye ve Kuzey Kürdistan Film Günleri» kapsamında yapılacak film gösterimlerinde buluşmak üzere! Emeği geçen herkese sonsuz teşekkürler – besten Dank!

«Ich verspreche es dir,
der Frühling kommt wieder».
Streetart in Yenikapı-Istanbul,
Dezember 2013.



Aktuelle Politik & etwas Geschichte

Woher die AKP kam und wohin sie will.

Das sozio-ökonomische Projekt der AKP

Die AKP-Politik und die Widersprüche der türkischen Gesellschaft __ Die Wahrnehmung der AKP, besonders im Westen, aber teilweise auch in der Türkei, ist stark kulturalistisch geprägt. Als wesentliches Merkmal wird der Islam verstanden und die AKP als Gegenspieler der säkularen und modernen Kräfte in der Türkei angesehen. Eine Analyse ihres sozio-ökonomischen Programms zeigt jedoch, dass der Bruch zum früheren Putschregime gar nicht so gross ist.

Die politischen Konfliktlinien der türkischen Gesellschaft werden im «Westen» wie in der Türkei meist kulturalistisch interpretiert – als Kampf zwischen konservativ-islamischen (mehrheitlich repräsentiert von der regierenden AKP) und säkular-modernen Kräften (mehrheitlich repräsentiert von der kemalistischen CHP). Auch im Zuge der Gezi-Proteste orientierten sich die meisten Analysen an dieser Argumentationslinie. Entgegen dieser Sichtweise, die den Bereich der Ökonomie ausklammert, verstehen wir die AKP als eine Partei, die durch gesamtkapitalistischen Konsens 2002 an die Macht gekommen war und die nach den chaotischen und ökonomisch katastrophalen 1990er-Jahren dem «Standort» Türkei «Stabilität» bringen sollte. Um das zu erreichen, setzte die AKP nicht auf einen Bruch mit dem ab 1980 von kemalistischen Generälen brutal installierten Post-Putsch-Regime, sondern setzte dessen Politik fort.

Wenngleich einige «Reformen» schon davor unternommen worden waren, so kann man die erste Phase der neoliberalen Restrukturierung der türkischen Gesellschaft doch mit dem Putsch von 1980 datieren. Dieser richtete sich in erster Linie gegen die Arbeiter_innenbewegung und die Gewerkschaften und sollte die notwendige «Stabilität» autoritär garantieren.

Die Post-Putsch-Gesellschaft ist aber nicht nur ein wirtschaftliches Projekt, sondern auch ein gesamtgesellschaftliches. Es war das erklärte Ziel des Putschgenerals Kenan Evren, eine «ideologiefreie» Generation heranzuziehen, das heisst die Linke ideologisch zu marginalisieren. Der Imam Fethullah Gülen, mit seiner Cemaat (Gemeinschaft) mittlerweile in aller Munde, gab 1981 das Predigen auf und widmete sich fortan dem ideologischen Kampf gegen den Kommunismus und gegen die kurdischen Freiheitsbestrebungen – was voll auf Linie der Militärs war.

1984 wurden die Gütermärkte und 1989 die Finanzmärkte völlig liberalisiert und die Türkei somit zu einem beliebten

Finanzanlageplatz. Aufgrund ihrer strukturellen Schwächen wurde die türkische Ökonomie stark von internationalen Kapitalströmen abhängig.

Die 1990er-Jahre waren gezeichnet von politischen und ökonomischen Krisen, mit der grossen Krise 2000/1 als Höhepunkt. Kemal Derviş gab 2001 seine Position bei der Weltbank auf, wurde türkischer Wirtschaftsminister und entwarf ein Programm zur Restrukturierung der türkischen Wirtschaft. Als 2002 die AKP nur ein Jahr nach ihrer Gründung einen deutlichen Wahlerfolg erzielte, war sie es, die mit der Umsetzung der zentralen Punkte des Programms von Derviş ernsthaft begann.

Die AKP war die ideale Partei um die kriselnde türkische Politik zu stabilisieren und der stagnierenden Wirtschaft zum Aufschwung – freilich im Sinne des Kapitals – zu verhelfen. Der Islam der AKP ist durchaus konservativ und die Partei stark autoritär, was sich schon an der inneren Organisationsstruktur erkennen lässt. Zugleich ist die Partei aber durch und durch neoliberal, und ihr Verhältnis zur Religion ist instrumenteller und weniger sektiererisch als das der Wohlfahrtspartei von Necmettin Erbakan, der 1997 nach kurzer Regierungszeit von den Militärs im so genannten postmodernen Putsch von der Macht gedrängt wurde, und aus der sich die AKP letztlich durch Abspaltung konstituierte.

War die AKP die ideale Partei? Die Gründung der Türkischen Republik ist ein klassisches Beispiel für eine bürgerliche Revolution in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems, die wegen einer schwachen Bourgeoisie ohne populär-demokratische Revolution verlief. Daraus folgte eine Zusammenarbeit der Bourgeoisie mit Elementen der präkapitalistischen Produktionsweise. Die Religion spielte dabei weiterhin eine wichtige Rolle.

Bei der Gründung der Türkischen Republik 1923 setzte die herrschende Klasse unter Führung von Mustafa Kemal Atatürk zwar auf Säkularismus und Laizismus, und die Symbole des feudalen und

islamischen osmanischen Reiches wurden «modernisiert». Dennoch blieb der Islam immer die Religion des Volkes, besonders in Anatolien. Die Modernisierungen Mustafa Kemals wurden autoritär eingeführt, getragen von einer kleinen Elite und bei materiellem und ideologischem Ausschluss des Grossteils der Bevölkerung.

Die kemalistischen Eliten setzten im Osten und in den kurdischen Gebieten gezielt auf Zusammenarbeit mit den feuda-

«Das Wachstum war immer Wachstum des Kapitals; durch Konsumboom, Kredite und Verschuldung gelang es jedoch, die Massen partiell an diesem Wachstum teilhaben zu lassen.»

len Scheichs und Aghas, den Grossgrundbesitzern, und auf eine gezielte Unterentwicklung gegenüber der westlichen Türkei. Das kemalistische Modell ist stark nationalistisch und bürokratisch und war als solches um die Jahrtausendwende den Anforderungen des Kapitals nicht mehr adäquat.

Darüber hinaus bestand eine Kluft zwischen der elitistisch-kemalistischen Politik und dem Volk, die sich in der Tatsache manifestiert, dass die CHP – als der Gralshüter der kemalistischen Tradition – seit 1950, dem Übergang zum Mehrparteiensystem und formell freien Wahlen, nur einen einzigen Wahlsieg erzielt hatte. Gegen die rigide, etatistische und bürokratische CHP versprach die AKP die Demokratisierung des Landes, vor allem aber zeigte sie sich als Repräsentantin der bisher weitgehend von der Politik ausgeschlossen Teile der Bevölkerung und setzte zunächst stark auf das Anstreben einer EU-Mitgliedschaft.

Die AKP kann mit der bewussten Forcierung des sunnitischen Islams die Interessen des türkischen und internationalen Kapitals viel besser garantieren, weil sie ihre Basis in der konservativen Landbevöl-

AKP'NIN SOSYO-EKONOMIK PROJESİ

Türkiye'deki siyasi çatışma tarafları, her şeyden önce «Batı»da, fakat aynı zamanda da Türkiye'de, kültürel özellikler üzerinden tanımlanıyor. Bir tarafta AKP gibi Muhafazakar-İslamcı güçler, diğer tarafta Kemalist CHP'nin temsil ettiği seküler-modern güçler. Ancak bizim görüşümüze göre bu çatışma değerlendirilirken ekonomik etmenler göz ardı ediliyor. 90'ların felaket ekonomik döneminden sonra, 2002 yılında iktidara gelen AKP, her şeyden önce ekonomiyi stabilize etmeliydi. Bu iktidar sanıldığı kadar aksine, Kemalist darbeci rejim politikasını ortadan kaldırmayıp devam ettirmiştir. AKP, her ne kadar iktidara geldiği ilk dönemlerde ülkenin demokratikleştirileceği sözünü vermişse de, sonrasında temel olarak sadece ekonomik çıkarlarla hareket etti. Bu süreçte Türkiye'de temel haklar açısından önemli bir iyileşme yaşanmadı ve Türkiye'deki Kürtler hala çok ciddi siyasal baskı altında. Ayrıca şu da çok net görülüyor ki, AKP hükümeti kendi iktidarını pekiştirebildiği oranda, baskıcı ve muhafazakar yüzünü daha fazla ortaya çıkarıyor. Fakat bu iktidar çöküyor!

kerung Anatoliens wie auch bei den in die Städte migrierten Massen hat. Diese breite Basis über den islamischen Diskurs bringt politische Stabilität; ausserdem erlaubt der «neo-osmanische» Kurs eine ganz andere Aussenpolitik als der türkische Nationalismus gegenüber den Ländern im mittleren Osten und Nordafrika.

Nicht zuletzt garantierte die AKP auch den so wichtigen Kapitalfluss islamischen Kapitals aus den Golfstaaten und Saudi-Arabien. Gleichzeitig sollte die AKP in der Lage sein, das grösste Problem des türkischen Staates, den Krieg mit der PKK, zu beenden. Der Krieg schadet der türkischen Wirtschaft enorm und verhindert die Entwicklung von Infrastruktur in den kurdisch dominierten Gebieten.

Die Wiederbelebung der türkisch-kurdischen Einheit unter dem Dach des Islams wie in osmanischen Zeiten – viele Kurden sind ebenfalls sunnitische Moslems, während andere, besonders in Dersim und Erzincan, Alevit_innen sind – kann nur mit einer Partei wie der AKP erreicht werden. Gerade weil sie auf die Religion setzt und nicht auf den türkischen Nationalismus.

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der EU setzte die AKP vorgeblich gewisse Schritte zur Demokratisierung in die Tat um, wie die Bekämpfung von Folter, das Ende der Straffreiheit für Polizisten oder teilweise das Anerkennen von Minderheitsrechten (Zulassung kurdischer Radio- und Fernsehkanäle, Gründung von Kurdologie-Instituten, etc.). Daneben entzückte die AKP (Links-)Liberalen in der Türkei wie im Westen, indem sie stark gegen die Einmischung des Militärs in die Politik auftrat, zivile Klagen gegen hohe Militärs ermöglichte und den alten und obsoleten

«tiefen Staat» teilweise liquidierte. Die so genannte demokratische Öffnung in der Kurd_innenfrage wurde sogar von manchen linken Parteien und Organisationen unterstützt.

Tatsächlich traf das Gegenteil ein: Hinsichtlich Grundrechte gab es keine wesentliche Verbesserung, die Verhandlungen mit der kurdischen Bewegung erwiesen sich als Wahltaktik – tausende gewählte kurdische Politiker_innen sitzen seit Jahren im Knast –, die Unterdrückung der Opposition nahm zu und zahlreiche linke Organisationen wurden regelmässig Opfer polizeilicher Operationen, linke Politiker_innen sitzen in Massen im Gefängnis, Demonstrationen wurden mit Polizeigewalt begehnet und die Türkei hat die pro Kopf höchste Inhaftierungsrate von Journalist_innen weltweit.

Je mehr sich die Macht der AKP durch Wahlsiege festigte, desto deutlicher wurde ihr autoritärer, aber auch ihr konservativer Charakter: Beispielsweise wollte sie Abtreibung verbieten und Erdoğan legte jeder Frau nahe, mindestens drei Kinder zu bekommen. Gleichzeitig wurden sowohl der Geheimdienst, die Polizei und die Justiz Schritt für Schritt umgebaut und von der AKP-Gülen-Allianz – die jetzt gerade in sich zusammenbricht – übernommen. Auch die Medien blieben von dieser Umgestaltung der Gesellschaft nicht unberührt: Durch eine beispiellose Konzentration, Unterdrückung und Zensur dienen sie der Machtkonsolidierung der Regierung. Kurz gesagt, an die Stelle der liquidierten militärischen Bevormundung trat durchgesetzter Zwangsapparat, der wo nötig selektiv eingesetzt wurde und zwar – zumindest bis zum Juni-Aufstand – gegen zuvor bereits isolierte Elemente (zum Beispiel Kurd_innen, Sozialist_innen).

Bemerkenswert ist, dass die Regierung so neoliberal wie autoritär ist. Die AKP übernahm 2002 die Regierung in einer sehr günstigen internationalen Konjunktur (einer Aufschwungsphase), die durch hohe globale Liquidität gekennzeichnet war. Im Inland war das Bankenwesen nach der Krise restrukturiert und von riskanten Elementen der 1990er-Jahre bereinigt worden. In enger Zusammenarbeit mit dem IWF setzte die AKP die «strukturellen Anpassungsreformen» weiter durch. Mit restriktiver Fiskal- und Geldpolitik, der Erklärung der Inflationsbekämpfung zum allerhöchsten wirtschaftlichen Ziel, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, zunehmender Privatisierung der Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen, den durchgesetzten Flexibilisierungsmassnahmen des Arbeitsmarkts und günstiger Wechselkurs- und Zinspolitik für ausländisches Kapital signalisierte die AKP den globalen Märkten, dass die Türkei zu

einem der besten Orte für Finanzanlagen wurde.

Dass aber die Türkei das Wachstum einerseits dem kreditbasierten Konsumboom und ausländischen Kapitalflüssen, andererseits dem eine Blase formierenden Bausektor verdankt, wurde kaum thematisiert. Die elfjährige Wirtschaftspolitik der AKP hat deshalb eine sehr hohe Krisenverwundbarkeit zur Folge. Sie manifestiert sich besonders in extrem hohen privaten Aussenverschuldung und chronischen Leistungsbilanzdefiziten und kann sich angesichts der gegenwärtigen politischen Instabilität im Inland und der Wende in der globalen Konjunktur jederzeit zu einer heftigen Krise der gesamten Wirtschaft umwandeln.

Das von der AKP verkörperte «Modell Türkei» kann mittlerweile wohl als gescheitert gelten, und die aktuellen Kämpfe als Ausdruck dieses Scheiterns und als ein Kampf um die Zukunft.

Noch immer berufen sich Erdoğan und die AKP auf die grossen Erfolge, besonders der türkischen Wirtschaft. Doch das angebliche Wirtschaftswachstum der Türkei war von Anfang an sehr ungleich verteilt und ist mittlerweile an seine Grenzen gestossen. Das Wachstum war immer Wachstum des Kapitals. Durch Konsumboom, Kredite und Verschuldung gelang es jedoch, die Massen partiell an diesem Wachstum teilhaben zu lassen.

Seit einiger Zeit aber betreffen die Auswirkungen dieses Wachstums die Lebensrealität vieler Menschen im negativen Sinne, vor allem durch Gentrifizierung der grossen Städte und umweltschädlicher Megaprojekte (besonders Staudämme). Der Anfang vom Ende der AKP in der bisherigen Verfassung wurde bereits eingeleitet, ihr sozio-ökonomisches Projekt und das antidemokratische Regime im Allgemeinen wird jedoch nur in einem langen Kampf von unten zu überwinden sein.

— Alp Kayserilioğlu, Güney Işıkar, Max Zirngast

Alp Kayserilioğlu studiert Philosophie und Geschichtswissenschaften in Frankfurt am Main und schliesst gerade seinen Magister ab. Max Zirngast studiert Philosophie und Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Wien und befindet sich ebenfalls in seiner Abschlussphase.

Güney Baki Işıkar hat seine VWL-Master abgeschlossen und schliesst derzeit seinen MA in Wirtschafts- und Sozialgeschichte ab.

Alle 3 Autoren sind zudem als freie Übersetzer, Schriftsteller und Journalisten tätig.



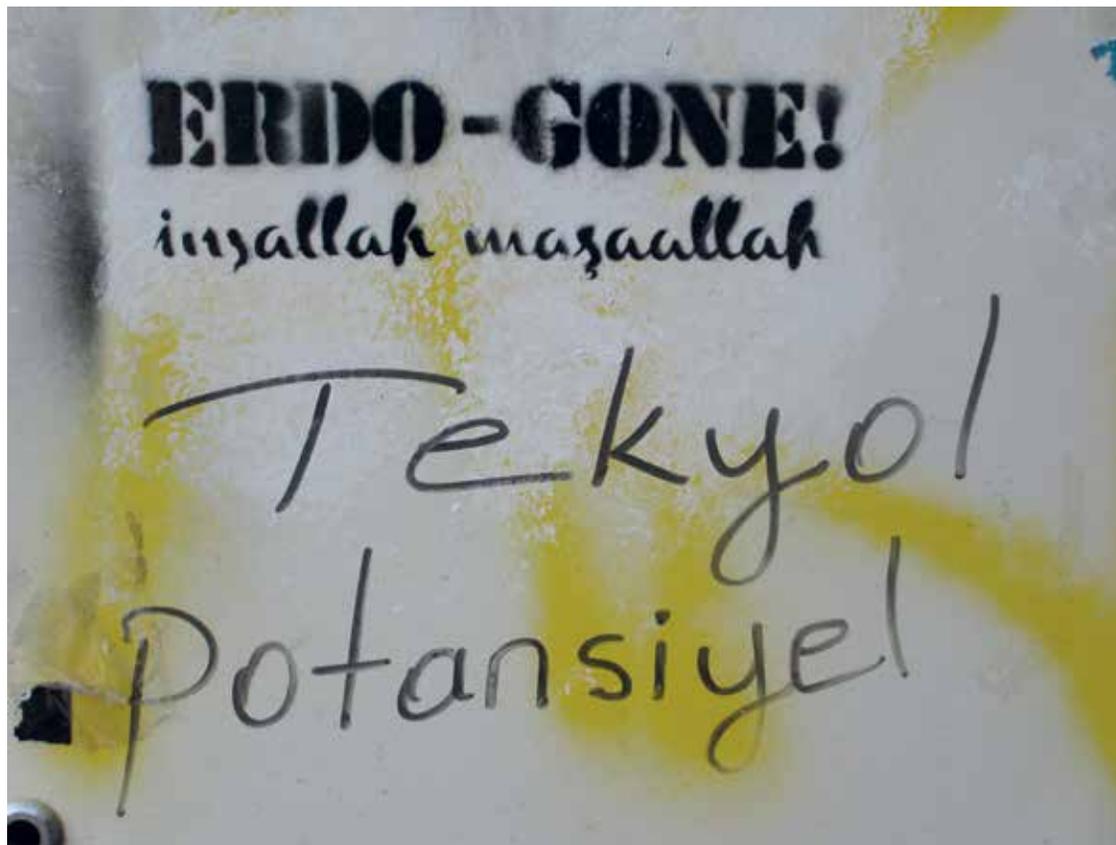
Übermaltes Graffiti von Atatürk; Schablone «es reicht!», Streetart in Cihangir-Istanbul, Dezember 2013.

Der Machtkampf und die Linke

Erdoğan vs. Gülen-Bewegung: Und was tut die Linke? __ Seit dem Juni-Aufstand letzten Sommer überschlugen sich die politischen Ereignisse in der Türkei. Die Machtverhältnisse verschieben sich laufend, der Ausgang der Entwicklung ist noch ungewiss. Wie sich die Linke in dieser Situation positioniert ist von grösster Bedeutung – dafür müssen auch die Hintergründe des Machtkampfes zwischen Erdoğan und Gülen analysiert werden.

Die türkische Regierungspartei AKP hatte sich kaum vom Schock des Gezi-Widerstands erholt, als sie in den späten Dezembertagen der nächste Schlag traf. Diesmal wurde sie nicht mit Widerstand der Strasse konfrontiert, sondern mit einem ausgewachsenen Korruptionsskandal, der bis in die höchsten Kreise der AKP und ihrer Verbündeten zu reichen scheint. Es geht um einen Machtkampf zwischen zwei Fraktionen der herrschenden Klasse. Die treibende Kraft hinter den Ermittlungen gegen die AKP-Oberen ist die so genannte Cemaat (Gemeinschaft) des Imams Fethullah Gülen.

Die Cemaat ist, genauso wie die Spitze der AKP, auch ein grosser Wirtschaftskonzern: Ihr gehören Schulen, Medien, Banken sowie Dershaneler (Nachhilfeinstitute, die auf die zentrale Hochschulreifeprüfung vorbereiten). Darüber hinaus haben Cemaat-Mitglieder erwiesenermassen Teile



«Erdo-gone – hoffentlich», «Einbahnstrassen-Potenzial», Streetart in Cihangir-Istanbul, Dezember 2013.

der Polizei und Justiz unterwandert. Die AKP und die Cemaat waren jahrelang politische Verbündete, die gemeinsam die Hegemonie eines konservativen und autoritären Islams samt neoliberaler Wirtschaftspolitik konstituierten. Gemeinsam haben/hatten sie zudem einige Feinde, nämlich die Militärs, die zusammen mit den kemalistischen Eliten die Türkei seit den 1920er-Jahren bis nach der Jahrtausendwende mehr oder weniger ohne Unterbruch dominiert haben, sowie die Linken und die kurdische Bewegung.

Doch AKP und Cemaat haben nicht den gleichen Hintergrund. Die Führungskader der AKP kommen aus der Nakschibendi-Tradition, einer eher konservativen aus dem 14. Jahrhundert stammenden islamischen Strömung, während Gülen ein Schüler des islamischen Theologen Said Nursi war, der erst 1960 verstarb, und der einen moderneren, offenen Islam predigte.

Gülen, der direkt nach dem Putsch 1980 das Predigen aufgab und ein Schulnetzwerk im Osten der Türkei aufzubauen begann, um der Linken ideologisch entgegenzutreten, ist stärker türkisch-nationalistisch und promilitaristisch orientiert als Erdoğan. Zugleich hat Gülen eine sehr enge Beziehung zu den USA, wo er im – mittlerweile freiwilligen – Exil lebt und von wo er finanziell stark unterstützt wird.

Diese Unterschiede führten bereits vorher zu Differenzen zwischen den Lagern, unter

anderem in der Aussenpolitik – sowohl die Haltung der AKP beim Zwischenfall mit der Free-Gaza-Flottille, wie auch ihre aggressive Politik gegenüber Syrien wurden von der Cemaat kritisiert. Besonders aber der «Verhandlungsprozess» mit der kurdischen Bewegung führte zu Spannungen, da Gülen Verhandlungen mit der KÇK/PKK, die seit 1985 einen bewaffneten Kampf führt, vehement ablehnt.

Im ersten grösseren Konflikt zwischen den zwei Parteien wurde der Chef des MIT, des türkischen Nachrichtendienstes, Hakan Fidan beschuldigt, – aufgrund schneller Gesetzesänderung aber nicht angeklagt – mit Terroristen, das heisst Öcalan und der KCK-Führung, zu paktieren, was er auf Anweisung Erdoğan's ja auch gemacht hatte.

Schliesslich veränderte der Juni-Aufstand 2013 die Kräfteverhältnisse der Türkei wesentlich. Breite Teile der Bevölkerung spielten das Spiel der Herrschenden nicht mehr mit und die Hegemonie der Regierungspartei AKP, die im Parlament die absolute Mehrheit besitzt, bekam Risse. Erdoğan offenbarte sein Unvermögen mit Protest und offener Opposition auf der Strasse umzugehen, was die Vormachtstellung des herrschenden Blocks noch stärker gefährdete und daher auch Gülen bekümmerte.

Im Herbst erliess die AKP ein Gesetz, das die Schliessung der für die Cemaat ökonomisch und ideologisch immens wichtigen Dershaneler vorsieht (umge-

setzt Ende Februar 2014). Die Korruptionsanklagen gegen führende AKP-Kader und der Partei nahestehende Personen, sowie die Entlassung hunderter oder sogar tausender – höchstwahrscheinlich Gülen nahestehender – Personen in Polizei und Justiz durch Erdoğan sind die bisher letzten Züge der rivalisierenden Kräfte.

Wir interpretieren die Ereignisse so: Wenn – wie bei beim Juni-Aufstand – die Hegemonie der Herrschenden zerbricht oder zu zerbrechen droht, brechen gelegentlich auch die Allianzen innerhalb der herrschenden Klasse auf. Jemand aus diesem Kreis muss dann für die Krise verantwortlich gemacht und im Sinne der herrschenden Ordnung geopfert werden.

Was vorher war: der Siegeszug der AKP

Von 2002 (erster Wahlsieg der AKP) bis spätestens 2012 (endgültige (?) Niederlage des Militärs als politische Kraft) fuhr die AKP einen glänzenden Siegeszug. Nach vielen Jahrzehnten der Dominanz hat die AKP die Krise der 1990er-Jahre überwunden und sich als neue Macht installieren können.

Dermaßen stark und gesichert konnte die AKP den grossen Wurf wagen und ihr so genanntes neo-osmanisches Projekt vorantreiben – die Türkei als regional-imperialistische Macht. Der Juni-Aufstand zeigt jedoch, dass dieser historische Wurf nicht gelang, die Stärke der AKP dafür nicht reichte, womit ihr Niedergang eingeleitet ist. Wie sich dieser Niedergang gestaltet, wird sich erst noch weisen. Viel hängt davon ab, ob es der Linken gelingt, im jetzt folgenden «Stellungskrieg» zu wachsen.

«Hükümet istifa» Auf den Korruptionsskandal vom letzten Dezember reagierte die Bevölkerung mit Demonstrationen in vielen Städten der Türkei. Die Regierung antwortete erneut mit grosser Polizeigewalt. Der zentrale Slogan dieser Proteste war «Hükümet istifa» (Regierung Rücktritt), was bereits auch die Grenzen der Proteste aufzeigt. Den Rücktritt der Regierung, das heisst der Gruppe um Erdoğan und von Erdoğan selbst, fordern nämlich auch die rivalisierenden Fraktionen der herrschenden Klasse, besonders die kemalistische CHP, die grösste Oppositionspartei.

Die CHP, die mit mässigem Erfolg schon versucht hatte, sich die Gezi-Proteste anzueignen und in eine parlamentarische Richtung zu lenken (obwohl freilich die lokale CHP die Pläne zum Umbau des Gezi Parks mit der AKP gemeinsam abgesegnet hatte), setzt angesichts des schon länger schwelenden und nun offenen Konflikts zwischen der Cemaat und der Gruppe um Erdoğan auf eine neue Strategie. Sie zeigt sich offener gegenüber der Cemaat. Dies

IKTIDAR MÜCADELESİ VE SOL ERDOĞAN İLE GÜLEN HAREKETİ KARŞI KARŞIYA: PEKİ SOL NE YAPIYOR?

AKP ile Fethullah Gülen Cemaati uzun yıllardır siyasi müttefiklerdi ve her ikisi de muhafazakar ve otoriter bir İslam ile neoliberal ekonomi politikaları savunucusuydular. Ordu, sol ve Kürt hareketi bu ikilinin ortak düşmanı idi. Fakat geçen yazdan bu yana bu ittifakın bozulduğu görülüyor. Bir taraftan Erdoğan'ın protestolar ve sokak muhalefeti ile başa çıkmaktaki yetersizliği, öte yandan dış politika ve 2013 sonundan bu yana Türkiye'yi sallayan yolsuzluk skandalı. Şimdi sol hareket için, Türkiye toplumunda yaşanan çelişki ve çatışmaları kavrama ve tematize etme zamanı.

Güncel en büyük potansiyel, Kürt hareketi ile Batı'daki demokratik kitle hareketinin stratejik dayanışması, her şeyden önce bütün yöneticilere korku salmıştır. Haziran ayaklanmasında açığa çıkan ve olanaklara işaret eden enerji mutlaka kullanılmalıdır.

drückt sich unter anderem in der USA-Reise ihres Vorsitzenden Kılıçdaroğlu aus, während dieser er sich auch mit Führungskreisen der Cemaat traf, wie auch in der Forcierung von Mustafa Sarıgül als Kandidat zum Oberbürgermeister von Istanbul bei der Kommunalwahl im März 2014. Sarıgül, bisher Bürgermeister des noblen Istanbul Stadtviertels Şişli, ist bekannt für seine guten Kontakte zum Grosskapital – sowie zur Cemaat.

Das Primat des türkischen Nationalismus über den Islam, das die Cemaat wesentlich von Erdoğan unterscheidet, ist ein guter Anknüpfungspunkt für die säkulare aber nationalistische CHP. Offensichtlich ist der CHP-Führung bewusst, dass die Vormachtstellung der AKP in der politischen Rechten nicht mehr stabil ist. Das lässt sich daran erkennen, dass die CHP neben Sarıgül in Istanbul in Ankara Mansur Yavaş, einen extrem nationalistischen ehemaligen MHP-Mann und in Hatay den ehemaligen Bürgermeister der AKP aufstellt.

Herausforderung und Chance für die Linke und die kurdische Bewegung Wie positionieren sich nun die Linke und die kurdische Bewegung zu den Ereignissen? Der Juni-Aufstand war zweifellos einschneidend, denn er wies nicht nur auf die Risse in der AKP-Hegemonie und auf die gesellschaftlichen Widersprüche hin, er zeigte auch deutlich die Schwäche der organisierten Linken.

Diese beteiligte sich zwar am Protest, konnten ihn aber nur bedingt prägen, was zum Teil bestimmt auch an der vielfältigen ideologischen Zusammensetzung der Protestierenden lag. Von Nationalist_innen, Liberalen, Ökolog_innen, der LGBTQ-Bewegung, Anarchist_innen, Kommunist_innen, Kemalist_innen bis zur kurdischen Bewegung waren alle vertreten. Das bedeutet, dass die «Strasse» sich nicht mehr mit der organisierten Linken deckte und eine Eigendynamik entwickelt hat.²

Die Fokussierung auf den Regierungsrücktritt als Forderung ist gefährlich. Die Aufgabe der sozialrevolutionären Kräfte wäre es, die Grenzen dieser Haltung aufzuzeigen und die Energie des Protests praktisch weiterzutragen. Dabei gilt es bestehende Widersprüche und Konflikte in der türkischen Gesellschaft aufzugreifen und weiter zu thematisieren. Die Korruption ist ein wesentlicher Teil des AKP-Regimes, zu dem auch die Gentrifizierung Istanbul und anderer Städte gehört, genauso wie die Ausbeutung der Natur durch unsin-

«Die Fokussierung auf den Regierungsrücktritt ist gefährlich.»

nige Riesenprojekte. Solche konkrete Probleme als Aspekte kapitalistischer Angriffe zu thematisieren kann der Linken helfen, die kulturalistische Wahrnehmung dieser Widersprüche zu überwinden und das System in den Fokus zu rücken.

Darüber hinaus muss die Linke ihre institutionellen und organisationellen Verbindungen zu anderen oppositionellen Gruppen wie Frauen- und LGBTQ-Organisationen, Umweltorganisationen, und Minderheitsorganisationen weiter entwickeln und den Kampf um Rechte mit einer strategischen Vision der Gesellschaftsveränderung verbinden.

Was bedeutet diese Entwicklung für die kurdische Bewegung, die sich ja in einem – wenn auch stagnierenden – «Verhandlungsprozess» mit der Regierung befindet? Abdullah Öcalan hat jüngst erklärt, dass die kurdische Bewegung vehement gegen einen «Putsch» gegen die Regierung sei. Man sollte Öcalans Aussage jedoch nicht als

Unterstützung der AKP auslegen sondern sie vor dem Hintergrund sehen, dass ein Putsch niemals einen systemischen Wandel bringt.

Die kurdische Bewegung weiss sehr wohl, dass die Fraktion der herrschenden Klasse, mit der der Friedensprozess am ehesten fortgesetzt werden kann, die AKP und Erdoğan's Zirkel sind. Denn sowohl die kemalistische Elite, wie auch die Cemaat sind vehement türkisch-nationalistisch und ergo anti-kurdisch eingestellt. Obwohl der Prozess von Beginn an stockte, da die Zugeständnisse von Erdoğan marginal waren, ist die Position der Kurd_innen überaus verständlich.

Der Verhandlungsprozess wurde von der kurdischen Bewegung militärisch und politisch erkämpft und genauso versuchen sie in der jetzigen Situation die Krise des Regimes für weitere Zugeständnisse und Demokratisierung auszunutzen. Öcalans Aussagen sollten in diesem Sinne auch verstanden werden als Versuch, sich gegenüber der AKP in eine stärkere Position zu bringen.

Das grösste Potenzial für eine Demokratisierung der gesamten Türkei und eines grundlegenden Friedens ist jedoch der strategische Schulterschluss der kurdischen Bewegung mit einer demokratischen Massenbewegung in der Türkei selbst, vor dem sich alle Herrscher fürchten. Der Energien, die der Juni-Aufstand entfesselte, deuten einen Möglichkeitsraum an, der genutzt werden muss.

Die Ereignisse der letzten Monate seit dem Juni-Aufstand werden das politische und gesellschaftliche Koordinatensystem der Türkei verschieben. Die stabile Vormacht der AKP, wie sie in den letzten zehn Jahren geherrscht hat, ist vorbei.

Die Linke ist im Moment aber schlicht noch nicht in der Lage, das potentielle Machtvakuum zu füllen. Daher gilt es, die Kräfte zu bündeln und die aktuelle Krise so gut wie möglich zu nutzen. Einerseits, um Zugeständnisse von der Regierung zu bekommen, andererseits um das Bewusstsein zu formen und an Stärke zu gewinnen. Die Bedingungen hierfür sind günstig.

— **Alp Kayserilioğlu, Güney Işıkar, Max Zirngast**

Informationen zu den Autoren siehe Seite 6

1 <http://de.wikipedia.org/wiki/Ship-to-Gaza-Zwischenfall>
2 siehe auch Artikel «Die Kommune von Gezi-Park»

Feinde seit dem Osmanischen Reich

Ein Konflikt und seine (ideologischen) Entstehungsgeschichten __ Die Türkei erlebt zur Zeit Geschichte – und eine ihrer schwersten politischen Krisen. Der Konflikt zwischen der Regierung und der Gülen-Bewegung prägt die politische Tagesordnung. Bis vor kurzem haben die heutigen Rivalen noch gemeinsame Feinde beseitigt: säkuläre Nationalisten wurden aus der Armee und aus dem Staatsapparat beseitigt. Danach aber begannen die Parteien untereinander um mehr Macht zu kämpfen. Ein Blick auf die jüngere Geschichte der Türkei lohnt, um diese Entwicklung besser zu verstehen.

Die Türkei entstand in den 1920er-Jahren aus dem osmanischen Reich, das seit 1299 unterschiedliche Gemeinschaften vereinte, aber keine stabile Nation war. Ab dem 14. Jahrhundert entwickelten sich innerhalb dieses Reichs festere Gesellschaften, einige bildeten ab dem 16. Jahrhundert erste unabhängige Nationalstaaten, die sich vom Osmanischen Reich lösten oder zu lösen versuchten. Dieser neuen Situation der multinationalen Nationalstaaten war das Osmanische Reich nicht gewachsen, es brach zusammen und wurde vom westeuropäischen Kapitalismus kolonialisiert. In diese Zeit fällt auch die Auseinandersetzung der pro-westlichen Intellektuellen mit der Frage der Rückständigkeit des Reichs.

Zieht man heute einen sozialen und kulturellen Vergleich zwischen der Entwicklung im Osmanischen Reich und in Westeuropa, fällt einem insbesondere die Rückständigkeit des Osmanischen Reichs ins Auge – es gab keine Epoche der Aufklärung, keine bürgerliche Revolution, kein wissenschaftlicher Fortschritt, keine Industrialisierung.

Die osmanischen Intellektuellen ignorierten jedoch diese Differenzen. Vorallem, weil sie westeuropäische Ideen und Werte erst nach der französischen Revolution importierten, und darum die Grundideen der Aufklärung von den Machenschaften der despotischen Diktaturregimes überschattet wurden.

Sie orientierten sich somit nicht an den Theoretikern der Aufklärung wie Locke, Voltaire oder Rousseau, sondern an Ideologen wie Comte und Durkheim, das heisst Vertretern von Diktaturen oder Übergangsregimes.

Die westlichen bürgerlichen Revolutionen institutionalisierten in den Staatsgebilden «zu Gunsten des Volkes» gewisse demo-

kratische Grundprinzipien. Solche Institutionen gab es im Osmanischen Reich nicht. Die veralteten Staatstheorien von Comte, Durkheim und Demolinas hatten damit bloss die Lebendauer eines religiös-militärisch organisierten Reiches verlängert. Dadurch wurde auch die Repression gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen immer grösser. Es folgten grausame Massaker und Zwangsvertreibungen.

Später formierte sich der so genannte Modernisierungs- oder Verwestlichungsprozess der «Jung-Osmanen», «Jung-Türken» und «Islamisten», und wurde von den «Pan-Turkisten» in die neue türkische Republik übertragen.

Aber diese politischen Bewegungen verstanden Modernisierung nur förmlich und wortwörtlich. Demokratie wurde isoliert von den universellen rationalen Grundprinzipien der Aufklärung eingeführt. Werte wie den Schutz der Menschenrechte, der Minderheiten, die Respektierung anderer Kulturen, usw. waren weiterhin unbekannt.

Die so von demokratischen Grundwerten und Grundrechten isolierte Türkei verlor an Dynamik. Bis heute läuft das so weiter: Wirtschaft, Politische Institutionen, Kultur, Philosophie, Justiz – alle Bereiche unterliegen diesem gehemmten Bewusstsein und richten sich in ihrer Entwicklung gegen die eigene Gesellschaft.

Wenn westliche Institutionen importiert wurden, dann als pragmatische Lösungen – auf dem so genannten «kurzen Weg zur Demokratie».

Nach der Auflösung des Osmanischen Reichs Vor diesem Hintergrund bildeten sich verschiedene Bewegungen, Jung-Osmanen, die Jungtürken, die Islamisten, aber auch die Sozialisten.

Die Bewegung um die Jung-Osmanen konnten den allmählichen Zusammenbruch des Osmanischen Reichs in den 1870er-Jahren nicht stoppen, die Jugend radikalisierte sich. Aus diesen radikalen illegalen Gruppierungen entstanden hauptsächlich zwei führende Richtungen; einerseits die Jugend, die die Werte des Islams und des islamischen Fundamentalismus hervorhob, andererseits die Jungtürken, die eine säkulare osmanische Nation wollten, sich aber am Schluss mit den Pan-Türkism identifizierten.

Mit der Loslösung der anderen muslimischen Nationen vom osmanischen Reich verlor der Islamismus vorübergehend an Boden und die Ideologie der Jungtürken verbreitete sich stärker.

Im Jahr 1908 suspendierten die Jungtürken während der Jungtürkischen Revolution Sultan Abdul Hamid aus dem Amt. Doch die Islamisten gaben nicht auf und übten am 8. April 1909 einen blutigen Rachefeldzug gegen die Jung-Türken.

Zwar wurden die Führer der Jungtürken in Istanbul ermordet, danach bekamen die Union und die Fortschrittspartei jedoch die Unterstützung der Aktionsarmee aus Mazedonien. Die Topçu-Kaserne der Artillerie, die den Aufstand der Islamisten unterstützt hatte, wurde 1909 von der jungtürkischen Armee ambombardiert und niedergebrannt. Nach einer Zwischenutzung als Fussballstadion wurden die Reste der Kaserne 1951 abgebrochen und der öffentliche Gezi-Park geschaffen.

Die Topçu-Kaserne und der Gezi-Park als Mahnmale Der Konflikt zwischen Islamisten und Jungtürken respektive ihren Anhängern ist tief verwurzelt. Die Islamisten träumen auch nach 100 Jahren noch von einer Moschee zur Erinnerung an die zerstörte Topçu-Kaserne nahe dem Taksim-Platz.

Die Ankündigung, den Gezi-Park zu schliessen und an seiner Stelle ein Einkaufszentrum in Form einer historischen Kaserne sowie eine Moschee zu bauen, lösten die bekannten landesweiten Proteste vom letzten Sommer aus.

Zwischen den 1950er- und 1980er Jahren wuchs die konservative islamische Tradition im Bündnis mit einigen Liberalen bemerkenswert stark. Wirkliche Macht aber erlangte das Bündnis erst in den 2000er-Jahren mit der AKP. Umgehend wurde nämlich damit begonnen, säkulare und nationalistische Kräfte aus allen staatlichen Institutionen zu entfernen. Die Spannungen in der Türkei erreichten ihren Höhepunkt.

Zum besseren Verständnis: Es gibt eine oligarchische Struktur mit zwei Fronten in der Türkei; jene der Konservativen und jeden der säkular Nationalen.

Fehlt eine ernsthafte Opposition gegen diese beiden Flügel der Oligarchie, beginnt der interne Machtkampf. Wurden aber die Sozialisten stärker und ergriffen die Macht, vereinigten sie sich in einer türkisch-islamischen Synthese.

Der Machtkampf zwischen Moschee und Kaserne, der sich von Zeit zu Zeit in einen blutigen Prozess verwandelte, hat sich in der jüngsten Zeit stark weiterentwickelt.

Auch die weltweit verfolgten «Ergenekon»-Prozesse basieren auf diesem Konflikt. Die Armee – säkulare Nationalisten – musste ihre Vorherrschaft beenden. Dies sei insbesondere mit der Zustimmung der USA erfolgt: «Die USA gestaltet die türkische Armee neu», war in vielen Medien zu lesen. Der Konflikt ist aber ein interner: Die «Ergenekon-Legende» mythologisiert die Auferstehung der Türkei und den Übergang in die Zivilisation – der Prozess dazu zeigt jedoch vor allem eines: Ungerechtigkeit.

Mit der Behauptung, dass ein Militärputsch geplant war, wurden Hunderte – insbesondere alevitische Offiziere – aus der Armee entfernt, ins Gefängnis gebracht und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Neben Angehörigen des Militärs wurden auch zahlreiche normale Bürger_innen verfolgt.

Am Anfang gab es Hoffnung. Sollten nun ungelöste Mordfälle an politischen Militanten wieder aufgenommen, das Schicksal verschwundener Aktivist_innen geklärt werden?

Der Prozess ging rasch in eine andere Richtung: Es wurde ein Rache der Islamisten an den säkularen Kräften. Die wahren Verantwortlichen wurden nicht belangt; es gab keine Debatte über die jahrzehntelange Militärherrschaft und den «tiefen Staat», keine Demokratisierung

– nur die konservativ-religiöse Autokratie wurde gefestigt.

Die islamischen Rivalen Erdoğan und Gülen – Konfliktpotential überall Und dann begann auch noch der Machtkampf zwischen Erdoğan und Gülen: Auf der einen Seite steht der islamistisch-konservative Ministerpräsident Erdoğan, auf der anderen Seite das Netzwerk des Islamisten Fethullah Gülen mit einer Art «Parallelregierung». Beide Rivalen sind am Verteilungskampf beteiligt und wollen mit allen Mitteln wesentliche Staatsorgane besetzen, die nach dem Rauswurf der säkularen Nationalisten frei geworden sind.

Erdoğan muss dabei je länger je grössere innen- und aussenpolitische Konflikte bewältigen:

Die Unterstützung der Assad-Gegner_innen in Syrien und der Muslimbrüder in Ägypten ist umstritten, Gezi- und ähnliche Proteste lassen sich auch durch stärkste Repression nicht stoppen und demokratische Grundprinzipien nicht ohne Kritik abschaffen. Dazu ist der wirtschaftliche Aufschwund vorbei und die türkische Lira im Sinkflug.

In dieser Situation kommen Ende 2013 aus dem Gülen-Umfeld die grossen Korruptionsvorwürfe gegen Erdoğan und seine Entourage. Das System Erdoğan beginnt

«Die Islamisten träumen auch nach 100 Jahren noch von einer Moschee zur Erinnerung an die zerstörte Topçu-Kaserne nahe dem Taksim-Platz.»

zu wanken, auch wenn er umgehend Gesetze ändern und Hunderte von Posten bei den Staatsanwaltschaften und Polizei neu besetzen lässt, um die Rechtspflege zu behindern und sich aus dem Kreuzfeuer zu nehmen. Faktisch schafft er die Justiz ab.

Viele Probleme der Türkei, dazu gehört auch der Konflikt in Kurdistan – sind ungeklärt und werden grösser und grösser.

Die türkische Gesellschaft wehrt sich schon, sie leistet Widerstand gegen Repression und Korruption. Gezi-Proteste haben stattgefunden, gegen viele weitere Entscheidungen finden täglich in der ganzen Türkei Proteste statt.

Frieden und die Demokratie sind trotzdem noch weit entfernt – im Gegenteil, die Türkei scheint sich in eine ähnliche Richtung zu entwickeln wie Ägypten, Irak oder Syrien.

— **Bayram Kaya**

Bayram Kaya ist Schriftsteller und lebt in Bern. Sein Artikel wurde aus dem Türkischen übersetzt.



«Schon wieder grau?», Streetart in Cihangir-Istanbul, Dezember 2013.

TÜRKIYE'NİN YAKIN TARİH SİYASİ ÇATIŞMALARI

Türkiye, tahirinin en kritik dönemlerinden, en ciddi siyasi krizlerinden birini yaşıyor. Türkiye'nin gündemi artık neredeyse tamamen «Cemaat-Hükümet» çatışmasıyla şekilleniyor. Daha kısa süre önce bu ikili «ortak düşman» Ergenekon ve ulusalcıları devletin ağırlık noktalarından tasviye etmişlerdi. Ama ortak düşmanın saf dışı bırakılmasının ardından baş başa kalan taraflar kendi aralarında, ulusalcılardan ve laiklerden boşalan devletin ağırlık noktalarını ele geçirmek için kıyasıya bir kavgaya başladılar. Yazar yazısında bugün çıplak hale gelen bu kavganın tarihsel geçmişine ışık tutuyor.

Die Frauenpolitik der AKP-Regierung

Reaktionäres Frauenbild begünstigt die Gewalt an Frauen — Am Anfang ihrer Regierungszeit warb die AKP noch mit dem Motto «wir mischen uns nicht in das Leben der Menschen ein», veränderte aber den Ton gewaltig auf Grund der Selbstgewissheit, die sie durch den Sieg über ihre Feinde erlangte. Ab nun geriet alles ins Visier der AKP, was dem «konservativen» Gesellschaftsmodell nicht entsprach. Ganz oben auf der Traktandenliste: die Frauenpolitik.

Je mehr Premier Erdoğan von «Demokratie» spricht, desto konservativer wird die Gesellschaft. Auf Schritt und Tritt nehmen Gewalt gegen Frauen und reaktionäre politische Vorstellungen zu. Zwar sagt Erdoğan, dass Menschen, die Gewalt gegen Frauen ausüben, eine faschistische oder Nazi-Mentalität besässen; trotzdem ist es geradezu elementarer Bestandteil der AKP-Politik, Frauen zu ent-subjektivieren und sie im Schosse der Familie unter die Kontrolle des Patriarchats zu zwängen.

Im Jahre 2004 wurde im Laufe der Reformierung des türkischen Strafgesetzes (TCK) versucht, den Ehebruch wieder als Straftatbestand einzuführen. Erdoğan selbst fing ab 2008 an davon zu reden, dass «unsere Bevölkerung altert» und hielt uns Frauen dazu an, mindestens drei, wenn nicht gar fünf Kinder zu bekommen. Nicht nur seine Reden, auch seine Ministerien arbeiten darauf hin, Frauen in den Wohnungen eingekapselt zu sehen. Im Jahre 2010 berief Erdoğan, direkt nach dem «ministerialen Erlass über die Chancengleichheit von Männern und Frauen», eine Konferenz mit Frauenorganisationen ein und verkündete, dass er an «die Gleichheit von Mann und Frau» nicht glaube.

«... Abtreibung sei eine grössere Schande als die Vergewaltigung.»

Unter dem Motto «wir sind eine konservativ-demokratische Partei und müssen unsere Familienstrukturen stärken» benannte die AKP das «Staatsministerium für Frauen- und Familienangelegenheiten» um in «Staatsministerium für Familien- und Sozialpolitik», was letztlich eine Identifizierung der Frau mit der Familie darstellt. Die Tätigkeiten dieses Staatsministeriums wiederum führten vor, dass die so genannte Sozialpolitik der

AKP darin besteht, Frauen aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschliessen und sie in Brutmaschinen innerhalb der Familie zu transformieren.

Erdoğan ist nicht nur wie ein Standesbeamter immer wieder bei irgendwelchen Hochzeitsfeiern aufgekreuzt um inmitten der Festivitäten die Grundlage der neuen Familien«unternehmen» zu festigen, die Wichtigkeit vieler Kinder zu betonen oder seine Ansichten betreffend den weiblichen Körper ideologisch mit Verweisen auf den Islam zu untermauern. Gleichzeitig versuchte er auch, seine Vorstellungen in der Auseinandersetzung um das Abtreibungsverbot autoritär durchzusetzen.

Die AKP ist eine konservative und patriarchale Partei. In der mehr als zehnjährigen Regierungsgeschichte ist das Thema «Frauen» reichlich bearbeitet worden. Der beste Weg, die Ideologie der Partei umfassend zu begreifen, besteht darin, einen Blick auf die Vorstellungen bezüglich Frauen zu werfen – sie sind durchtränkt von Frauenfeindlichkeit.

1400 Prozent Steigerung der Gewaltdelikte gegen Frauen in den letzten zehn Jahren Die Statistiken zeigen eine dramatische Realität. In den zehn Jahren der AKP-Regierung haben Gewalttaten gegen Frauen um bis zu 1400 Prozent zugenommen. Obwohl die Türkei den Beschluss des Europarats zur «Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen» unterzeichnet hat, lässt sich kein nennenswertes Interesse an der Bekämpfung dieser Gewalt ausmachen (siehe auch Artikel «Kein Schutz vom Staat»).

Die extreme Frauenfeindlichkeit, die unter der AKP-Regierung heranreifen konnte, zeigt sich in unterschiedlichsten Bereichen. Während im Jahre 2002 66 Frauen ermordet wurden, sprechen die offizielle Berichte von 83 ermordeten Frauen im Jahre 2003, 128 im Jahre 2004, 317 im Jahre 2005, 663 im Jahre 2006, 1011 im Jahre 2007 und 806 im Jahre 2008. Seit dem Sep-

tember 2012 haben sich 5009 Frauen an das Zentrum der Istanbuler Anwaltskammer für Frauenrechte gewandt, weil sie physische oder emotionale Gewalt erlitten hatten. Elf der im Jahre 2013 ermordeten Frauen hatten eine staaatliche Schutzverfügung; spricht, sie sind trotz der angeblich schützenden Hand des Staates ermordet worden.

AKP setzt Frauen der Gewalt aus Obwohl die AKP immer auf das Ministerium für Familien- und Sozialpolitik verweist, wenn es um den Kampf gegen die Gewalt an Frauen geht, sind berechnete Zweifel über die Ernsthaftigkeit vorhanden, wenn es um die Bekämpfung von Gewalt, Vergewaltigung und Mord an Frauen geht.

Gemeinden, die von der AKP regiert sind, bearbeiten das reaktionäre Frauenbild. In Küçükçekmece, einer Vorstadt von Istanbul, hat die Gemeinde zu einer Veranstaltung mit dem reaktionären Schriftsteller Sema Marasli eingeladen. In seiner Rede mahnte er die Frauen, die Überlegenheit des Mannes anzuerkennen; im Koran sei der Mann verstanden als das Oberhaupt des Hauses und die Frau als fügsam.

Während die AKP der Gesellschaft ihre Weiblichkeitsvorstellungen aufzudrängen versucht, erschafft sie zugleich prominente Rollenmodelle. Am bekanntesten ist Sibel Üresin, die als Lebens- und Familienberaterin bei Gemeindeveranstaltungen der AKP Seminare leitet. Üresin vertrat in einer Fernsehshow, dass es in Istanbul keinen verheirateten Mann gäbe, der nur eine Frau besitze und fügte dem hinzu, dass sie ihrem Mann ihre Freundin empfohlen habe. Nebst der Verteidigung der religiösen Trauung fiel sie auf durch Aussagen wie «wenn ich ein reicher Mann wäre, würde ich vier Frauen nehmen» und zeigte damit, dass die Schäden, die religiöser Konservatismus in der Geisteshaltung einer Frau hinterlassen kann, keine Grenzen kennen.



«Selber Terrorist!»,
Streetart in Cihangir-Istanbul,
Dezember 2013.

Nach dem Mord an Münevver Karabulut, gab Erdoğan der Familie der jungen Frau die Schuld: «wer allein gelassen wird, für den sorgt das Schicksal» [wörtlich: «wer allein gelassen wird, den nimmt entweder der Trommler oder der Dudler»].

Die Abtreibung ist ein Recht, die Wahl liegt bei der Frau Vor über 30 Jahren wurde in der Türkei die Abtreibung legalisiert, heute wird sie und weitere Frauenrechte von Erdoğan und der AKP-Regierung noch und noch in Frage gestellt: «Die ganze Zeit redet ihr von Uludere. Jede Abtreibung ist ein Uludere!», meinte er etwa auf dem 3. Kongress des zentralen Frauenausschusses und stritt auch noch gleich die Verantwortung für das Massaker ab.

Später weitete sich die Diskussion über die Abtreibung auch auf den Kaiserschnitt aus, weil dieser weitere Schwangerschaften verunmögliche. Bei der Eröffnung einer privaten Klinik machte Erdoğan klar, dass seine Abneigung gegen Abtreibungen mit seiner Vorstellung von drei Kindern pro Frau zusammenhängt. Er sprach erneut davon, dass «Kaiserschnitt und Abtreibung Mord» sind und versuchte, damit ein eventuelles Abtreibungsverbot zu begründen. Bei der gleichen Rede erklärte er, dem Gesundheitsminister Recep Akdağ die nötigen Erlaubnisse erteilt zu haben: «Ich habe mit meinem Minister gesprochen. Wir werden dieses Gesetz zur Abtreibung erlassen».

Akdağ selber hat sich auch schon als Gegner von Abtreibung und Kaiserschnitt exponiert: «Alle fragen immer <Was passiert, wenn einer Mutter etwas schlimmes passiert?> Nun, wenn es nötig ist passt der Staat auf ihr Kind auf». Also sollten auch Frauen, die durch Vergewaltigung schwanger werden, nicht abtreiben. Kurz nach Akdağs Erklärung sprach sich auch der Präsident der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments und Abgeordneter von Sakarya, Ayhan Sefer Üstün, für das Austragen der Schwangerschaft aus. Abtreibung sei eine grössere Schande als die Vergewaltigung.

Freispruch für Vergewaltiger durch die AKP-Justiz In unserem Land, wo sogar das Recht auf Abtreibung für vergewaltigte Frauen aufgehoben werden soll, legitimieren die Gerichte die reaktionären Haltungen mit ihren Entscheiden in Verfahren wegen Vergewaltigung und Sexualverbrechen. Die Täter werden zu oft frei gesprochen und die Verfahren dauern endlos.

In öffentlich diskutierten «N.Ç. Prozess» kam das Gericht erst nach elf Jahren zu einem skandalösen Beschluss. N.Ç., wurde 2002 im Alter von nur 13 Jahren von insgesamt 26 Personen, darunter Staatsbeamten, Soldaten und Dorfschützern vergewaltigt. Weil sie gegen die Vergewaltigungen «nicht widersprochen habe», ging das Gericht davon aus, dass «N.Ç. ihre Zustimmung gegeben habe, und sprach nur Mindeststrafen von ein bis fünf Jah-

ren aus. Nachdem der Kassationshof den Beschluss aufgehoben hatte, wurde das Verfahren neu aufgenommen und die Strafen auf fünf bis neun Jahre gesetzt. Gleichwohl wiederholte das Gericht seine Feststellung, dass das dreizehnjährige Mädchen «seine Zustimmung gegeben habe».

In den Empfehlungen des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte (HSYK) zur Entlastung der Justiz drückte die frauenfeindliche Sichtweise der AKP ebenfalls durch. Vorgeschlagen wurde nämlich, dass die Vergewaltigten die Vergewaltiger heiraten sollten! Damit wäre dem reaktionären Familienverständnis gedient und erst noch die Justiz entlastet – der Vergewaltiger freigesprochen und die «Ehre» der traditionellen Familie gerettet. Wen kümmerts dann, wenn die als eigentliche Schuldige angesehene Frau lebenslang darunter zu leiden hat.

— Nahide Kılıç

Nahide Kılıç ist Frauenrechtsaktivistin aus der Türkei. Ihr Text wurde aus dem Türkischen übersetzt.

AKP HÜKÜMETİNİN KADIN POLİTİKALARI

Kadina yönelik şiddet AKP'nin iktidar olduğu son 10 yılda %1400 artış gösterdi. Öldürülen, tecavüze uğrayan, şiddet gören, her alanda hakları kısıtlanan ve her adalet arayışında ikinci kez mağdur edilen kadınlar yıldan yıla büyüyen rakamlardan ibaret değil. Kadınlara en az üç çocuk doğurmalarını tembihleyen Erdoğan kürtaj hakkını ise tanımadığını ilan ediyor. Kadın ve erkeğin eşit olmadığı fikrini her fırsatta dile getirmekten çekinmeyen AKP, kadına dönük şiddetin engellenmesi konusunda hatırı sayılabilir tek bir adım dahi atmış değil. 2013 yılında öldürülen kadınlardan 11'i «devlet koruması» altındayken öldürüldüler.

*«Frau im Roten Kleid»; Symbolfigur aus den Juni-Aufständen.
Streetart in Yenikapı-Istanbul,
Dezember 2013.*

Menschenrechte

**Kein Arzt, kein Schutz, keine Hoffnung.
Besonders verletzlich sind die Frauen und die Gefangenen.**



Kein Schutz vom Staat

Häusliche Gewalt gegen Frauen — Gewalt gegen Frauen ist in der Türkei ein gravierendes und weit verbreitetes Phänomen. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist hoch. Laut einer landesweiten Studie sind vier von zehn verheirateten Frauen physischer oder sexueller Gewalt ausgesetzt.

Selvi T. ist 22 Jahre alt und stammt aus dem Südosten der Türkei. Sie ist mit ihrem fünften Kind schwanger. Mit zwölf Jahren wurde sie zwangsverheiratet. Ihr Mann schlägt sie täglich und kontrolliert jeden Aspekt ihres Lebens. Das erste Mal ging sie zur Polizei, als er ihr den Schädel und einen Arm brach. Die Polizisten rieten ihr aber bloss, sie solle sich wieder mit ihrem Mann versöhnen. Danach schlug dieser sie noch häufiger, ohne dass die Polizei je eingriff. Selbst als Selvi vom Dach ihres Hauses sprang und bei der Polizei Schutz suchte, weil ihr Mann sie spätnachts seinen Freunden «anbot», glaubten ihr die Polizisten nicht und schickten sie wieder nach Hause. Selvis Geschichte ist einer der dokumentierten Fälle aus dem Bericht «He Loves You, He Beats You» von Human Rights Watch (2011).

Selvis Schicksal teilen rund 40 Prozent der verheirateten Frauen in der Türkei. Im Südosten des Landes liegt der Anteil der verheirateten Frauen, die physischer oder sexueller Gewalt ausgesetzt sind, gar bei über 50 Prozent. Gewalt gegen Frauen hat eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz: In Umfragen geben mehr als ein Drittel der befragten Männer an, dass Gewalt gegen Frauen manchmal notwendig sei. Gerichtsentscheide und Aussagen von öffentlichen Personen machen Frauen aufgrund ihrer

Kleidung oder ihres Verhaltens für die Gewalterlebnisse mitverantwortlich (siehe Artikel Seite 12).

Gesetze helfen kaum weiter Zwar gibt es seit März 2012 in der Türkei ein Gesetz, welches sexuelle Gewalt, darunter auch Vergewaltigung, unter Strafe stellt, es wird aber kaum umgesetzt. Frauen bekommen trotz akuter Bedrohung oder bereits erlebter Gewalt keinen Schutz vom Staat. Polizeibeamte nehmen Fälle häuslicher Gewalt nicht ernst oder betrachten sie als Familienangelegenheiten. Sie schicken die Frauen wieder nach Hause, damit sie sich mit den Tätern versöhnen. In vielen Fällen erleben die Frauen nach ihrer Rückkehr erneute Gewalt: So wurde eine 27-jährige Primarlehrerin nach ihrer Rückkehr aus dem Büro des Gouverneurs von Van durch ihren früheren Partner ermordet. Der Vizegouverneur soll ihr jeglichen Schutz verweigert und nur gesagt haben, dass sie «im schlimmsten Fall sterben würde».

In den Polizeistationen finden die Opfer häuslicher Gewalt keine Privatsphäre. Schalter für die Meldung häuslicher Gewalt befinden sich oft in viel benutzten Gängen oder in Grossraumbüros. Das ist für die Frauen beschämend und es fällt ihnen schwer, unter solchen Umständen über die erlebte Gewalt zu sprechen. Da Opfer häuslicher Gewalt unter grossem psychischen, physischen und wirtschaftlichen Druck durch die eigene Familie und die Gewalttäter stehen, trauen sie sich oft nicht, bei spezialisierten Institutionen um Hilfe zu bitten.

In Südostanatolien wenden sich nur 5 Prozent der betroffenen Frauen an staatliche Institutionen oder NGOs. Für Kurdinnen in der Osttürkei ist das Aufsuchen einer Polizeistation eine noch grössere Herausforderung: Nach dem jahrelangen bewaffneten Konflikt empfinden viele Kurd_innen Misstrauen gegenüber staatlichen Behörden, Polizeistationen werden nicht als sichere Orte betrachtet. In einigen Gebieten sprechen oder schreiben Kurdinnen zudem kein Türkisch, was den

Antrag einer Schutzverfügung erschwert. Schutzverfügungen, die akut bedrohte Frauen vor Gewalttätern absichern sollten, werden von der Polizei nur ungenügend kontrolliert und durchgesetzt. Die Frauen bleiben deshalb der Verfolgung durch die Gewalttäter ausgesetzt.

Kaum Sicherheit in den Frauenhäusern Frauen, die vor ihren Männern oder Verwandten auf der Flucht sind, haben keine Möglichkeit, ein normales Leben zu führen. Aus Angst, gefunden zu werden, unterschreiben die Frauen keine offiziellen Dokumente. Es ist ihnen somit unmöglich, Arbeit zu finden, eine Wohnung zu mieten oder einen Arzt zu besuchen.

Frauenhäuser bieten akut bedrohten Opfern in der Theorie Schutz. Weil es in der Türkei viel zu wenige Frauenhäuser gibt, werden Frauen in Not oft abgewiesen und nur «allerschlimmste Fälle» können aufgenommen werden. Selbst Frauen, die Zuflucht finden, sind nicht immer sicher. Polizeibeamte verraten Ehemännern die Standorte oder männliche Anwohner der Frauenhäuser helfen den Verfolgern, die Frauen in den Frauenhäusern zu finden.

Einen dauerhaften Schutz bieten Frauenhäuser wegen begrenzter Aufenthaltsdauer sowieso nicht und es gibt kaum Unterstützung für die Zeit danach. Die Mitarbeiterin einer kurdischen Frauenorganisation im Südosten des Landes bringt es auf den Punkt: «Selbst, wenn wir annehmen, dass eine Frau in einem Frauenhaus für eine gewisse Zeit sicher ist – was passiert nach ihrem Aufenthalt? In Südost- und Ostanatolien ist es für eine Frau nicht möglich, nach dem Aufenthalt in einem Frauenhaus zu ihrer Familie zurückzukehren. Dem Täter würde ihre Flucht in ein Frauenhaus einen Vorwand für weitere Gewalt bis hin zu Mord liefern.»

— Adrian Schuster

Adrian Schuster ist Länderexperte bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH. Der gleiche Artikel wird auch im SFH-Magazin «Fluchtpunkt/Planète Exile» erscheinen: www.fluechtlingshilfe.ch/news/fluchtpunkt

Informationen

Türkei: Gewalt gegen Kurdinnen im Südosten der Türkei. Themenpapier der SFH-Ländereanalyse, Adrian Schuster und Magali Mores, Oktober 2013: www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslander/europe/tuerkei/tuerkei-gewalt-gegen-kurdinnen-im-suedosten-der-tuerkei.

«He Loves You, He Beats You». Family Violence in Turkey and Access to Protection. May 4, 2011 von Human Rights Watch (2011). www.hrw.org/reports/2011/05/04/he-loves-you-he-beats-you-0.

KADINLARIN %40'I AILE İÇİ ŞİDDETE MARUZ KALİYOR

Türkiye'de kadına yönelik şiddet: Evli kadınların yüzde 40'ından fazlası aile içi şiddet kurbanı. Kadına dönük şiddet toplumsal olarak hala yaygın biçimde kabul gören bir durum. Devlet kurumları tarafından kadının korunması ve desteklenmesi ise çok nadir. Kadın sığınma evi bulup buraya sığınabilenler dahi yine de güvende değil. Bölge sakinleri ya da polisler, bu evlere sığınan kadınların kaldıkları yerin bilgisini eski kocalarına ya da aile üyelerine sızdırabiliyorlar. Ayrıca sığınma evi sürecinin sonrasına ilişkin çözümler üretilmiyor. Kürt kadınları ise zaten devlet tarafından bir koruma beklentisi taşıyorlar ve çok daha yoğun bir aile içi şiddete maruz kalıyorlar.

Özür dileriz – aber: wir sterben

Je nach sexueller Orientierung: Tod durch die Familie _ Darüber ist sich die türkische Gesellschaft einig: «Die Familie ist der Grundstein der Gemeinschaft. Doch die Familie ist Ursache und Ort von Folter, Gewalt und Mord. Das ›warme Nest‹ der Familie wärmt sich an den Knochen der homosexuellen oder transgener Kinder. Das schöne Bild der Familie wird mit dem Blut ermordeter Frauen gemalt. Tausende, wenn nicht zehntausende Menschen werden im Namen der ›Ehre‹ ermordet. Vielleicht hat man sie gezählt, doch wer will die Getöteten in einer Statistik versorgen?»

Bittere Worte schreibt Yıldız Tar im Dezember 2013 in der türkischen Internet-Zeitung Bianet.¹ Der Titel ihres Artikels: «Können die ›Verteidiger der Familie‹ Roşin Çiçek verstehen?» Im Lead schreibt Tar: «Entschuldigung! Wir stören euer Familienglück, aber wir sterben! Vielleicht muss mensch Pandoras heilige Büchse der Familie nun öffnen.»

Der Fall: Der 17-Jährige Roşin Çiçek wurde im Juli 2012 von seinem Vater und zwei Onkeln in Diyarbakır wegen seiner sexuellen Orientierung und zur Verteidigung der «Ehre der Familie» brutal ermordet. Man fand ihn blutüberströmt und angeschossen auf einer Strasse – zwei Tage danach verstarb er im Spital. Der Fall hat zu grossen Diskussionen in der Türkei geführt. Der Mord wurde als «Hass-Verbrechen» gegen LGBTI bekannt (LGBTI steht für Lesbian, Gay, Bisexuell, Transsexuelle, Intersexuelle). Am 10. Februar 2014 wurden die Täter nach einem zweijährigen Verfahren verurteilt. Im Vorfeld hatten verschiedene Aktivist_innen, so die «antikapitalistischen Muslime» und die «Samstags-Mütter» aufgerufen, nach Diyarbakır an den Prozess zu gehen. Am Prozesstag kam es zu Tumulten. Den Hass der Grossfamilie des Ermordeten auf die LGBTI-Aktivist_innen konnten (oder wollten) auch die anwesenden Polizisten in der Polizeihochburg Diyarbakır nicht bändigen. LGBTI-Aktivist_innen aber auch Anwält_innen wurden durch angebliche Mitglieder der Grossfamilie Roşin angegriffen, verletzt und mit dem Tod bedroht. Die Polizei räumte den Saal gewaltsam und trennte die Aktivist_innen von der mörderischen «Familie».

«Auch der Tod von Ahmet Yıldız ist in unserem Gedächtnis noch frisch», schreibt Tar. Der TAZ-Reporter Deniz Yücel veröffentlichte im September 2009 einen ergreifenden Bericht über das Leben und den Tod

von Ahmet Yıldız.² Yıldız hatte es gewagt, nicht nur schwul zu sein (das ist in der Türkei wie überall keine Seltenheit), sondern öffentlich dazu zu stehen. «Ja, ich bin stolz darauf, dass ich mich von den Lügen befreit habe. Aber es ist schwer. Falls Sie glauben, dass Ihre Familie kein Verständnis aufbringen wird, sollten Sie sich davor hüten, es ihr zu sagen», schrieb er im Mai 2008 in einem türkischen Online-Magazin über sein Coming-out. Yıldız wurde von Verwandten mit dem Tod bedroht. Er zeigt sie an, doch die Staatsanwaltschaft nahm die Sache nicht ernst. Zwei Monate später musste sein Geliebter in Istanbul miterleben, wie Yıldız auf der Strasse niedergeschossen wird und stirbt.

Sein Vater, dringend des Mordes verdächtigt, flieht in den Irak.

Keine Frage der Religion Tar wehrt sich in ihrem langen Artikel gegen die Vorstellung, das mörderische Konzept der um jeden Preis zu «beschützenden» Familie

«Wir bauen unsere Kämpfe, Liebe, Solidarität, Trauer und Hoffnungen nicht auf Familien- oder Blutsbanden auf.»

habe seine Wurzeln in der Religion oder der Geografie (mittlerer Osten) – wie man im Westen gerne glaubt.

Tar: «Seit einiger Zeit beobachten wir, wie sich in der Türkei konservative Modernisierung und Neoliberalismus verbinden und wie eine politische Atmosphäre zur Verteidigung und Verherrlichung der Familie geschaffen wurde. Die Ideologie der «Verteidigung der Familie» ist weder eine Frage des Islams, noch geht es um einen im Glauben begründeten Konservatismus.»

Vielmehr sieht Tar den Ursprung der mörderischen Familie in der ultranationalistischen Definition der Familie der kemalistischen, «modernen» Türkei: «Die kemalistische Erzählung der Modernisierung und ihre Mythen der ›opferbereiten Mütter‹ und der ›von ihnen grossgezogenen für das Vaterland nützlichen Kinder‹ gründeten auf der Zerstörung der Frau als unabhängiges Subjekt. Sie wurde als Helferin des Mannes definiert.»

Mit der Moderne Atatürks ist auch die Psychiatrie und die Definition von «Homosexualität» als Krankheit in die Türkei gekommen. Mit der «Europäisierung» sind die Miniaturen von «Zenne» (Frauenrollen für Männer in Theatern) und die «Köçek» (weibliche Tanzrollen für junge Männer) verschwunden. Die Homophobie wurde aus dem Westen importiert: «Wir haben aus dem Westen nicht die Wissenschaft sondern die Unehrllichkeit importiert», zitiert Tar ein Sprichwort.

«Bei uns gibt es so etwas nicht. So abseitige Neigungen gehören zum Westen», sagen gleichzeitig (eher konservative, eher religiös denkende) Schwulen- und Trans-Hasser in der Türkei. Und so treffen sich, so Tar, die Politik von Atatürk und Erdoğan, die doch im Allgemeinen als Widersprüche angesehen werden.

Was ist Familie? Tar: «Wir sollten überall, in Städten und Dörfern, die LGBTI fragen, was für sie Familie bedeutet. Dann werden wir verstehen, dass Familie Folter heissen kann. Soll ich meine Geschichte erzählen? Alles war möglich, nachdem mein Vater und meine Onkel von meiner sexuellen Orientierung erfahren hatten. Seit meiner Geburt war ich das schwarze Schaf in meiner Familie. «Mensch, bist du schwul?» sagten meine Cousins und stiessen mich umher. Jeden Tag rannte ich weinend zu meiner Mutter.»

«PARDON, AILE SAADETINIZI BOZACAĞIZ AMA ÖLÜYORUZ!»

Bir tarafta «aile»-leri tarafından öldrülen LGBTI bireyler, diğr tarafta «aile»-nin yücetlmesi ve korunması» tartışmaları... Yıldız Tar, Bianet'te yayımlanan ««Aile Savunucuları» Roşin Çiçek'i Anlayabilir mi?» yazısında, eşcinsel olduđu için babası ve amcaları tarafından 17 yaşında öldrülen Roşin Çiçek'i hatırlıyor ve soruyor: «Kemalist, ulus-devletçi zihniyetin ahlak ve aile savunuculuğundan kopamayanların Roşin Çiçek'i anlaması mümkün mü?» Aynı yazıda alternatif aile deneyimlerini dışlamadığını belirten Tar, alternatif ailenin mümkünlülüğüne ilişkin kafasında sorular olanlara, çocukları LGBTI'ler olan ailelerin hikayelerinin anlatıldığı «Benim Çocuğum» belgeselini izlemelerini öneriyor. Can Candan'ın belgesel filmi «Benim Çocuğum-My Child», Nisan ayında Reitschule Bern Sinema'da.

«Wir bauen unsere Kämpfe, unsere Liebe, unsere Solidarität, Trauer und Hoffnungen nicht auf Familien- oder Blutsbanden auf. Darum nehmen wir mit der Regenbogenfahne an Demos gegen das Uludere-Massaker³ teil. Deshalb sind Feministinnen und LGBTI-Aktivist_innen gegen Massaker auf der Strasse. Deshalb rufen wir in Sprechchören auf der Gay Pride Parade «Kurdistan wird das Grab des Faschismus sein»⁴, «Überall Lice, überall Widerstand»⁵ und «Wir alle sind Hrant, wir alle sind Armenier_innen»⁶.

— Alois Hinterfuhren

Alois Hinterfuhren lebt in Zürich und hat Freund_innen in der Türkei.

Der Dokumentarfilm «My Child» von Can Candan wird im April im Kino der Reitschule gezeigt (siehe letzte Seite). Eltern von LGBTI erzählen ihre Familiengeschichte(n) und kämpfen mit ihren Kindern für Akzeptanz in einer konservativen, homophoben und transphoben Gesellschaft.

- 1 www.bianet.org/bianet/toplumsal-cinsiyet/151994-aile-savunuculari-rosin-cicek-i-anlayabilir-mi
Wir haben die Zitate aus Tars Artikel sehr frei übersetzt.
- 2 www.taz.de/140238/
- 3 Uludere-Massaker: Am 28. Dezember 2011 bombardierten zwei türkische Kampfflzeuge eine Gruppe von kurdischen Schmugglern an der Grenze zwischen Irak und der Türkei. 28 junge Männer starben. Die türkische Armee hatte angenommen, es handle sich bei der Gruppe um Kämpfer_innen der PKK.
- 4 «Kurdistan wird das Grab des Faschismus sein». Ein seit vielen, vielen Jahren an Demonstrationen verwendeter Slogan. Er drückt die Zuversicht aus, dass der kurdische Befreiungskampf stärker als türkische Ultrationalisten oder die (damalige) Militärdiktatur sei.
- 5 «Überall Lice, überall Widerstand». Lice ist eine kleine Stadt im kurdischen Teil der Türkei. Sie ist für harten Widerstand der Bevölkerung gegen das Militär bekannt. Im Juni 2013 protestierten hunderte gegen den Bau von neuen Militäranlagen. Ein 18-jähriger wurde während der Proteste erschossen, 10 Menschen wurden verletzt.
- 6 «Wir alle sind Hrant, wir alle sind Armenier_innen»: Am 19. Januar 2007 wurde der armenische Journalist und Herausgeber einer der armenischen Zeitung Agos auf offener Strasse in Istanbul von einem aufgeputschten Jugendlichen erschossen. An seiner Beerdigung in Istanbul nahmen 100 000 Menschen teil.

BÜCHERTIPPS ZU TÜRKEI/ KURDISTAN



Deniz Yücel

Taksim ist überall – die Gezibewegung und die Zukunft der Türkei

2014 Edition Nautilus, ISBN 978-3-89401-791-0

Ein Porträt der türkischen Protestbewegung, ein Sittengemälde der türkischen Gesellschaft der Gegenwart.

Aufregend schön war Istanbul schon immer. Für den Autor und viele andere Deutschtürk_innen, die dort Freunde und Verwandte haben, war diese Stadt stets mit besonderen Gefühlen verbunden. Mit den Gezi-Protesten vom Frühjahr 2013 aber hat diese Bindung eine neue Dimension gewonnen: Istanbul ist nun auch politisch aufregend. Denn was als Protest gegen den Abriss eines Stadtparks in Istanbul begann, hat sich binnen weniger Tage zu einem landesweiten Aufstand gegen die islamisch-konservative AKP-Regierung und Erdoğan autoritären Regierungsstil ausgeweitet. Mit der Härte des Polizeistaates und im Vertrauen darauf, die Hälfte der Bevölkerung hinter sich zu wissen, hat der Ministerpräsident die Proteste niedergeschlagen, vorläufig jedenfalls. Die sich wandelnde türkische Gesellschaft ist Thema dieses Buches. Entlang ausgewählter und für die Protestbewegung bedeutender Schauplätze werden Menschen aus verschiedenen Milieus vorgestellt, die aus unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Gründen gegen die AKP aufbegehren: Wie und wo sie leben, was sie denken, warum sie aufbegehren, wie sie leben wollen, von welcher Freiheit sie reden. Am Ende steht ein Porträt der Protestbewegung in ihrer Vielseitigkeit und Widersprüchlichkeit, zeichnet ein Sittengemälde der türkischen Gesellschaft der Gegenwart, samt eines Blicks auf die deutsch-türkische Community.



Cengiz Günay

Geschichte der Türkei; Von den Anfängen der Moderne bis heute

2012 UTB Uni-Taschenbücher, ISBN 978-3-8252-3301-3

Das Spannungsverhältnis zwischen islamischer Tradition und Modernisierung durch Verwestlichung ist seit mehr als 200 Jahren konstanter Bestandteil gesellschaftlicher, kultureller und politischer Auseinandersetzungen in der Türkei. Das vorliegende Buch liefert einen differenzierten historischen Blick auf die Entwicklungsmuster dieses Landes am Rande Europas.



Taner Akcam

Armenien und der Völkermord – die Istanbul Prozesse und die türkische Nationalbewegung

2004 Hamburger Edition, ISBN: 978-3-930908-99-8

In den Jahren 1919 bis 1921 wurde vor dem Kriegsgericht in Istanbul eine Reihe von Prozessen gegen führende türkische Politiker angestrengt, mit dem Ziel, den Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs zu untersuchen und die Verantwortlichen zu bestrafen. Diese Prozesse kamen durch Druck der alliierten Mächte zustande, die damit einen ersten Schritt unternahmen, Menschenrechtsprinzipien mit Hilfe einer internationalen Strafgerichtsbarkeit zur Geltung zu verhelfen. Der türkische Wissenschaftler Taner Akcam stellt den Vorläufer der Nürnberger Prozesse in den Zusammenhang des Niedergangs des Osmanischen Reiches und des Aufstiegs der jungtürkischen Bewegung mit ihrem Bestreben, einen homogenen türkischen Nationalstaat zu gründen. Er analysiert die spezifischen historischen und politisch-ideologischen Hintergründe, die zum Genozid an den Armeniern führten, und zeigt, wie die Westmächte, ungeachtet ihres juristischen Engagements, die Aufteilung des Osmanischen Reiches betrieben.



Kurdisches Frauenbüro für den Frieden

Widerstand und gelebte Utopien: Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan

Neuss: Mesopotamien-Verlag, 2012, ISBN 978-3-941012-61-5

Amalia van Gent

Leben auf der Bruchlinie, die Türkei auf der Suche nach sich selbst

2008 Rotpunktverlag 2008, ISBN 978-3-85869-377-8

Amalia van Gents Buch, die eindruckliche Summe ihrer langjährigen Erfahrungen im Umgang mit diesem Land, ist eine wahre Fundgrube an Detailwissen und klug abgewogenen Schlussfolgerungen.



Schwerkranke und trotzdem im Gefängnis

Katastrophale medizinische Versorgung in den türkischen Gefängnissen —

Verglichen mit früheren Zeiten, in denen Gefangene unter Folter getötet oder bei miserablen Lebensbedingungen in unterirdische Burgverliesse eingesperrt wurden, sind die modernisierten Gefängnis-Konzepte der Türkei ein Schritt in Richtung Menschlichkeit. Veraltet sind die türkischen Gefängnisse trotzdem – und gewähren den Gefangenen nach wie vor keine ausreichende medizinische Versorgung.

Nach Berichten des türkischen Menschenrechtsvereins IHD sind in den Gefängnissen der Türkei gegenwärtig 544 kranke Menschen untergebracht. 163 von ihnen sind schwer krank und müssten – selbst nach türkischen Recht – umgehend freigelassen werden.

Salih Tugrul, 57 Jahre alt und seit 16 Jahren im Gefängnis, kann nicht mehr sprechen, nicht mehr laufen und hat alle Reflexe verloren. Gemäss einem Bericht des Dezerernats für Terrorbekämpfung von Siirt stellt er jedoch noch immer eine Gefahr für die Öffentlichkeit dar. Darum stuft ihn die Staatsanwaltschaft von Bakırköy nach wie vor als gefährlich ein und verweigerte ihm die Freilassung.

Auch Engin Aktas, der keine Arme mehr hat und unter den Folgen einer Schussverletzung am Kopf leidet, wurde mit der gleichen Begründung nicht freigelassen.

Ramazan Özalp, im Gefängnis seit 1993 und krebskrank ans Bett gebunden, wird ebenfalls nicht freigelassen. Selber stelle er zwar keine «Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung» mehr dar, laut Polizeibericht könnte seine Freilassung aber als «terroristische Propaganda» missbraucht werden und Unruhe und Konflikte in der Gesellschaft verursachen.

Hasan Kacar, seit zehn Jahren inhaftiert, leidet unter Morbus Bechterew. Seine Hände kann er kaum mehr bewegen, seinen Kopf nicht drehen, seine Beine tragen ihn nicht mehr. Sein Brustkorb drückt auf die inneren Organe und er hat Probleme mit der Verdauung. Darum kann er sich nur noch von Früchten und Suppen ernähren. Ein gerichtsmedizinischer Befund befürwortete einen sechs Monate langen Strafaufschub. Weil aber nicht geklärt sei, ob Hasan Kacar nicht auch im Gefängnis gepflegt werden könnte, verweigerte die Staatsanwaltschaft die Freilassung.

In den letzten paar Monaten wurden 20 schwerkranke Gefangene in das Typ F²-Gefängnis Metris in Istanbul verlegt; dieses Hochsicherheitsgefängnis gilt als Behandlungszentrum für Gefangene. Trotz Attesten, dass ihre Krankheiten im Gefängnis nicht mehr behandelt werden können, wurden die Gefangenen nicht freigelassen. Wer nicht (mehr) im Fokus der Öffentlichkeit ist, den lässt man sterben.

Der Hungerstreik und das Todesfasten gegen die F-Typ-Gefängnisse

Im Oktober 2000 begann ein türkeiweiter Hungerstreik gegen neue Hochsicherheitsknäste (F-Typ), die vor allem für die Unterbringung und Isolierung von militanten Aktivist_innen errichtet worden waren. Weit über tausend Gefangene hatten sich an den Aktionen beteiligt und gegen 500 Gefangenen haben diese bis 2007 als Todesfasten weitergeführt. 126 Personen sind dabei gestorben, hunderte von ihnen litten oder leiden stark unter Dauer- oder Folgeschäden des Hungerstreiks. Zwar wurden Gefangene zeitweise freigelassen, damit sie sich gesundheitlich erholen konnten; nicht selten wurden aber schon nach kurzer Zeit wieder Haftbefehle ausgestellt. Auch Personen, die wegen starkem Gedächtnisverlust nicht mehr ohne Betreuung leben kön-



Streetart in Istanbul, Dezember 2013.

TÜRKIYE HAPISHANELERİNDE HASTA MAHPUSLAR

Türkiye hapishanelerinde haftada 5 kişi yaşamını yitiriyor. Dört duvardan oluşan hapishaneler içine yeni duvarlar örülüyor, hücrelerde mahpuslar tecrit içinde tecrite alınıyor, ağır hasta mahpuslar hapishanelerde ölüme terk ediliyor. 2013 yılında 14 mahpus Adli Tıp Kurumu'ndan rapor beklerken hayatını kaybetti ve bugün itibarıyla ağır hasta olduğu ve hapishanelerde tek başına yaşamını sürdüremeyecek durumda tespit edilebilen 163 kişi daha var ve bu kişiler hala çeşitli gerekçeler öne sürülerek serbest bırakılmıyorlar. Mahpusların düzenli ve yeterli tedavi, teşhis ve kontrol imkanlarına ulaşabilmeleri ise neredeyse imkansız durumda.



nen, werden nach wie vor in Haft gehalten. Ungefähr fünf Gefangene sterben pro Woche in türkischen Gefängnissen. Damit ist die Sterblichkeitsrate innerhalb rund vier mal höher als ausserhalb der Gefängnismauern.

Beim IHD sind uns 163 kranke Gefangene bekannt, welchen trotz schwerer Krankheit die Freilassung verweigert wurde. Allein im Jahr 2013 starben 14 Gefangene, während sie auf einen Befund der gerichtsmedizinischen Institute warteten.

Diese Institute spielen eine grosse Rolle. Obwohl Artikel 16 Abs. 2 des türkischen Strafvollzugsgesetz vorsieht, dass zur Heilung eines Gefangenen eine Strafaussetzung angeordnet werden kann, wenn der Strafvollzug eine Gefahr für das Leben

des Gefangenen darstellt, beantragen die gerichtsmedizinischen Institute dies nur sehr selten. Als Vertreter_innen des Menschenrechtsvereins sprechen wir oft mit zuständigen Personen, konnten diese jedoch nie davon überzeugen, dass die Freilassung eine positive Wirkung auf die Behandlung hätte.

Es zeugt von grosser Unmenschlichkeit, todkranke Gefangene nicht freizulassen, ihnen die Verabschiedung in ihrem Umfeld und das Sterben in Ruhe zu verweigern. Weder beim Justizministerium, das die gerichtsmedizinischen Institute beaufsichtigt, noch bei der politisch verantwortlichen Regierung stiessen wir auf Verständnis für unsere Forderungen. So werden die Rechte der Gefangenen und

das Strafvollzugsgesetz auch von den gerichtsmedizinischen Instituten weiterhin umgangen.

Kein Arzt angestellt, auch nicht für 2000 Gefangene Nicht nur schwer kranke Gefangene haben Probleme. Es gibt grundsätzlich kaum ausreichende Möglichkeiten für medizinische Diagnosen, Behandlungen oder Kontrollen. Auch Gefängnisse mit mehr als 2000 Gefangenen haben keinen vollzeitlich angestellten Gefängnisarzt. Zwei bis drei Mal mal pro Woche kommen unterschiedliche Ärzte für einen halben Tag in die Gefängnisse. Es sind keine Spezialisten und es ist ihnen in der knappen Zeit meist nicht möglich, die Krankheiten der Gefangenen richtig zu diagnostizieren.

«AUCH MIT EINEM ARM BIN ICH NOCH IMMER STARK UND KÄMPFE FÜR DIE GERECHTIGKEIT»

Zum Beispiel Veli Saçılık Am 5. Juli 2000 stürmten 415 Soldaten und Gendarmen das Gefängnis von Burdur. Im Vorfeld hatten elf der 60 Insassen des Gefängnisses einen Brief an den türkischen Präsidenten geschrieben. Sie forderten, dass ihnen auf dem Weg zu Gerichtsverhandlungen Schutz vor Gewaltübergriffen durch die Gefängniswärter gewährt werde. Gefangene werden auf dem Weg zum Gericht immer wieder geschlagen und misshandelt. Darum weigerten sie sich, ohne Sicherheitsgarantien vor Gericht zu erscheinen.

Weil ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, verbarrikadierten sie sich in einem Flügel des Gefängnisses. Veli Saçılık gehörte zwar nicht zu dieser Gruppe von Gefangenen, aber auch er hatte im Gefängnis regelmässig Gewalt durch das Gefängnispersonal erfahren. Er wurde schliesslich in die Ereignisse vom 5. Juli 2000 hineingezogen, weil Armee und Gendarmerie das Gefängnis stürmten.

Das Gebäude wurde unter Einsatz eines Bulldozers und Tränengas gestürmt. Durch eine der Explosionen wurde Veli Saçılık der Arm vom Rumpf getrennt. Der Schmerz war enorm, erzählt Saçılık im Interview; hinzu kam, dass er nach der Stürmung mehrere Stunden auf eine medizinische Versorgung warten musste. Im Spital wurden die lebensbedrohlichen Verletzungen von Veli Saçılık schliesslich behandelt, doch der Arm konnte nicht mehr gerettet werden.

Fünf Jahre später, im März 2005, entschied ein türkisches Gericht, dass das Justizministerium Veli Saçılık eine Entschädigung in der Höhe von 140000 Euro bezahlen sollte. Das Justizministerium und das Ministerium für Inneres erhoben umgehend Beschwerde, die 2008 gutgeheissen wurde.

2010 haben die beiden Ministerien eine Anklage eingereicht, die besagt, dass Veli Saçılık mitschuldig daran sei, dass die Armee im Jahr 2000 das Gefängnis habe stürmen müssen. Deshalb seien seine Verletzungen selbstverschuldet gewesen. Der Fall ist heute noch hängig¹.

Obwohl der Europäische Gerichtshof (EuGH) längst festgestellt hat, dass die türkischen Autoritäten systematisch unangemessene und ungerechtfertigte Gewalt gegenüber Insassen anwenden und angewendet haben und dass deshalb Artikel 3 der Europäischen Konvention für Menschenrechte verletzt wurde, wird Veli Saçılık durch die türkischen Autoritäten weiter juristisch belangt. Wer weiss, ob er noch Gerechtigkeit erleben wird.

Zusammenfassung durch Regine Strub

Quelle und ausführliches Testimonial (in englisch): www.ircct.org/what-is-torture/testimonies/the-lifelong-scars-of-torture.aspx

¹ www.todayszaman.com/news-322303-man-loses-compensation-case-for-amputated-arm.html

Falls ein Arzt entscheidet, dass ein Gefangener in ein Krankenhaus verlegt werden sollte, gibt es oft Verzögerungen aufgrund des enormen Mangels an Personal oder Krankenwagen.

Im Spital warten weitere Schwierigkeiten. Wegen Überbelegung werden Patienten nur ungenügend behandelt, begleitende Soldaten misshandeln sie oder Ärzte missachten ihre Berufsehre und die medizinische Ethik, weil sie die Gefangenen zum Beispiel bei der Untersuchung mit Handschellen gefesselt lassen.

Gefangene werden als Patienten häufig in luftarmen, dunklen, engen Spezialräumen und oft am Bett angekettet festgehalten. Mein am Krebs leidender 17-jähriger Klient, Abdullah Akcay, ist gestorben, nachdem er ein Jahr lang in einer sieben Quadratmeter grossen Zelle im Untergeschoss des Spitals untergebracht war.

Recht auf erste oder zweite Untersuchung Das Ministerkomitee des Europarates hat 2006 die Gefängnisregeln überarbeitet und festgestellt, dass das Gesundheitswesen in den Gefängnissen vergleichbar mit dem öffentlichen organisiert und diesem angepasst werden sein müsse. Gefangene müssten das bestehende Gesundheitswesen nutzen können, ohne diskriminiert zu werden. Und sollten Zugang zu sämtlichen medizinischen, chirurgischen und psychiatrischen Behand-

lungen bekommen. Dazu gehört natürlich auch, dass sie bei besonderen Bedürfnissen in eine entsprechend spezialisierte Institution verlegt werden.

Gemäss Artikel 25 des Grundsatzkatalogs der UNO für den Schutz aller in irgendeiner Form von Haft oder Strafgefängenschaft unterworfenen Personen,

«Wer nicht im Fokus der Öffentlichkeit ist, den lässt man sterben.»

haben Inhaftierte und Strafgefängene beziehungsweise ihre Verteidigung das Recht, bei einem Richter oder einer Behörde eine zweite ärztliche Untersuchung oder ein zweites ärztliches Gutachten zu beantragen.

In den Gefängnissen der Türkei können die Gefangenen kaum eine erste ärztliche Untersuchung bekommen, geschweige denn haben sie das Recht, noch ein zweites Mal untersucht zu werden.

Nach der Freilassung alleine gelassen Gefangene, die schliesslich freikommen, aber noch krank sind oder an den Folgen der Haft leiden, werden ihrem Schicksal überlassen. Die Menschenrechtsstiftung der Türkei TIHV³ und die Stiftung

«TEK KOLLA BILE HALA GÜÇLÜYÜM VE ADALET İÇİN SAVAŞIYORUM»

Veli Saçılık 2000 yılındaki Burdur cezaevinde maruz kaldığı ve ağır yaralandığı saldırıdan beri bedensel engelli. Devletten aldığı tazminat, çıkan olaylarda suç payı bulunduğu gerekçesi ile yıllar sonra geri istendi. Veli Saçılık'ın adalet uğruna verdiği mücadele bugün de devam etmekte.

Ein allfälliger Überschuss der Spendensammlung für dieses «antidotincl.» kommt dem Verein Solidaritätsnetz zugute. Kontoinformationen siehe Seite 2.

für Gesellschaft und Rechtswissenschaft TOHAV⁴ helfen mit beschränkten Möglichkeiten. Der Verein Solidaritätsnetz⁵ betreut im Zentrum von Istanbul fünf ehemalige Hungerstreikende. Damit noch weitere alte Gefangene betreut werden können, plant der Verein, auf dem Land einen Bauernhof zu kaufen. Es versteht sich von selbst, dass diese Bestrebungen den bestehenden Bedürfnissen überhaupt nicht genügen.

Wir alle müssen uns für die Menschenrechte einsetzen; für Gefangene, für Hungerleidende, für Flüchtlinge und Kranke. Wir alle müssen benachteiligte Gruppen und Personen schützen und ihnen gegenüber solidarisch sein.

— Fazil Ahmet Taner

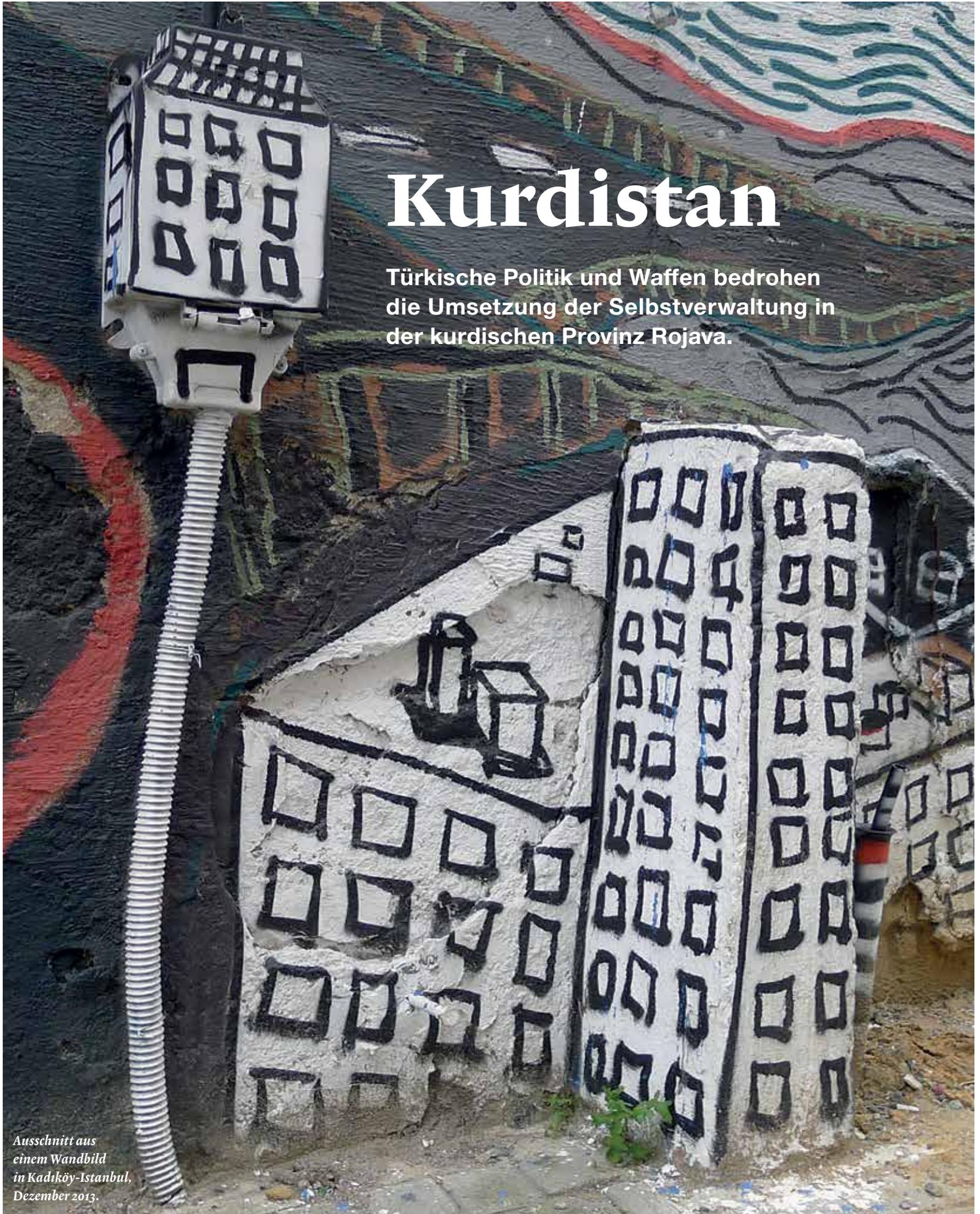
Fazil Ahmet Taner ist Rechtsanwalt und Mitglied des Menschenrechtsvereins Istanbul (IHD Istanbul) sowie des Vereins Solidaritätsnetz. Sein Text wurde aus dem Türkischen übersetzt.

1 de.wikipedia.org/wiki/İnsan_Hakları_Derneği
2 de.wikipedia.org/wiki/Typ-F-Gefängnis
3 de.wikipedia.org/wiki/Menschenrechtsstiftung_der_Türkei
4 tohav.org (Toplum ve Hukuk Arastirmalari Vakfi)
5 toplumsaldayanismaagi.net (Dayanisma Agi Derneği)

Kurdistan

Türkische Politik und Waffen bedrohen die Umsetzung der Selbstverwaltung in der kurdischen Provinz Rojava.

*Ausschnitt aus
einem Wandbild
in Kadıköy-Istanbul,
Dezember 2013.*



Die türkische Syrienpolitik ist gescheitert

Aus allen wichtigen Rollen gedrängt. Die AKP-Regierung ist heute schwer konfrontiert mit den Konsequenzen ihrer kriegsschürenden Politik in Syrien. Weder wurde Assad schnell gestürzt, noch wurde der Weg frei für die Herrschaft der Muslim-Bruderschaft. Dafür hat sich in Rojava eine Revolution ereignet.

Emel Korkmaz, die Mutter von Ali Ismail Korkmaz, der während dem Juni-Aufstand in Eskişehir in einer Seitenstrasse von Polizisten zu Tode geprügelt wurde, hielt den Angeklagten im Gerichtssaal ein gerahmtes Foto ihres Sohnes vor die Augen: «Ich habe den Mördern in die Augen gesehen. Sie konnten aber nicht in meine Augen anschauen.»

Neben Ali Ismail Korkmaz stammten noch zwei weitere der fünf jungen Opfer des Juni-Aufstandes aus Antakya nahe der syrischen Grenze: Abdullah Cömert und Ahmet Atakan. Zehntausende jugendliche Menschen beteiligten sich jeden Tag an den Protesten. Es war wie eine Intifada. Warum aber war im ruhigen und friedlichen Antakya eine solche Explosion möglich?

Der wesentliche Grund ist ein offensichtlicher: Die Syrienpolitik der AKP-Regierung. Dass sich die Volksbewegung in Syrien zu einem Bürgerkrieg entwickelte, bei dem die syrische Regierung auf ihre eigenen Bürger_innen schoss, hat die

«In Rojava wurden nicht nur Fesseln zerschlagen, die autonome Region wurde gar noch von einer Partei auf Öcalans Linie geführt, nämlich der PYD.»

Türkei aktiv mitgestaltet. Insbesondere deshalb, weil sie der Muslim-Bruderschaft nahe stehende Elemente ausrüstete und ausbildete.

Phase 1. Die Syrienpolitik der AKP-Regierung seit 2011 kann man grob in drei Phasen einteilen. In der ersten Phase unterstützten die USA das Projekt Erdoğan's, sich auf die Muslim-Bruderschaft zu verlassen, um die syrische Regierung zu stürzen. Tausende von bewaffneten Freischärlern übertraten die türkisch-syrische Grenze um gegen die Baath-Partei zu kämpfen.

Man dachte, dass Assad genau wie Gaddafi schnell gestürzt werden könne.

Die AKP half mit, die «Nationale Koalition» zu bilden, diese stützte sich jedoch ausschliesslich auf die Muslim-Bruderschaft. Die Freie Syrische Armee (FSA) dagegen hat die am stärksten unterdrückten Elemente der syrischen Gesellschaft unter Assad zusammengebracht. Um den Aufbau einer autonomen Regierung in Rojava zu vermeiden, ignorierte die «syrische Opposition» die Forderungen der Kurden_innen kategorisch. Wie Assad war auch sie dafür, dass Syrien weiterhin «arabische Republik» bliebe.

Das Hauptinteresse der AKP-Regierung in Syrien bestand in dieser Periode darin, die Muslim-Bruderschaft als neue Regierung zu installieren. Somit sollte die Kette solcher Regierungen von Marokko und Tunesien über Ägypten und Syrien bis in die Türkei reichen. Dieser Gürtel von Muslim-Bruderschafts-Regimen hatte ein perfektes Hinterland für die türkische Bourgeoisie mit imperialistischer Neigung bilden können. Die «oppositionellen» Kräfte in Syrien, die die Macht zu ergreifen hatten, sollten eine anti-kurdische Politik durchsetzen und die eventuelle Bildung einer autonomen kurdischen Region, wie im Fall Südkurdistan nach dem Untergang Saddam Husseins, blockieren.

Genau in dieser Periode flüchteten Tausende von Syrier_innen in die Türkei; sie wurden von der Regierung in Antakya angesiedelt. Es kamen jedoch nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Jihadisten. Antakya wurde somit zur logistischen Basis des syrischen Bürgerkriegs, was zu einer Spannung zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Jihadisten führte.

Die ersten Massenbewegungen brachen zu dieser Zeit aus, woraufhin der Gouverneur jegliche Demonstration verbot und eine Art Ausnahmezustand verhängte.

Die erste Phase der türkischen Syrienpolitik endete mit dem Scheitern der «Syrischen Nationalen Koalition». Die im November 2012 in Doha durch die gemeinsame Bestrebung von Qatar und den USA

gegründete «Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte» nahm den Platz der «Syrischen Nationalen Koalition» ein. Das hiess nichts anderes, als dass die Türkei aus ihrer Rolle gedrängt wurde. Der Doha-Gipfel signalisierte zudem, dass sich die Haltung der USA der Muslim-Bruderschaft gegenüber ändern würde. (Diese Veränderung der amerikanischen Bewertung der Muslim-Bruderschaft manifestierte sich in der Haltung der USA bezüglich des Militärputsches in Ägypten im Juli 2013, was die Machtverhältnisse signifikant beeinflusste.)

Phase 2. Doha war nicht der einzige Misserfolg aus Sicht der Türkei. Die Partei der demokratischen Union (PYD) baute – beginnend mit Kobani am 19. Juli 2012 – Selbstverwaltungseinheiten in kurdischen Städten auf, die Revolution in Rojava hatte begonnen. Assads Truppen wurden vertrieben und Volksräte wurden aufgebaut. Darüberhinaus gründeten die Kurd_innen die Volksverteidigungseinheiten (YPG). Diese revolutionäre Entwicklung mit den Frauen im Vordergrund öffnete einen populär-demokratischen Freiraum im Rahmen des reaktionären Bürgerkriegs. Für die türkische Bourgeoisie bedeutete diese Entwicklung eine Katastrophe: In Westkurdistan wurden nicht nur Fesseln zerschlagen, die autonome Region wurde gar noch von einer Partei auf Öcalans Linie geführt, nämlich der PYD.

Nach diesem Wendepunkt musste die AKP-Regierung ihre makro-orientierte Syrienpolitik aufgeben. Da sie von der Planung der Zukunft Syriens ausgeschlossen wurde, konzentrierte sie sich auf Mikroziele wie Repression gegenüber der entstehenden autonomen Regierung in Rojava. Die Türkei begann, der Al-Nusra-Front und dem «Islamischen Staat im Irak und der Levante» (Isil), beide auf der US-Terrorliste, Waffen per LKW-Ladung zu schicken, damit sie diese in Rojava einsetzen konnten.

Die Revolution in Rojava leistete jedoch unerwartet starken Widerstand. Die YPG-Einheiten jagten Al-Kaida aus der Region

TÜRK BURJUVAZISI SURIYE BATAĞINDA

«Esad`ın hızla devriliş yerine bir Müslüman Kardeşler hükümeti kurulabileceği öngörüsüyle Suriye`de iç savaşı örgütleyen AKP hükümeti, şimdi bu politikanın ağır sonuçlarıyla yüzleşiyor.» AKP hükümetinin Suriye politikasını ve bu politikanın Türkiye'deki yansımalarını değerlendiren yazar, «Hatay'da neler oluyor» sorusuna da yanıt veriyor. Rojava'da yeşeren ve halkların kardeşliğini slogan olmaktan çıkararak Kürt özerk yönetimine de değinilen yazıda, Hatay bölgesinde yakalanan TIR'lar dolusu silahların, özerklik ilanının akabinde Türk hükümetinin Rojava'yı ezme yolunda çetelere verdiği desteğin kesintisizce sürdüğünün göstergesi olduğu vurgulanıyor.

und erstaunten damit die ganze Welt. Möglich war das, weil das Volk die Bewegung enorm unterstützt. Dass in den Gefechten in Serekanî auch ein Kommunist aus der Türkei ums Leben kam, symbolisierte die Entschlossenheit der Vorkämpfer der türkischen Arbeiter_innenklasse im Sinne der Solidarität mit Rojava.

Auch an einer anderen Front lief es nicht wie geplant. Der «Nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte» gelang es trotz der vollen Unterstützung durch die USA und Qatar nicht, Assad zu stürzen.

Mitte 2012 erreichte der Krieg seinen Höhepunkt. Der Einbezug der libanesischen Hisbollah war ein strategischer Wendepunkt. Einbrüche wie die Eroberung Kusseirs durch die Regierung im Juni 2013 und Rückschläge setzten interne Streitigkeiten innerhalb der «oppositionellen» Banden in Gang. Ein Sturz Assads wurde immer unwahrscheinlicher. Die Baath-Armee mit ihrer starken Bürgerwehr besiegte die Freie Syrische Armee in den Städten. Die FSA und andere jihadistische Banden wurden jedoch nicht völlig zerstört und der Bürgerkrieg wurde zu einem Abnutzungskrieg.

Der Bombenanschlag am 11. Mai 2013 in Reyhanlı an der türkisch-syrischen Grenze war eine direkte Folge des syrischen Bürgerkriegs. Es war der blutigste Bombenanschlag in der Geschichte der Türkei, der auf die Zivilbevölkerung abzielte. 52 Menschen kamen ums Leben und 146 weitere wurden verletzt.

Der Angriff wies typische Al-Kaida-Charakteristika auf (doppelte Autobomben). Bereits am 23. April 2013 berichtete zudem der türkische Nachrichtendienst MIT, dass in Ar-Raqqa drei Autos mit Bomben beladen wurden, Verdächtige einen Bombenanschlag in der Türkei planten, und vermutlich drei Grenzstationen (Gaziantep, Hatay und Şanlıurfa) betroffen sein könnten. Die türkische kommunistische Hacker-Gruppe RedHack veröffentlichte Belege des Nachrichtendienstes der Gendarmerie, die ebenfalls annehmen liessen, dass die Al-Nusra-Front einen Anschlag mit Autobomben in Hatay vorhatte.

Weil alle 73 Strassenkameras in Reyhanlı einige Tage vor dem Bombenanschlag eine Panne hatten, konnte nichts aufgenommen werden – so die Medien. Über den Anschlag durfte gemäss Anordnung sowieso nicht berichtet werden; nur gerade die Kommentare der Regierungssprecher durften veröffentlicht werden. Dass eine pro-Assad Milizgruppe und der syrische Nachrichtendienst schuldig seien, glaubte das Volk von Hatay vor diesem Hintergrund natürlich nicht. Man vermutete vielmehr die Al-Kaida hinter diesem Anschlag, und dass versucht wurde, die Türkei in den Krieg hineinzuziehen.

Gegen den Anschlag in Reyhanlı protestierten in Hatay und in vielen anderen Städten tausende Menschen. Die Polizei griff die Demonstrant_innen an. Die Kundgebungen gelten als wichtige Vorläufer des Juni-Aufstands; zugleich enthüllte der Anschlag das endgültige Scheitern der türkischen Syrienpolitik.

Phase 3. Als in der Region Ost-Ghouta nahe Damaskus hunderte Menschen durch chemische Kampfstoffe ums Leben kamen, hätte die AKP-Regierung eine neue Chance bekommen, einen Ausweg aus der politischen Sackgasse zu finden.

Obwohl anfangs nicht klar war, ob die Freie Syrische Armee oder das Assad-Regime für dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich war, begann die AKP-Regierung sofort, erneut zu hetzen. Nicht einmal Obamas Hinweise auf einen begrenzten Militäreinsatz in Syrien konnten Erdoğan zufrieden stellen. Er war mit nichts anderem als einem Regimewechsel einverstanden. Doch dann kam Russland ins Spiel und die Türkei wurde aus dem sich nun entwickelnden Prozess völlig ausgeschlossen. Assad wurde der offizielle Ansprechpartner des Westens, weil er das C-Waffen-Abkommen unterzeichnete und zustimmte, chemische Waffen zu vernichten, während Erdoğan immer stärker isoliert wurde und sich langsam zurückzog.

Rojava im Aufbau Das kurdische Volk in Rojava baute seine Selbstverwaltungsmechanismen weiter auf und aus. Als im Januar 2014 Rojava seine Autonomie in drei Kantonen ausrief, unterliess es Ankara sich einzumischen. Wegen dem Machtkampf zwischen den Fraktionen der Herrschenden Klasse wurde jedoch bekannt, dass die syrischen oppositionellen Kräfte immer noch illegal mit Waffen versorgt wurden.

Mit Waffen beladene LKW und Busse in der Nähe von Hatay zeigten, dass die AKP-Regierung Unterstützung leistete, um Rojava zu vernichten. Diese «Hilfslieferungen» wurden aber von den USA, anders als 2011, nicht mehr genehmigt, weil sich deren Bedrohungswahrnehmung und Prioritäten verändert hatten. Nun galten sie als Hilfsleistung für Terroristen.

Diese Vorkommnisse an der syrischen Grenze gehörten zu den wichtigsten Faktoren im Hintergrund des Korruptionsskandals und Machtkonflikts der türkischen Herrschenden.

Als sich Ende Februar 2014 die Genf II-Konferenz versammelte und die westlichen imperialistischen Kräfte vorhatten, einen Kompromiss nach der iranischen auch mit der syrischen Regierung zu schliessen, verschlechterte sich die Lage für die AKP-Regierung weiter. Sie freute sich vielleicht darüber, dass es ihr gelungen ist, die Beteiligung der Rojava-Regierung an der Konferenz zu hindern.

Die Genf II-Konferenz ist im Vergleich zum Aufbau der autonomen Regierung und der Volksräte in Cizîrê, Kobani und Afrin durch das kurdische Volk – und in Zusammenarbeit mit arabischen, turkmenischen, tschetschenischen, assyrischen, armenischen und altsyrischen Völkern – sowieso nur eine diplomatische Karikatur.

— Alp Altınörs

Alp Altınörs ist Journalist und Schriftsteller, er lebt in Istanbul. Sein Text wurde aus dem Türkischen übersetzt.

Freies Kurdistan im Test?!

Kommunale Selbstverwaltung der PKK im Norden Syriens __ Der Bürgerkrieg in Syrien hat die jungen Kurdinnen und Kurden radikalisiert. Tausende kämpfen im Norden des Landes gegen die Al-Kaida und für ein freies Kurdistan.

Ein Optimist hat bereits eine Starbucks-Filiale eröffnet. Grün leuchtet das runde Logo in die schwarze Nacht, die das Städtchen verschluckt hat. Grün wie die Hoffnung. Da macht es auch nichts, dass es sich um eine Kopie handelt, wie sich bei genauerem Hinsehen zeigt: Im leuchtenden Kreis steht nicht Starbucks, sondern Show Café. Chic ist es allemal: Der Marmorboden glänzt, die Stühle sind mit Leder bezogen, der Espresso kostet so viel wie fünf Sandwichs in der Imbissbude. Drinnen langweilt sich ein Wasserpfeifen-Boy in einem 1001-Nacht-Kostüm. Draussen brummen die Generatoren und liefern in den matschigen Strassen den Soundtrack der Belagerung.

Afrin, eine kurdische Stadt nördlich von Aleppo, ist umgeben von Dörfern in endlosen Olivenhainen. Und von Feinden. Weiter im Norden, an der türkischen Grenze, tröpfelt es wie eine Infusion durch die Lücken im Stacheldraht. Ausgerechnet den Türken sind die Kurden hier ausgeliefert: Die Grenzpolizisten drücken beide Augen zu, wenn Brot, Medikamente und Journalist_innen nach Syrien kommen und Flüchtlinge hinausgehen.

Hinter einem Schnauz Im Süden hocken die Islamisten. Die beiden syrischen Al-Kaida-Ableger, der «Islamische Staat im Irak und der Levante» (Isil) und die Al-

Nusra-Front blockieren die Wege nach Aleppo und Idlib. Wer Diesel aus dem Süden durch die Al-Kaida-Stellungen schmuggelt, riskiert den Kopf. Ohne Diesel für Generatoren und Öfen aber bleibt es dunkel und kalt. Strom kommt schon lange nicht mehr durch die Leitungen aus Aleppo. Einst kostete ein Liter Diesel in Syrien umgerechnet sieben Rappen, heute zahlt man in Afrin zwei Franken. Für manche ist der Krieg das grosse Geschäft, für die meisten reicht es gerade so zum Leben. Immerhin. Auch wenn es täglich nur noch eine warme Mahlzeit gibt – Afrin ist in Syrien ein lebenswerter Ort.

Hier fallen keine Bomben und schlagen keine Raketen ein. Hier gibt es keine Gotteskrieger, die einen schächten, bloss weil man Christ, Alevitin oder eben Kurde ist. Hier, im äussersten Zipfel Syriens, 50 Kilometer nordwestlich von Aleppo, gibt es noch Hoffnung. Und die ist hier nicht starbucksgrün. Die Hoffnung weht grün-gelb-rot im bissigen Wind. Auf dem Polizeihauptquartier, dem Spital und der Bäckerei, ebenso wie an den Checkpoints der Miliz, die immer dichter stehen, je weiter man rausfährt. Trikolor flattert die Hoffnung, und wo die Fahne der Partiya Yekitiya Demokrat weht, ist Serok Apo, Abdullah Öcalan, nicht weit. Wo früher die Konterfeis des Assad-Clans hingen, lächelt nun der inhaftierte Chef der Kur-

dischen Arbeiterpartei (PKK) hinter seinem Schnauz hervor.

Die Partiya Yekitiya Demokrat ist die syrische Schwester der türkischen PKK. Im Westen steht die PKK auf der Terrorliste, in Afrin und den anderen Kurdengebieten im Norden Syriens sichert sie den relativen Frieden. Als der Krieg ausbrach, kamen Kader und Kämpfer aus den irakischen Kandil-Bergen, dem Rückzugsgebiet im jahrzehntelangen Kampf gegen den türkischen Staat, herunter. Rasch wurde eine kurdische Miliz in Syrien aufgebaut: Ende Sommer 2012 war Assad in den drei kurdischen Hauptsiedlungsgebieten Geschichte. Dank ihrer militärischen Überlegenheit, sagt die PKK. Wegen eines Kuhhandels, den die Kurd_innen mit dem Regime eingegangen seien, sagen die arabischen Rebellen. Viele glauben, dass die PKK jahrzehntelang mit den syrischen Geheimdiensten zusammenarbeitete. Für Assad war sie ein Pfand, das er aussenpolitisch ausspielen konnte.

Bewaffnetes Misstrauen also zwischen der PKK und den Rebellen, die gegen Assad kämpfen. Die Al-Kaida stellt sich in diesem Konflikt auf keine Seite, sie verfolgt ihre ganz eigenen Ziele. Ebenfalls mit Gewalt. Weil die Gotteskrieger im Nordwesten Syriens in den letzten Monaten erstarkt sind, herrscht jetzt Krieg in der Nachbarschaft von Afrin.

Die Kurden sind für die Fundamentalisten Ungläubige, die sich lieber einen Stalin-Schnauz als einen Bart wachsen lassen. Bei denen die Frauen ohne Kopftuch und mit Zigarette rausgehen und zu Hause den Tee nicht nur servieren, sondern sich dazusetzen. Das Kalifat und die Kurd_innen, das verträgt sich schlecht.

Aus Deutschland zurückgekehrt «Unsere Frauen sind die besseren Scharfschützen», sagt Shakur Sheik. «Sie haben eine ruhige Hand und viel Geduld.» Und das Beste: «Die Islamisten glauben, dass nicht in den Himmel kommt, wer von einer Frau getötet wird.» Shakur spricht ein Deutsch, wie man es in deutschen Fabrikhallen hört. Nach 15 Jahren in Saarbrücken ist er nach Syrien zurückgekehrt: «Ich kann nicht in Deutschland sitzen, während meine Heimat im Krieg versinkt.» Seine Mutter lebt hier, etwas ausserhalb von Afrin, nahe der Front mit den Islamisten.

Jetzt verbringt Shakur seine Tage im Polizeihauptquartier von Afrin, und die Nächte oft auch. Auf seinem Schreibtisch liegen Funkgeräte und die Schlüssel zu den Pick-ups, mit denen seine Polizisten patrouillieren. Shakur ist ein kleiner Mann, kaum grösser als eins sechzig. Auch er trägt einen Schnauz im hochroten Gesicht. Shakur ist ein fröhlicher Mensch, das ändern auch die Pistole in seinem Hosenbund und die AK-47 in seinem Kofferraum nicht.

«Der fliegende Vogel weckt meine Sehnsucht»,
Streetart in Istanbul,
Dezember 2013.



Aber bei Al-Kaida-Kämpfern hört der Spass für ihn auf. Wenn die PKK-Miliz welche an der Front gefangen nimmt, werden sie zu Shakur gebracht. Neulich verhörte er einen jungen Mann aus Tunesien. «Der weinte die ganze Zeit», erzählt Shakur. «Der hatte Angst und konnte mir nicht in die Augen sehen. Gebettelt und gefleht hat der.» Er sei verwirrt gewesen, als er sich der Al-Kaida angeschlossen habe. Er wolle zurück nach Hause. «Das geht doch nicht», sagt Shakur. «Dann steht der zwei Tage später wieder hier und schießt auf unsere Leute.» Was hat er mit dem Islamisten gemacht? Vielleicht hat Shakur die Frage wirklich nicht verstanden. Er wendet sich bereits dem nächsten Bittsteller zu.

Die PKK ist nicht nur das Assad-Regime losgeworden. Auch viele Kurd_innen, die mit Öcalans Ideologie der hierarchielosen kommunalen Selbstverwaltung und der Überwindung des Staates nicht einverstanden sind, mussten gehen. Das ist der Preis für die relative Ruhe in einem Land, das im Blut ertrinkt. Viele Kurd_innen, aber auch Araber_innen, sind aus Aleppo, Idlib oder gar Damaskus hierher geflohen. Die Stadt und ihr Umland zählten einst gut 400 000 Einwohner, heute sollen es mindestens doppelt so viele sein. Doch auch im Auge des Orkans fordert der Krieg seinen Blutzoll.

1007 Kriegsverletzte Doktor Azad Sabri verteilt grüne Häubchen, die über Haare und Schuhe gezogen werden. Dann führt er durch sein improvisiertes Reich, das derzeit eines der am besten funktionierenden Spitäler Syriens sein dürfte. 80 Ärzt_innen arbeiten in dem zwei-stöckigen Blockbau. Es gibt drei Operationssäle, ein Labor zur Blutanalyse und eine Intensivstation.

Der Doktor führt genau Buch: 1007 Kriegsverletzte wurden in den letzten zwölf Monaten hier operiert, Zivilist_innen und Kämpfer_innen. Alles schwere Fälle, «die leichten Verletzungen zählen wir gar nicht». Auch Verwundete der Gegenseite waren darunter. «Über 200 Kämpfer der Freien Syrischen Armee und sieben Jihadisten», so Sabri. «Aber jetzt gerade sind keine da.» Wenn sie genesen sind, nimmt sich die PKK ihrer an und tauscht sie gegen gefangene Kurd_innen ein.

Sabri ist einer von fünf Ärzten, die das Spital in Afrin leiten. Früher war es ein staatliches Krankenhaus, heute garantiert die PKK den Betrieb. 35 Millionen syrische Pfund, rund 220 000 Franken, hat die Partei laut Sabri eingeschossen. Ohne die PKK, die straff organisiert und bei einem Teil der Bevölkerung tief verankert ist, wäre zu Beginn des Bürgerkriegs wenig möglich gewesen.

Und jetzt geht erst recht nichts mehr ohne sie. Ihr Gewaltmonopol reicht von der Front bis in die Operationssäle. «Früher war in Afrin fast die Hälfte der Jugendlichen drogensüchtig», sagt Doktor Sabri. Assads Polizisten hätten konfiszierte Drogen jeweils wieder verkauft, «um sich etwas dazuzuverdienen und um die kurdische Jugend zu verderben.» Die PKK habe sich um diese jungen Leute gekümmert. Statt ins Gefängnis kamen sie in Trainings-

Für manche ist der Krieg das grosse Geschäft, für die meisten reicht es gerade so zum Leben.

lager. «Etwa ein Viertel der Milizionär_innen sind ehemalige Drogensüchtige», behauptet der Arzt. Auch sonst kümmert sich die PKK um die Jugend, die unter der Diktatur der nationalistischen Baath-Partei aufgewachsen ist. In der Öffentlichkeit Kurdisch zu sprechen, reichte, um ins Gefängnis zu kommen. Fast wäre die Unterdrückungspolitik der Assads erfolgreich gewesen. Noch eine Generation vielleicht, und Syriens Kurden hätten ihre Sprache, ihre Geschichten und die Art, die Welt zu sehen, verloren.

Kämpfer werden geformt «Klar ist die geladen», sagt Walat. Ihre dunklen Augen funkeln, sie wirft ihren Zopf über die Schulter nach hinten und streicht sich eine Haarsträhne aus dem Gesicht. Dann nimmt sie das gebogene Magazin aus ihrer AK-47 und zeigt die Patronen. In dem Taschengurt, den sie über ihrer Tarnjacke trägt, stecken weitere Magazine. «Das hier ist kein Spiel», sagt sie mit gedämpfter Stimme.

Bis vor zwei Jahren war Walat ein Teenager in Aleppo, nichts weiter. Sie ging zur Schule, tratschte mit ihren Freundinnen über die Jungs in der Strasse, die besten Jeans und die neusten arabischen Schnulzen. «Damals konnte ich nicht einmal richtig Kurdisch sprechen», erinnert sie sich. «Ich war weit entfernt von meinem Volk.» Jetzt ist alles anders. Walat ist kein Mädchen mehr, sie ist eine Kriegerin. Als Ende Juli die Schlacht von Aleppo begann, war Walat bereits in Afrin, dem Stammland vieler Familien, die in Aleppos Kurdenvierteln lebten. In Afrin lernte Walat rasch, Kurdisch zu sprechen und zu fühlen. In Kursen der PKK erfuhr sie alles über den Kampf, den ihr Volk seit langem führt, und über die Ideologie von Serok Apo. Vor einem Jahr schloss sie sich der Miliz an, wie tausende andere. Walat sagt, sie sei

19. Damit gehört sie nicht einmal zu den Jüngsten.

Walat kann die AK-47 blind auseinandernehmen und wieder zusammensetzen. Sie ist Fahrerin eines Pick-ups mit aufmontiertem Maschinengewehr. Sie kämpft an der Front und hat Genossinnen sterben sehen. Auf der anderen Seite liegen arabische Jugendliche hinter den Sandsäcken. Der Krieg hat vieles zerstört und radikale alte Ideologien einer neuen Generation eingepflegt. Die einen sterben für Apo und das kurdische Volk. Die anderen für Allah und das Kalifat.

Kult um die Märtyrer Im Zentrum Afrins steht das Haus der Märtyrer. Alte Frauen, eingewickelt in dicke Wollmäntel, drängen sich um einen rauchenden Holzofen. Sie sind die Mütter der Gefallenen. Eine von ihnen führt durch den weiten, kalten Raum, an dessen Wänden hunderte Porträts hängen.

Es ist kein trauriger Ort. «Wir bereuen nichts», sagt eine alte Frau laut, «wir werden noch viele Söhne und Töchter für die Freiheit opfern.» Ihr Sohn ist einer von rund 600, die im Kampf gegen die Türken in den letzten 40 Jahren gefallen sind. Seit die PKK in Syrien kämpft, hat sie 137 neue Bilder aufgehängt. Bilder von jungen Männern und Frauen wie Walat. Ein Märtyrer ist einer, der nicht vergebens stirbt. Desse Tod Hoffnung macht. «Ich bin bereit, für mein Volk zu sterben», hat sie gesagt. Die Kriegerin, die vor zwei Jahren noch ein Mädchen war. Nichts weiter.

— Amir Ali, Afrin

Amir Ali war Mitte Januar 2014 in Afrin.

Er ist Redaktor beim Strassenmagazin Surprise.

ÖZGÜR KÜRDİSTAN DENEMESİ: PKK'NIN BATI SURIYE'DEKİ ÖZERK KOMÜNÜ

Batı Suriye`de, Kürt şehri Afrin`de bombasız füzesiz kısmi bir huzurdan söz edilebilir. 2012 yazının sonlarından bu yana Esad, orada tarih olmuş durumda. Savaş patlak verdiğinde Kürt savaşıçılar ve kadrolar Irak`ın Kandil Dağı`ndan geldiler ve Esad rejimine karşı yerel Kürt muhalafetine dahil oldular. PKK ve Suriye`de örgütlü kardeş parti PYD, hiyerarşinin olmadığı komünal bir özerklik fikrini hayata geçirme çabasında. Afrin`den bir röportaj.

Mahnmal wider das Vergessen

Zum 15. Todestag von Andrea Wolf und 23 weiteren Militanten

der PKK — Kurz nach der Einweihung des Mahnmals für Andrea Wolf und weitere PKK-Militante wollten es Behördenvertreter wieder abreißen; seitdem organisieren kurdische Aktivist_innen eine Mahn- und Schutzwache direkt daneben. Sie kämpfen für das öffentliche Erinnern an die Ermordeten, für die Aufklärung der Kriegsverbrechen und die Bestrafung der Täter_innen – Voraussetzung für einen gerechten Friedensprozess.

Menschenrechtsarbeit braucht einen langen Atem. Und den Mut der Menschen, die an die Getöteten erinnern und mitten in den kurdischen Bergen in der Provinz Van eine Gedenkstätte für Ronahi, den kurdischen Musiker Hozan Hogir sowie 22 weitere PKK-Militante errichtet haben. Das Mahnmal und der Friedhof für die «Märtyrer der Revolution»¹ liegen auf einem Berggipfel in der Nähe des Dorfes Kelahere (Andicen). Die Gedenkstätte trägt den Namen der deutschen Internationalistin Andrea Wolf, die in kurdischen Städten, Dörfern und in den Bergen bis heute als «Ronahi» bekannt ist. Von dort oben können Besucher_innen auf die hohen Bergketten nahe der iranischen und irakischen Grenze blicken – und hinunter zum Ort des Kriegsverbrechens, wo unsere Freundin und Genossin Andrea am 23. Oktober 1998 gefoltert und ermordet wurde.

Zur feierlichen Einweihung des Mahnmals am 15. September 2013 kamen hunderte Aktivist_innen der Friedensmütter, des Solidaritäts- und Kulturvereins Meya-Der, der mesopotamischen Familien, die Angehörige verloren haben, des türkischen Menschenrechtsvereins IHD sowie BDP-Politiker_innen und viele Menschen aus der Region Catak und Van. Der Gouverneur von Catak forderte danach umgehend die Zerstörung des Mahnmals und liess in einer geheimen Sitzung des «Councils» von seinen Beamten unter Ausschluss der demokratisch gewählten Politiker_innen einen Beschluss zum Abriss der Gedenkstätte verabschieden. Die Vertreter_innen

der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) haben angekündigt, gegen diese «illegale» Entscheidung mit allen juristischen Mitteln vorzugehen.

An der Reaktion der kurdischen Aktivist_innen auf die staatliche Drohung gegen den «Platz der Märtyrer» kann man die grosse Bedeutung ablesen, die die Erinnerung an die Ermordeten und Verschwundenen für den Kampf um einen gerechten Frieden besitzt: Seit dem 23. September haben kurdische Aktivist_innen eine Mahn- und Schutzwache direkt neben dem Mahnmal organisiert. Salih Kaplan, der Vorsitzende der Organisation Meya-Der in Van, sagte der Zeitung Özgür Gündem: «Unsere Märtyrer sind unsere Würde. Bis der Beschluss des Provinz-Councils, das Mahnmal zu zerstören, offiziell zurückgenommen wird, werden wir unsere Mahn- und Schutzwache fortsetzen. In keiner Kultur der Welt ist es erlaubt, die Toten und ihre Grabstätten respektlos zu behandeln oder ihre Grabstätten zu schänden. Wir werden mit aller Konsequenz bis zum Schluss das Mahnmal und die Grabstätten vor der Zerstörung schützen und verteidigen. Wir rufen deshalb das kurdische Volk und die Öffentlichkeit dazu auf, die Mahnwache zu unterstützen.»

«Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, unmöglich machen würden. Einfach den Nachschub kappen. Ich weiss, es ist angesichts des Zustands in den Metropolen utopisch (...) Auch auf längere Zeit wird es so bleiben. Schade, das wäre

was. Eine militante Bewegung, die die Kriegsmaschine lahmlegt.» Andrea Wolf schrieb diese Sätze am 1. Mai 1997 in den Bergen Kurdistans. Ihre Biografie erzählt auch einen wichtigen Teil der Geschichte des militanten Widerstandes in der BRD von 1980 bis Ende der 1990er Jahre². Im Januar 1997 schloss sich Andrea der kurdischen Frauenarmee Yajk an.

Vor ihrer geplanten Rückkehr nach Deutschland starb Andrea am 23. Oktober 1998 in den kurdischen Bergen. Türkische Soldaten hatten sie und weitere PKK-Militante nach tagelangen Auseinandersetzungen gefangen genommen. Laut Zeugnisaussagen wurde sie als unbewaffnete Gefangene, so wie mindestens zwei weitere Kämpfer, gefoltert und aussergerichtlich hingerichtet – anschliessend haben türkische Offiziere und Soldaten die Leichen weiter misshandelt und verstümmelt. Andrea war 33 Jahre alt.

Ein öffentliches Erinnern an die Ermordeten, die Aufklärung der Kriegsverbrechen und die Bestrafung der Täter ist Voraussetzung für einen gerechten Friedensprozess.

— Michael Backmund

Michael Backmund ist Mitglied im FreundInnenkreis Andrea Wolf.

UNUTULMAYA KARŞI ANIT: ANDREA WOLF VE DİĞER 23 PKK MİLTANINININ 15. ÖLÜM YILDÖNÜMÜ

«Devrim şehitleri» için yapılan bu anıt mezar, Kelahêrê (Andiçin) köyü yakınlarında bir dağın tepesinde bulunuyor. Ziyaretçiler orada yukarıda, İran ve Irak sınırına yakın yüksek sıradağları görebiliyor – ve aşağıda, savaş suçlarının vuku bulduğu yeri; enternasyonalist Andrea Wolf, Kürt müzisyen Hozan Hogir ve diğer 22 PKK militanının 23 Ekim 1998'de işkence gördükleri ve katledildikleri yeri.

Anıtın durumu oldukça tartışmalı zira açılıştan kısa bir süre sonra, 15 Eylül 2013'de – 15. ölüm yıldönümünde – yetkililer tarafından yıkımına karar verildi ve o zamandan beri Kürt aktivistler tarafından hemen anıtın yanında bir anma ve koruma organize ediliyor. Katledilenlerin anısını yaşatmak, savaş suçlarının aydınlatılması ve failerin cezalandırılması – yani adil bir barış sürecinin önkoşullarının sağlanması için mücadele ediyorlar.

¹ Das kurdische Wort «Sehit» heisst übersetzt «Zeuge und Märtyrer» und wird von der kurdischen Bewegung, aber auch von der türkischen Linken für alle Menschen verwendet, die als Militante im Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung ihr Leben für die Befreiung verloren haben und getötet wurden. Sie werden als «Märtyrer der Revolution» bezeichnet.

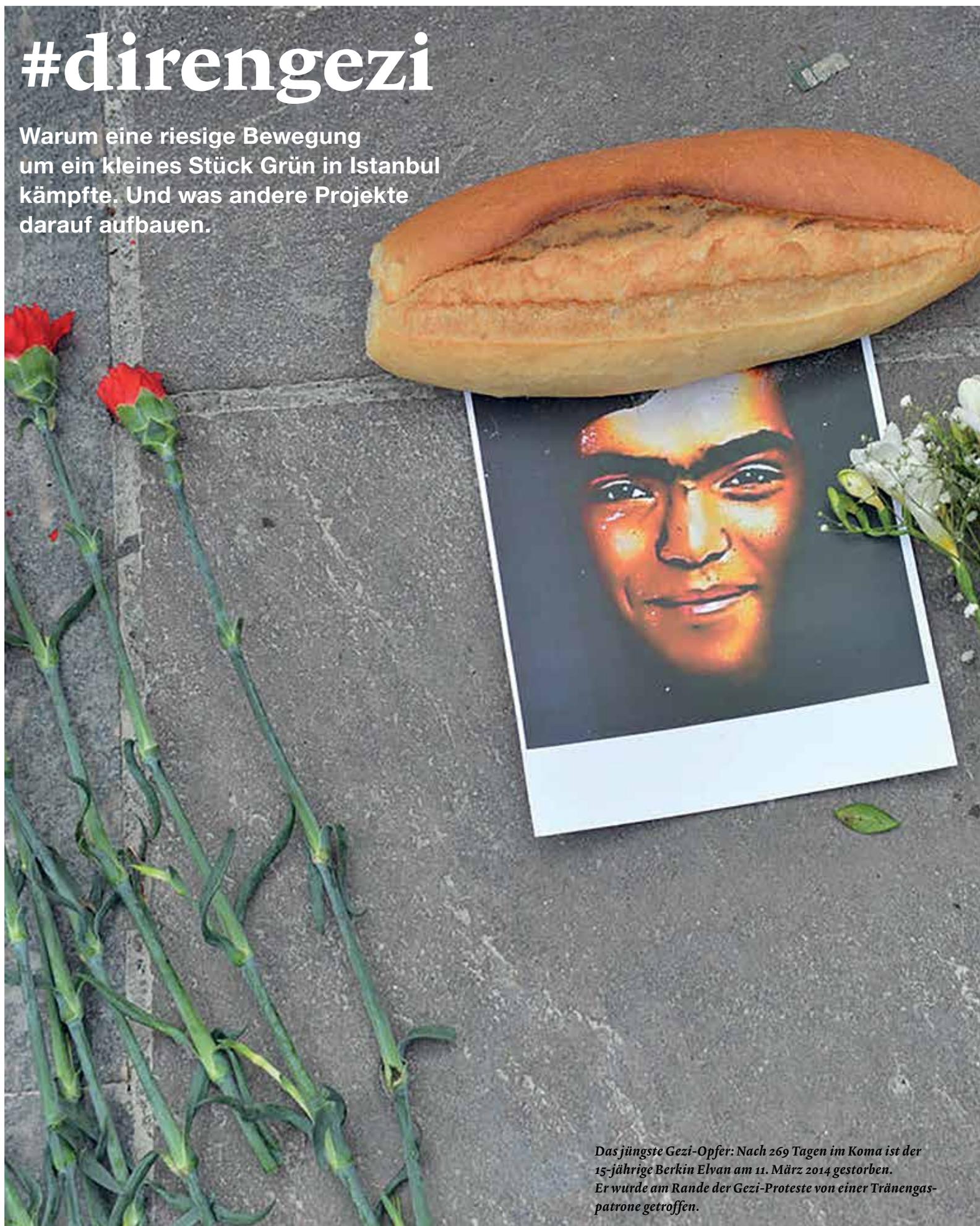
² Informationen über die Arbeit des FreundInnenkreises Andrea Wolf von 1998 bis heute unter www.andrea.libertad.de.



«Hör zu, schau hin, schrei laut»,
Streetart in Istanbul, Dezember 2013.

#direngezi

Warum eine riesige Bewegung um ein kleines Stück Grün in Istanbul kämpfte. Und was andere Projekte darauf aufbauen.



Das jüngste Gezi-Opfer: Nach 269 Tagen im Koma ist der 15-jährige Berkin Elvan am 11. März 2014 gestorben. Er wurde am Rande der Gezi-Protteste von einer Tränengaspatrone getroffen.

Die Kommune vom Gezi-Park und der Klassenkampf

Hoffnung auf emanzipatorische Projekte __ Kurdische Transparente neben solchen von Feminist_innen, Anarchist_innen, Kommunist_innen und Fussballfans: Erstmals hat die türkisch-kurdische Generation, die in den 1990er-Jahren geboren ist, gemeinsam gegen die Staatsmacht gekämpft. Die Proteste um den Gezi-Park und die darauf folgenden landesweiten Aufstände haben die Türkei verändert – das gibt Hoffnung auf emanzipatorische Projekte und Proteste.

Auf der Fahrt zurück heraus aus Tarlabaşı nach Eminönü begann der junge Taxifahrer auf dem Weg durch die verstopften Straßen nach seiner Frage, ob wir gerade auf dem Taksim waren, zunächst leise und dann immer selbstbewusster zu erzählen: «Auch ich bin ein Çapulcu! Drei Tage habe ich im Gezi-Park übernachtet, diese Proteste werden unser Land verändern, die Erfahrungen, die wir jungen Türken, Aleviten, Kurden und viele andere zusammen gemacht haben, kann uns niemand mehr nehmen.» So zufällig und flüchtig die Begegnungen in diesen Istanbuler Juninächten auch sein mochten, so offen und interessiert wurde schon lange nicht mehr über das Schicksal der Türkei und Kurdistans am Bosphorus und über die Notwendigkeit einer umfassenden Demokratisierung im gesamten Land gesprochen.

Drei sehr konkrete Momente der Aufstände zeigen die strategische Perspektive der Kommune vom Gezi-Park und die Möglichkeiten des Klassenkampfes in der Türkei und Kurdistan: Die Gezi-Proteste haben die herrschende Deutungshoheit der türkischen Eliten und ihrer Massenmedien gebrochen. Bislang waren immer «die Anderen» und insbesondere «die Kurden» die Terroristen. Seit Erdoğan und die AKP die Demonstrant_innen als «Marodeure und Terroristen» bezeichnet, gibt es eine selbstbewusste Antwort der Diffamierten: «Dann sind wir eben alle Marodeure und Terroristen», riefen sie der Staatsmacht entgegen. Bei den Grossdemos am Taksim und im Gezi-Park waren erstmals kurdische Transparente, PKK-Fahnen und Bilder von Apo ganz selbstverständlich neben den Transparenten von Feminist_innen, Anarchist_innen und Kommunist_innen zu sehen. Und nach der Ermordung eines kurdischen Jugendlichen in Lice bei Diyarbakır fanden erstmals in Istanbul und der Westtürkei Solidaritätsdemos statt unter dem Motto «Taksim ist überall, Lice ist überall – überall ist Widerstand». Diese

horizontale Selbstermächtigung und die Solidarität einer breiten Protestbewegung in der Türkei mit der kurdischen Freiheitsbewegung eröffnen eine Perspektive für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung mit einer antihegemonialen und antichauvinistischen Position.

Drei Thesen zur aktuellen Situation in der Türkei und Kurdistan:

1. These Die Kommune vom Gezi-Park und die Aufstände in der gesamten Westtürkei haben die Gesellschaft in der Türkei radikal verändert. Das ist – unabhängig davon, wie es weiter geht – der historische Erfolg dieser Aufstände.

2. These Dadurch sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Klassenkampf in der Türkei und in Kurdistan deutlich verbessert worden – es gibt erstmals seit Jahrzehnten wieder eine reale Chance für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der gesamten Türkei.

3. These Zwischen den Taksim-Aufständen, dem kurdischen Friedensprozess und der kurdischen Autonomie in Rojava sowie der Entwicklung in Syrien besteht ein dialektisches Verhältnis – das ist eine Chance und zeigt zugleich die Komplexität der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Gefahr einer reaktionären Eskalation.

Die wichtigsten Akteure und die Dynamik der Aufstände Diese Gruppen bestimmten die Dynamik der Aufstände:

– Junge Menschen und Studierende: Sie haben die Nase voll von der autoritären Bevormundung: Von Internetzensur, Alkoholverbot, patriarchalen Körperpolitiken mit einem Abtreibungsverbot als Angriff auf ihre Körper ebenso wie die repressiven Geschlechterrollen, Kleider-Normen und eine Familienpolitik, bei der laut Erdoğan «alle jungen Frauen drei bis fünf Kinder gebären sollen». Dazu kommen eine rasante neoliberale Umstrukturierung des gesamten

GEZI PARKI KOMÜNÜ İLE TÜRKİYE VE KÜRDİSTAN'DAKİ SINIF MÜCADELESİ

Bugüne kadar bütün «ötekiler», bilhassa da Kürtler her zaman terörist ilan edilmişlerdir! Fakat ne zaman ki Erdoğan ve AKP Gezi Parkı eylemcilerini çapulcu ve terörist olarak adlandırdı, eylemciler bu defa bu karalamayı yapanları kendi silahlarıyla vurdu: «O halde hepimiz teröristiz».

2013 yazının ilk aylarında başlayan Gezi Parkı ile ilgili protestolar ve ondan sonra tüm ülkeye yayılan ayaklanma süreci, geniş bir protesto hareketinin dayanışmasıyla Türkiye'yi değiştirdi. Bu süreçte Kürtçe pankartlar ve PKK bayrakları ile feministler, anarşistler, komünistler ve futbol taraftar grupları gibi kesimler ilk kez yan yana göründüler. Bu süreç birlikte katılımcı demokrasi prensibiyle yürütülen tartışmaların ve karar alma mekanizmasının olduğu bir projeye dönüştü ve aynı zamanda Kürt hareketine uzanan bir köprü oldu.

Türkiye'nin ekonomik büyüme adına ödediği bedel büyük. Kentsel dönüşüm, yolsuzluklarla beraber yürüyen tahammül edilmesi zor bir inşaat patlaması ve çevre tahribatı sadece İstanbul'un değil, hemen bütün büyük şehirlerin problemi haline geldi. Kapitalist turizme karşı alternatifler, sosyal ve ekolojik konut ya da çevre dostu tarım üzerine düşünmek ve tartışmak için olanaklar çok. Ve özellikle bu süreçte Batı Kürdistan'da (Suriye) Rojava özerklik projesi ile özgürlükçü fikirlerin hayata geçirilmesi/geçirilmek istenmesi gündemdeyken.

Bildungssystems und damit prekäre Zukunftsperspektiven auch für die Mehrheit der angehenden Akademiker_innen.

- Frauen, Lesben, Schwule und Transgender: Diese sind von der herrschenden «Kultur der Vergewaltigung» und der zunehmenden autoritär-patriarchalen AKP-Politik ganz besonders stark betroffen.
- Junge kurdische Militante in Istanbul – mit den praktischen Erfahrungen und dem Mut zu kämpfen gegen die Polizei und von der Gentrifizierung und Vertreibungspolitik besonders betroffen.
- Fussballfans als soziales und politisches Milieu, das sich einer repressiven Polizei und einem Alkohol- und Politikverbot in den Stadien ausgesetzt sieht und nach dem 1980er Putsch eine lange Tradition als sozialer Raum des «Überlebens» mitbringt.
- Die so genannten Weisskragen: Prekäre Arbeiter_innen in den Dienstleistungsbranchen – von marginalisiert und schlecht bezahlt bis zu extrem gut bezahlten Angestellten (aber frei und prekär arbeitend).
- Die alten, erfahrenen Militanten der sozialistischen Linken.
- Und insbesondere auch eine undogmatische neue Linke des 21. Jahrhunderts, die sehr gut global vernetzt und ideologisch auf der Höhe des internationalen politischen Diskurses ist: Seit Jahren aktiv gegen Gentrifizierung, den Abriss von Tarlabası, im internationalen No-Border-Kampf verankert. Sie hat ein Bewusstsein für die erstarkenden landesweit bisher noch lokalen Proteste gegen Umweltzerstörung und AKW und sie ist lokal aktiv gegen die Istanbuler Abschiebeknäste, in den Netzwerken gegen den globalen Kapitalismus, Krieg und Patriarchat. Ein Beispiel: Das Netzwerk «our Commons».

Alle zusammen haben einen kreativen neuen Raum eröffnet: Die Kommune vom Gezi-Park war ein Laboratorium, ein Ort des Experiments und des Erfolgs, der Realität von basisdemokratischen Diskussions- und Entscheidungsstrukturen.

Gezi war überall in der Westtürkei und die Türkei war wie in einem Mikrokosmos auch im Gezi-Park präsent. Es war eine Erfahrung im Geist der «Pariser Kommune», der Revolten auf den Plätzen der Welt von Athen über Tunis, Kairo, New York, Frankfurt bis Sao Paulo und Mexico City.

Erstmals hat die türkisch-kurdische Generation, die in den 1990er Jahren geboren wurde, gemeinsam auf der Strasse gegen die Staatsmacht gekämpft: «Wir sind so froh, dass wir endlich in der Gegenwart des globalen Kampfzyklus gegen Kapitalis-

mus und Krieg angekommen sind», sagte mir eine Freundin am 22. Juni 2013 auf dem Taksim, als erstmals nach der Räumung des Gezi-Parks und den sich anschließenden tagelangen Strassenschlachten wieder zehntausende Menschen auf dem Taksim demonstrierten. Die Antwort auf die alten Politikmodelle der türkischen Linke war eindeutig: Wir brauchen eine neue, antiautoritäre und horizontale Bewegung. Denn obwohl Che in der Türkei von allen Linken verehrt wird, gab es in grossen Teilen der türkischen Linke interessanterweise bisher keinen kreativ-dynamischen Bruch mit den verschiedenen Spielarten der ML-Partei-Orthodoxien – auch dafür war die Kommune vom Gezi-Park ein überfälliger Befreiungsschlag und kann einen Brückenschlag zur kurdischen Bewegung sein, die nach 1989 sich wesentlich konsequenter und nachhaltiger mit den Erfahrungen des autoritären Staatssozialismus auseinandergesetzt hat als grosse Teile der türkischen Linke es bisher getan haben.

«Die Antwort auf die alten Politikmodelle der türkischen Linke war eindeutig: Wir brauchen eine neue, antiautoritäre und horizontale Bewegung.»

«Als die Herren der klassischen Linken in den Gezi-Park gekommen sind, kam der Prozess ein paar Tage ins Stocken – sie erklärten in tagelangen Plena allen ihre ideologisch richtige Einschätzung – in der sie sich natürlich jeweils nicht einig waren. Sie blockierten damit vorübergehend die Dynamik des Prozesses. Nach ein paar Tagen haben auch sie kapiert, dass die Kommune vom Gezi-Park bereits erfolgreich funktioniert – ab da haben auch manche von ihnen etwas Neues gelernt», erklärte mir eine jüngere Aktivistin ihr Fazit dieser Erfahrung der Revolte.

Gentrifizierung, Bauboom und türkische Krise Der Preis für eine Immobilienspekulation im Dienste einer von Millionen Istanbul_innen abgelehnten Luxus-Gentrifizierung im Eiltempo ist die Zerstörung von weiten Teilen der architektonisch und historisch einmalig schönen Altstadtviertel von Tarlabası, Kurtuluş oder Kocatepe und der steilen und verwinkelten Stadtviertel wie Katip Mustafa Celebi, Tophane oder Cihangir unterhalb der Fussgängerzone Istiklal, die hinunter bis zum Bosphorus führen.

Schon jetzt hat dieser «Bauboom» auf Kosten der dort ansässigen Bevölkerung einmalige Gebäudeensembles für immer vernichtet und wird als städtebauliche

Todstunde in die Architekturgeschichte von Istanbul eingehen. Von dort werden die Menschen vertrieben, um der Profitlogik und der globalen Gleichmacherei von schlechter Architektur für jene Menschen Platz zu machen, die zwar viel Geld, aber dafür keinen Geschmack und keinen Sinn für die Idee dessen haben, was eine «Polis» im Kern bedeutet: Gemeinschaft und gewachsene soziale und kulturelle Strukturen.

Übrigens lassen sich dieselben Zerstörungen durch Gentrifizierung und kapitalistischer Durchdringung des städtischen Raumes auch in Van und anderen kurdischen Städten beobachten. Doch gerade in Van ist die zerstörerische Dimension des Kapitalismus nach dem Erdbeben mit ganzer Wucht angekommen: Block für Block der Häuser, die das Beben überstanden haben, wird dem Erdboden gleichgemacht für einen kreditfinanzierten Bauboom – dazu mutieren die zwei wichtigsten Einkaufsstrassen Vans derzeit von einer ehemals regionalen Einzelhandelsstruktur zu kleinen Mini-Istiklals mit allen Burger-, Klamotten-, Pizza- und Kaffeeketten dieser Welt.

Längst zeigt sich aber, dass diese angebliche Erfolgsgeschichte des globalen kapitalistischen Baubooms in Zentren der grossen Metropolen schnell wie ein Kartenhaus in sich zusammen stürzen kann, sobald sich die internationalen Hedgefonds und Börsenspekulanten mit ihren Investitionen einem noch lukrativeren oder sicheren Geschäft zuwenden wollen. Eine verstärkte Krise oder gar ein Crash in der Türkei würde die Immobilienblase in Spanien wie eine leichte Frühlingsbrise erscheinen lassen.

Verfolgt man den Kurssturz an der Istanbul Börsen nur seit Beginn der Protestbewegung, den Kursverfall der türkischen Lira und das rasant steigende Handelsbilanzdefizit der Türkei der letzten Jahre inklusive wachsender Schulden- und Kreditberge sowie das Abflauen der Konjunktur des bis 2011 noch als «China Europas» bejubelten neoliberalen AKP-Modells in der Türkei, könnten für die nationalen wie internationalen Banken und Konzerne hier am Bosphorus heftige Frühjahrsstürme heraufziehen.

Parallelentwicklungen. Zum Schluss einige Gedanken zur Dialektik zwischen den Projekten der Kommune vom Gezi-Park, der kurdischen Befreiungsbewegung und der Autonomie von Rojava: Diese Projekte weisen einige grundlegende Übereinstimmungen auf, sowohl in der Organisationsform wie in der inhaltlichen Zielsetzung der politischen Strategie: Es geht hier wie dort um basisdemokratische Rätestrukturen und um antihierarchische Selbstermächtigung. Das zeigt sich in den kurdischen



Räten ebenso wie in den Erfahrungen der Istanbuler Foren. Die autonome Selbstermächtigung in basisdemokratischen, anti-sexistischen, antikapitalistischen, genossenschaftlich und ökologisch ausgerichteten Rätestrukturen besitzt in der kurdischen Variante bereits einen Grad der Autonomie der Frauenorganisation mit Veto-Rechten, bei der – trotz Genderstudies an allen Unis – zum Beispiel die hiesige Linke verdammt schlecht aussieht.

Es geht bei der demokratischen Autonomie genauso wie bei der Kommune im Gezi-Park nicht mehr um die Staatsmacht, um Militär oder Grenzen von willkürlich konstruierten Nationen und Staaten – es geht um Räume und Gebiete der Autonomie mit internationalistischen Momenten.

Die militärischen Angriffe aller reaktionären Kräfte auf das autonome Rojava, – ob von der Türkei und der Allianz islamistischer Reaktionäre von Al-Kaida bis Saudi Arabien und Katar – zeigt, wie nötig und zugleich gefährdet diese Perspektiven sind.

Für die Aktivist_innen der Gezi-Aufstände wird das in den nächsten Monaten insbesondere bedeuten, den autonomen Geist der Bewegung über die Zeit der Kommunal- und Parlamentswahlen vom März 2014 zu verlängern und sich in der aktuellen Dynamik verschiedener linker Parteien und ihrem Drang nach parlamentarischer Partizipation, die dabei auch nicht vor Koalitionen mit der alten kemalistischen Macht zurückschrecken, nicht unterkriegen zu lassen. Da sind doch Klassenkämpfe und

Modeshows in besetzten Textilfabriken in Istanbul das lohnendere Betätigungsfeld.

Auch in Kurdistan gäbe es unabhängig von der grossen Politik ganz praktische Beispiele und Ideen für klassenkämpferische Projekte: Wenn nicht jetzt über Alternativen zu einem kapitalistischen Tourismus und für eine ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Energieversorgung nachgedacht und diskutiert wird, wird der kapitalistische Zyklus der Modernisierung Kurdistan überrollen. Die Umweltzerstörung durch weggeworfene Plastiktüten- und -flaschen und alle Begleitscheinungen des globalen Handels haben allein in den letzten eineinhalb Jahren in den Flüssen der Region Van verheerende Spuren hinterlassen.

Doch wo sind die ökologischen Aufklärungskampagnen, wo die Genossenschaften, die sozialen und ökologischen Wohnungsbau betreiben als Gegenmodell zur kapitalistischen Gentrifizierung nach dem Modell der Gated Communities für die kurdische Mittelklasse und einer rasanten Bodenspekulation im Verbund mit Drogen- und Prostitutionsmafia? Wo sind die ökologischen Genossenschaften, die Stadtteile in kurdischen Städten mit selbstproduzierten hochwertigen Nahrungsmitteln versorgen könnten und wo sind die autonomen Kulturzentren, die der staatlichen und islamistischen Bildungs-offensive etwas entgegen setzen?

Ohne das autonome Projekt in Rojava einer Gesellschaft jenseits kolonialer und neo-

«Ich werde eines Tages sicher...» – Strassenprojekt (Utopienliste) in Kadiköy-Istanbul. Dezember 2013.

kolonialer Grenzziehungen, ethnischer Säuberungen, autoritärer und fundamentalistischer Regime und gegen die Interessen regionaler wie globaler Grossmächte gerichtet (von der Türkei über Russland, Iran, Saudi-Arabien, Katar bis zu den Nato-Staaten, der USA und der EU), wäre auch für die Entwicklung in Nordkurdistan das Schlimmste zu befürchten.

Ohne eine reale Chance auf einen gerechten Frieden in Kurdistan würde aber wiederum auch die Aufstandsbewegung in der gesamten Türkei ins Stocken geraten und Gefahr laufen, brutal unterdrückt zu werden.

— **Michael Backmund**

Michael Backmund lebt und arbeitet als Journalist, Autor und Filmemacher in München. Er hat mehrmals KCK-Prozesse in Istanbul und Silivri besucht und setzt sich seit 1998 für die Aufklärung der Kriegsverbrechen der türkischen Armee in Kurdistan ein, u. a. im FreundInnenkreis Andrea Wolf.



Gezwitscher aus #direnistanbul

Social Media im Dauerbetrieb — Im letzten Jahrzehnt war Indymedia für Anti-WEF- und Anti-G8-Aktivist_innen das Mittel zur Schaffung einer linken Gegenöffentlichkeit. Heute übernehmen eher Facebook, Twitter, Blogs und Livestreams diese Rolle. Die Folge: Innert einem Jahrzehnt ist aus dem Info-Bächlein ein Fluss geworden.

Als 2001 in Genua Carlo Giuliani erschossen wurde, versammelten sich zwei Stunden später Tausende Demonstrant_innen, die sich vom brutalen Angriff der Polizei zurückziehen mussten, im Tute Bianche-Zeltlager im Rugby-Stadion Carlini. Bei diesem spontanen Protest schriegen verschiedene Aktivist_innen ihre Wut und Trauer in die tränengasgeschwängerte und von Polizeihelikopter-Rotoren zugepöbelte Luft. Von diesem Moment – im Gegensatz zu Carlos gut dokumentierten Tod – gibt es nur sehr vereinzelte Berichte auf Indymedia; Bilder und Videos existieren gar nicht. Zwölf Jahre später wäre ein solcher Moment wohl blitzschnell über Facebook, Twitter und Livestreams bekannt gemacht worden.

*Bild oben:
Streetart in
Cihangir-Istan-
bul, Dezember
2013.*

Postindymediale Gegenöffentlichkeit schaffen Als im Frühsommer 2013 die ersten Demonstrationen für den Erhalt des Istanbuler Gezi-Parks stattfanden, machte die Niederschlagung dieses Protests schnell die Runde: Dank Twitter und Facebook kannte die halbe Welt Inhalte und die Geschehnisse der Proteste, bevor (und wenn überhaupt) die Abendnachrichten weltweit darüber berichteten. Mit der Besetzung und Räumung des Gezi-Parks und der Ausbreitung der Demonstrationen und Proteste auf die ganze Türkei schlug die Stunde der Twitterer_innen, Facebook-Aktivist_innen und Livestreamer_innen. Diese berichteten (fast) live und unzensiert mitten aus dem Geschehen und bildeten damit eine weltweite Gegenöffentlichkeit. Zu Beginn wagten

nur einzelne (türkische) TV-Sender, Bilder über die Situation rund um den Taksim-Platz zu senden. In diese Bresche sprangen neben Twitter- und Facebook-Aktivist_innen andere Medien wie das zweisprachige Gezi Radyo oder CapulTV, die live aus dem Park berichteten und Interviews machten. Daneben waren etliche lokale und internationalistische Live-Streamer_innen unterwegs.

Auf der Informationsflutwelle mitsurfen Mensch konnte überall mit dabei sein, selbst in den Ferien: So landeten wir spätsamstagnachts am Bürocomputer einer autonomen Kreuzberger Kneipe und waren mittels Livestreams mitten im Zentrum des Istanbuler Geschehens. Na ja, eigentlich war nicht viel zu sehen: Ein Livestreamer dokumentierte unter anderem aus dem gefühlten 10. Stock eines Hochhauses Tränengasschwaden und revolutionäre Barrikadenrufe, während unsere türkischsprachige Genossin uns alles übersetzte. Irgendwie aber waren wir dabei.

Die vielen geöffneten Facebook- und Twitter-Seiten sowie die gleichzeitig geöffneten und laufenden Livestreams-Fenster brachten bald nicht nur jeden Computer, sondern auch jede_n solidarische_n Info-surfer_in an die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Welche Fotos eignen sich zum Posten, welche Infos sind spannend, wann sendet Gezi Radyo endlich wieder englische News, kann CapulTV nicht endlich mal was auf Englisch machen, wie soll ich mit 200 neuen #direngezi- und #occupygezi-Tweets pro Minute umgehen? Welche Twitter-Liste ist informativer – die von der Piraten-Genossin aus Berlin oder die von Zeit Online mit Journalist_innen von bürgerlichen Medien? Was ist das bloss für eine Firma, die das eben getwitterte foto- und videodokumentierte Pfeffergemisch für die Wasserwerfer in Istanbul produziert – führen die Spuren gar in die Schweiz?

#RedHack ists gewesen Und dann war da noch RedHack, die ebenfalls über und von den Protesten in Istanbul, Ankara und anderswo berichteten: Die «türkische marxistisch-leninistische Computerhacker_innen-Gruppe» (Wikipedia), die seit 1997 unter anderem staatliche Webseiten attackierte, auf Twitter mittlerweile 714 225 Follower_innen hat und leider (zu) wenig auf englisch oder deutsch twittert. Gerade 2013 traten sie mit spektakulären Hacks in Erscheinung. So mit der Publizierung von Geheimdokumenten, die bewiesen, dass die türkische Militärpolizei im Voraus von einem Autobombenanschlag wusste, der später 51 Menschen das Leben kostete, aber nichts dagegen unternommen hatte. Bei Angriffen auf staatliche Websites und

Datenbanken wurden manchmal gar die Schulden der Bürger_innen beim Staat «getilgt». Anlässlich des 20. Jahrestages des Sivas-Massakers (Islamisten und Faschisten verbrannten in einem Hotel 33 alevitische Intellektuelle) wurde die Website des staatlichen Religionsamtes Diyanet gehackt: «Das ist die Antwort für diejenigen, die zum Ramadan in Fünfsterne-Hotels speisen, aber Menschen in Dreisterne-Hotels verbrennen.»

Neue Medien, neue Repression Mit der Räumung des Gezi-Parks kam die Repression – noch härter als schon zuvor: Livestreamer_innen konnten sich nur noch mit Vorsicht bewegen, Gezi Radyo und CapulTV gingen in den Untergrund und sendeten klandestin aus Wohnungen irgendwo in Istanbul und selbst die Live-Berichte der offiziellen Medien wurden – sofern nicht von der Polizei kontrolliert – oft behindert, (selbst-)zensuriert oder kriminalisiert.

Twitterer_innen mussten ab sofort mit staatlicher Verfolgung rechnen. Schon nur die Publizierung von Telefonnummern und Adressen von Antirepressions- oder Erste Hilfe-Strukturen der Bewegung reichte für Verhaftungen.

Der allmächtige Staat versuchte ausserdem, einen (Zensur-)Fuss in Twitter und Facebook zu bekommen: Die gemäss Erdoğan «Lügen verbreitende Plage» Twitter solle, so die Forderung des Kommunikationsministers im Juni 2013, in der Türkei ein Büro einrichten: «Wenn wir Informationen brauchen, wollen wir, dass es jemanden in der Türkei gibt, der uns die liefern kann.» Und: «Es muss einen Ansprechpartner geben, dem wir eine Beschwerde übermitteln können, und der dann einen Fehler beheben kann, wenn es einen Fehler gibt.» (FAZ).

Facebook hingegen arbeite gut mit den Behörden zusammen – was Facebook natürlich umgehend vehement dementierte.

Noch härter wurde es für RedHack: Deren Aufrufe zu Protesten und «Straftaten» würden den Tatbestand des «virtuellen Terrorismus» erfüllen. Angebliche Rädelsführer wurden in verschiedenen türkischen Städten verhaftet. Im Vorfeld

hatte RedHack die «Verantwortung» für alle (laut Regierung 5 Millionen) Twitter-Nachrichten im Zusammenhang mit den OccupyGezi-Protesten übernommen: «Die AKP führt Untersuchungen in den sozialen Medien durch. Alle Twitter-Nachrichten wurden von uns geschaltet. Zu diesem Zweck haben wir zahlreiche Computer hacken müssen. Finger weg von unschuldigen Menschen. Wir sind hier.»

Dieses «Bekannter_innenschreiben» führte auf Twitter umgehend zum beliebten Hashtag #redhacktarafindanhacklendik (#wewerehackedbyredhack).

Aufruf zu Protesten = Tatbestand des «virtuellen Terrorismus»

Gegenpropaganda: #erdoganistsuper

Die neuen sozialen Medien wurden – obwohl sie seitens der Obrigkeit als «neue grosse Gefahr» angesehen werden – von derselben und ihren Anhänger_innen ebenfalls fleissig genutzt. Etliche Erdoğan nahe Politiker_innen hetzten auf Twitter und Facebook gegen die Gezi-Bewegung und deren Versammlungen, gegen einzelne Aktivist_innen oder streuten gezielt Desinformationen.

2014 sollen 6000 Parteiaktivist_innen für Erdoğan twittern, posten und sharen. Vorreiter dieser Entwicklung ist laut FAZ Melih Gökçek, der Bürgermeister von Ankara: «Unvergessen ist Gökceks sensationelle Enthüllung nach dem Höhepunkt der gegen den türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan und die AKP gerichteten so genannten Gezi-Proteste. Via Twitter tat der Hauptstadtbürgermeister seinerzeit kund, dass in den Zelten der Demonstranten im Gezi-Park Pläne zum Bau von Atombomben gefunden worden seien. (...) Ungünstig für Ankaras Bürgermeister war allein, dass er auf den Scherz eines türkischen Satiremagazins hereingefallen war. Die Autoren hatten die von Erdoğan, seinen Ministern und regierungshörigen Massenmedien in die Welt gesetzten Verschwörungstheorien zu den

angeblichen Drahtziehern der Proteste («die ausländische Zinslobby», «Feinde der Türkei», «die deutsche Lufthansa») durch eine besonders krude Legende karikiert.»

Nach dem Gezi-Informations-Sturm Die kollektive und individuelle Social-Media-Gegenöffentlichkeit rund um und nach Gezi sind immer noch wichtig: Nicht nur für die heterogene türkische Opposition, die sich jenseits von zensierten Medien und verkrusteter Parteienlandschaft informieren und organisieren konnte, sondern auch für die «Bewegung» draussen im globalen Dorf: Türkische und kurdische Migrant_innen, aber auch Solidarische waren auf dem Laufenden, konnten in ihren Städten Soliaktionen und -demos organisieren und so den Druck auf die Regierung Erdoğan weltweit erhöhen.

Natürlich hat die Publizität auch Nachteile: Während auf Indymedia und bei autonomen Foto- und Video-Aktivist_innen noch der Konsens gilt, Gesichter vor der Publikation unkenntlich zu machen, stellen heute viele alles mögliche unzensiert ins Netz – selbst Sachen, die Nachrichtendiensten und Staatsanwaltschaften die Arbeit erleichtern. Durch die Kriminalisierung von Twitterer_innen und Hacker_innen in der Türkei (Aufruf, Verunglimpfung etc.) wurden viele Leute davon abgeschreckt, weiterhin (unter ihrem Namen) auf Twitter und Facebook zu publizieren.

Die Ereignisse in der Türkei lassen aber auch darauf schliessen, dass sich nach wie vor nicht wenige aus der heimischen SocialMedia-Stube auch raus auf die real existierende Strasse wagen. Die Stimmung schreit nach Veränderungen – nicht nur in der Regierung Erdoğan.

Oder wie es einer meiner Lieblings-«Korrespondenten» aus Istanbul kürzlich auf Twitter ausdrückte: «Das Wetter heute: Konfuser Wolkenhimmel mit einer Stille vor Sturm in der Seele der Türken.»

— Tom Locher

Medienaktivist aus Bern

#DIRENISTANBUL'DAN CIVILDAŞMALAR

Birkaç yıl öncesine kadar sol kamuoyu genellikle Indymedia gibi platformlar üzerinden oluşturuluyordu. Bugün ise Twitter, Facebook, bloglar ve internetten canlı yayın akışı gibi sosyal medya araçları bu fonksiyonu üstlendi.

İstanbul'da Gezi Parkı ve sonrasında Türkiye'nin tamamına yayılan eylemler sırasında sosyal medya araçları muazzam bir rol oynadı. Ve bunun üzerine sosyal medya kullanıcılarının «kriminalize» edilmeleri de gecikmedi.

Links

- <http://europa.deutschlandfunk.de/2013/06/13/die-gezi-medien/>
- www.ustream.tv/recorded/34398593 (Yom Gashum: pots and pans protest at cihangir while police brutally attack gezi park)
- www.vice.com/alps/read/tim-pool-stream-live-aus-istanbul-occupygezi-taksim
- <http://capul.tv/>
- <https://twitter.com/TheRedHack>
- <https://www.youtube.com/watch?v=nf-24WuN-Y> (Film über RedHack)
- www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/tuerkei-mit-twitter-und-traenen-gas-gegen-demonstranten-12691674.html
- www.faz.net/aktuell/politik/demonstrationen-tuerkei-will-direkten-zugriff-auf-twitter-12262298.html
- www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2013/06/479057/schutz-vor-dem-staat-redhack-uebernimmt-verantwortung-fuer-alle-protest-tweets/



Sowieso alles Terrorist_innen?

«Befreiung»; Plakat für den 1. Mai
und «Arbeiterversammlung»,
Streetart in Istanbul, Dezember 2013

Angeklagt: Kritische Journalist_innen und
solidarische Anwält_innen.

Ihre Waffen sind Kugelschreiber, Kameras und Laptops

Geiseln des Staates __ An dem Tag, an dem seine Tochter geboren wurde, sass Ismail Yildiz in einer Zelle in «Kocaeli No. 1». 160 Kilometer entfernt von Istanbul nahe der Kleinstadt Kandira in der Provinz Kocaeli am Schwarzen Meer. Eingesperrt in einem der sieben so genannten F-Typ-Gefängnisse, wie die neuen Hochsicherheits-Strafvollzugsanstalten der Türkei offiziell heissen. Der freie Journalist und langjährige Mitarbeiter der kurdischen Nachrichtenagentur ANF ist einer von 44 Journalist_innen und Journalisten, die am 20. Dezember 2011 in den frühen Morgenstunden bei einer grossangelegten Polizeirazzia in Istanbul festgenommen wurden.

Fast ein Jahr mussten Yildiz und seine Kolleg_innen warten, bis das Sondergericht unter dem Vorsitzenden Richter Ali Alicen den weltweit grössten Journalistenprozess am 10. September 2012 im Istanbul Justizpalast eröffnete (M 7 und M 8/2012). Der Vorwurf lautet – wie in allen so genannten KCK-Verfahren (siehe Seite 39) – auf Rädelsführerschaft, Unterstützung und Mitgliedschaft in der verbotenen Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK). Die meisten Angeklagten sind Kurd_innen oder arbeiten für kurdische bzw. unabhängige staatskritische Medien. Die Türkei ist mittlerweile Weltmeister bei der Inhaftierung und Verfolgung von Journalist_innen: Aktuell sitzen nach Informationen von Menschenrechtsorganisationen 64 Journalist_innen in Haft, rund 123 stehen vor Gericht. Bereits der Auftakt des Mammut-Verfahrens endete mit einem Eklat: Der Richter liess den Saal räumen, schloss Zuschauer_innen und Angeklagte aus, weil diese ihr Recht auf Verteidigung in ihrer Muttersprache verlangt und ihre Anwalt_innen die sofortige Einstellung des rechtswidrigen Schauprozesses gefordert hatten. Seitdem wird alle paar Monate für einige Tage im Gefängnis Silivri, nahe der gleichnamigen Kleinstadt am Marmarameer, verhandelt – rund 80 Kilometer von Istanbul entfernt. Wie lange noch, weiss niemand.

Im April 2009 begannen die Polizeiaktionen in der gesamten Türkei. Offiziell zielten die Massenfestnahmen gegen die KCK, die die Regierung der AKP, der «Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung», als angeblichen «städtischen Flügel» der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) kriminalisiert. Ins Fadenkreuz der seit 2011 weltweit grössten und bis heute andauernden «Anti-Terror-

Operation» geraten seitdem immer mehr Menschen, die sich für eine Lösung der kurdischen Frage, für Menschenrechte, einen gerechten Frieden und bürgerliche Freiheiten stark machen. Bisher sind rund 10 000 kurdische Rechtsanwältinnen, Akademiker, Politikerinnen, Studenten und lokale Räte, Gewerkschafterinnen und Journalisten von solchen Verfahren betroffen. Die Logik der Anklage ist simpel – und folgt der Tradition der politischen Gesinnungs- und Willkürjustiz: Die Angeklagten würden zwar wie Journalist_innen leben und arbeiten, aber in Wahrheit seien sie alle Terrorist_innen und gehörten einer bewaffneten Organisation an. Bei den Raz-

«Es ist offensichtlich: Die Journalist_innen werden für ihre Berichterstattung über die kurdische Frage bestraft.»

zien in Redaktionen, Privatwohnungen oder Büros hat die Polizei keine Pistolen, Bomben oder Bekenner schreiben gefunden: «Sie haben nur Texte, Nachrichten, Interviews, Artikel, Fotos und Filmmaterial beschlagnahmt – also alles, was Journalist_innen täglich produzieren», sagt Rechtsanwalt Ercan Kanar. Doch dieser Widerspruch stört das Sondergericht nicht. Am 25. September 2013 stellte Yildiz dem Gericht deshalb die Frage: «Werden wir als schuldig betrachtet, weil wir nicht solche Nachrichten schreiben, die die Polizei wünscht?»

Solidarität zeigen Politische Prozesse sind für die meisten Beteiligten mit langen

und aufwendigen Reisen verbunden: Zerya Zin ist sicher die jüngste, die jeden Monat ihren Vater im Gefängnis besucht hat. Am 8. Februar 2013 konnte Yildiz seine Tochter das erste Mal ausserhalb des Gefängnisses in die Arme schliessen – nach dreizehn Monaten und 19 Tagen entliess ihn das Gericht vorläufig aus der Untersuchungshaft. Jedoch sitzen bis heute noch 15 Angeklagte in Haft.

Aber auch Mitglieder der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) machen sich seit September 2012 regelmässig ehrenamtlich auf den Weg nach Istanbul, Silivri oder Diyarbakır – als Prozessbeobachter_innen und um den eingesperrten und von hohen Haftstrafen bedrohten Kolleg_innen Solidarität und Unterstützung zu zeigen. Ebenso die Vertreter_innen der Europäischen Journalistenföderation (EJF), deren Generalsekretär Ricardo Gutiérrez am 27. September 2013 als Prozessbeobachter feststellte: «Es ist offensichtlich, dass die angeklagten Journalisten für ihre Berichterstattung über die kurdische Frage bestraft werden.»

Während kurdische und unabhängige Medien in der Türkei von jedem Prozesstag berichten, trifft man in Silivri oder Diyarbakır keine internationale Korrespondenten. Studiert man als kritische_r Beobachter_in den Pressespiegel, fällt das Fazit über die internationale Berichterstattung nüchtern aus: Die Pressefreiheit in Istanbul, dem neuen Lieblingsziel für west- und nordeuropäische Städtetourist_innen, scheint in deren Zeitungen und Magazinen nicht von Interesse zu sein. Der Prozess in Silivri selbst erinnert an einen Roman von Kafka: Ein Strafssenat, der nur bis zum Urteil existieren wird. Anonyme Zeug_innen, von denen niemand weiss, ob es sie wirklich gibt.

DEVLETIN REHINELERİ: SILAHLARI KALEMLER, FOTOGRAF MAKINELERİ VE BILGISAYARLAR

«Sadece yazılara, haberlere, röportajlara, makalelere, fotoğraflara ve film malzemelerine el koydular; yani kısaca gazetecilerin günlük ürettikleri her şeye». 100'den fazla saniğa, gazeteci olarak yaşıyor ve çalışıyor olsalar da, terörist oldukları ve silahlı örgüte üye olduklarına dair suçlamalarda bulunuluyor. KCK-davası olarak adlandırılan davada – tıpkı avukatların davasında olduğu gibi – devlet güçleri tarafından PKK'nin şehir yapılanması olarak kabul edilen yasadışı Kürdistan Topluluklar Birliği (KCK) yöneticiliği, üyeliği ve örgütü desteklemeye dair suçlamalar bulunmaktadır.

Türkiye'de gazeteciler yıllardır ciddi tehdit ve suçlamalara maruz kalıyor, ancak KCK davasıyla birlikte baskı dalgası daha da yükseldi ve Kürt hareketini zayıflatmak için özellikle de solcu gazetecilerin saf dışı bırakılması ilk hedef olarak belirlendi.

Yazar, KCK davalarında sendika adına gözlemci olarak yer almıştır. Kendisinin ve diğer destekçilerin amacı, tutuklu ve tutuksuz yargılanan basın mensuplarıyla dayanışma içinde olduklarını göstermektir. Bu katılımın sebebi nihayetinde bu olayların uluslararası basına yansımaları sağlamaktır. Fakat anlaşılabilir ki, batı ve kuzey Avrupalıların gazemeyi çok sevdiği İstanbul'un basın özgürlüğü, gazete ve dergilerin pek de umrunda değildir.

«Medien lügen»,
Streetart in Istanbul,
2013.



Und Vorwürfe, die alle Tätigkeiten eines praktizierenden Journalist_innen zum Beweis der Anklage umdeuten: So werden offizielle Redaktionskonferenzen in der Logik des Anklage plötzlich zu geheimen Treffen einer bewaffneten Organisation. Das «Prinzip anonymisierter Zeugenaussagen» setze das Recht der Angeklagten auf Verteidigung grundsätzlich ausser Kraft: «Weder die Angeklagten noch die Anwälte können im Gerichtssaal die Richtigkeit der Aussagen dieser Zeugen und ihrer Beschuldigungen überprüfen», ist Rechtsanwalt Kanar empört. In der Anklageschrift spricht der Staatsanwalt von dem «so genannten Kurdistan». Er wendet sich die meiste Zeit von den Angeklagten und Zuschauer_innen ab – zu sehen ist dann nur die hohe Rückenlehne seines schwarzen Drehstuhls. Seine Arbeit wird ihm von zwei professionellen Vorlesern abgenommen: Tag für Tag, Stunde für Stunde lesen sie in einem immer gleich bleibenden Sing-sang Seite für Seite der 802 Blätter langen Anklageschrift vor. Abgehörte Telefongespräche, E-Mails, Facebook-Beiträge und Twitter-Meldungen.

Am letzten Prozesstag vom 3. März 2013 haben die Angeklagten unter Protest nicht teilgenommen. Sie wollen die Verhandlungen boykottieren, bis die undemokratischen Antiterror-Gesetze abgeschafft und die aktuell etwa 500 schwerkranken politischen Gefangenen freigelassen werden. Vor dem Sondergericht vertraten die Anwalt_innen die Angeklagten in Abwesenheit.

Freilassung gefordert Murat Cakir ist Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen und schreibt regelmässig Kolumnen für die kurdische Tageszeitung Özgür Gündem in Istanbul. Seit Beginn der Repressionswelle verfolgt er die Situation seiner Kolleg_innen: «Die KCK-Prozesse verfolgen in erster Linie das Ziel, die kurdische Bewegung zu schwächen, indem insbesondere linke Journalisten ausgeschaltet werden sollen.» Seit Jahren fordern nicht nur die Journalistengewerkschaft der Türkei (TGS), Politiker_innen der BDP und der türkische Menschenrechtsverein IHD ein Ende der Anti-Terror-Sondergesetze und die Freilassung aller als «Geiseln des Staates» eingesperrten Menschen. «Die AKP-Regierung muss, wenn ihre aktuellen Demokratisierungspakete ernst genommen werden sollen, sofort alle KCK-Häftlinge freilassen», sagt auch Murat Cakir und stellt klar: «Die Freilassung der KCK-Häftlinge ist meiner Einschätzung nach die wichtigste Voraussetzung für einen konstruktiven Fortgang der Friedensverhandlungen mit der kurdischen Bewegung.»

Auch unabhängig von den KCK-Prozessen verschärft sich die Repression in der Türkei dramatisch. Bei der Räumung des Gezi-Parks Mitte Juni 2013 kam es zu

massiven Einschränkungen der Pressefreiheit: «Die Polizisten haben uns gezielt die Presseausweise vom Hals gerissen», berichtete Gökhan Biçici Ende August im Münchner DGB-Haus bei einer Grossveranstaltung. Biçici ist Reporter und Moderator beim kurdischen Nachrichtenkanal IMC TV in Istanbul. «Wir haben sehr viele gezielte Angriffe auf Journalisten, brutale Misshandlungen und willkürliche Festnahmen durch die Polizei dokumentiert», so der diesjährige Preisträger für «Pressefreiheit» der TGS. Gemeinsam mit Mitgliedern der dju aus München stellte die TGS ihren Gezi-Report bereits am 24. Juni vor dem Istanbuler Justizpalast öffentlich vor und übergab anschliessend ihre Anzeigen gegen die Istanbuler Polizei: Demnach erlitten allein in Istanbul 28 Journalist_innen durch CS-Gas-Patronen, Wasserwerfer oder Gummigeschosse teils schwere Verletzungen. 22 wurden von der Polizei gezielt angegriffen und bei ihrer Arbeit behindert, 14 wurden bei ihrer Arbeit festgenommen, teils schwer misshandelt und in Untersuchungshaft genommen. Vier Journalist_innen wurden bei Polizeirazzien gegen linke Medien verhaftet. Jeder Fall ist namentlich dokumentiert, eine Reaktion der türkischen Justiz gibt es bis heute nicht. «Reporter ohne Grenzen» zählte in ihrem Bericht vom 8. Juli 2013 türkeiweit 54 verletzte und 34 festgenommene Journalisten – darunter auch zahlreiche Vertreter internationaler Medien.

Mörder nie identifiziert Beim Prozesshearing Ende September 2013 sagte İsmail Yıldız vor Gericht: «Plötzlich soll Journalismus und besonders investigativer Journalismus ein Verbrechen sein. Was wir hier erleben, ist meiner Meinung nach ein faschistischer Angriff aus dem Hinterhalt.» Ein harter Vorwurf. Doch die angeklagten Journalist_innen haben nicht vergessen, dass allein in den 1990er Jahren insgesamt 76 kurdische Kolleg_innen ermordet worden sind – bis heute sind die Täter_innen nicht identifiziert. Yıldız schloss seine Verteidigungsrede mit den Worten: «Wenn die Medien endlich frei über die politischen Zustände und die Repression in der Türkei berichten könnten, würde die Regierung ihr Ansehen in den Augen der Welt verlieren.»

— Michael Backmund

Informationen zum Autor siehe Seite 31

Informationen

<http://dju.verdi.de/ueber-uns/international/>

Türkisches «Feindstrafrecht»: Anwälte und Anwältinnen auf der Anklagebank

Prozessbeobachtungen in Istanbul — In keinem anderen Land werden so viele Personen wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verhaftet und angeklagt wie in der Türkei: Vorsichtigen Schätzungen zufolge etwa 8000 Personen alleine in den Jahren 2009 bis 2012. Nach den landesweiten Protesten von 2013 dürfte diese Zahl weiter angestiegen sein beziehungsweise noch weiter ansteigen. 2012 gab der türkische Justizminister an, es seien 213 Verfahren mit insgesamt 2146 Angeklagten eröffnet worden. Angeschuldigte in diesen Massenverfahren sind überwiegend kurdische Aktivist_innen mit verschiedenen politischen Hintergründen: Gewerkschafter_innen, Menschenrechtsaktivist_innen, Student_innen, Journalist_innen oder Politiker_innen. Hinzu kommen deren Rechtsvertreter_innen. Wer in der Türkei politische Aktivist_innen verteidigt, muss damit rechnen, selbst angeklagt zu werden.

Zwei der aktuell grössten Prozesse gegen Anwalt_innen sind der KCK-Anwaltsprozess und der ÇHD-Anwaltsprozess. Aber auch in Istanbul, Diyarbakır und anderen Städten werden Anwalt_innen ebenfalls Mitgliedschaft in der KCK, Teilnahme an angeblich unzulässigen Demonstrationen oder Widerstand gegen die Polizei vorgeworfen. In einem Ende Februar abgeschlossenem Strafverfahren war der gesamte Vorstand der Istanbul Anwaltskammer angeklagt worden, weil dieser einen Richter aufgefordert hatte, die Rechte der Anwalt_innen zu respektieren.

Der KCK-Anwaltsprozess Im November 2011 kam es zum zahlenmässig bislang grössten Angriff auf die Anwaltschaft: 50 Personen, darunter 46 Anwalt_innen, wurden in verschiedenen Provinzen der Türkei unter dem Vorwurf der Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Gruppierung in Gewahrsam genommen. Diese Verhaftungen gehörten zur «Operation KCK», einer Repressionswelle, die bereits im April 2009 begonnen hat und die sich zumeist gegen kurdische Aktivist_innen, Journalist_innen und eben auch ihre Rechtsvertreter_innen richtet. Die «Koma Civaken Kurdistan», auf deutsch «Union der Gemeinschaften Kurdistans», ist ein auf Initiative des inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan gebildeter Dachverband. Nach Ansicht von Staatsanwaltschaft, Justiz und der Sicherheitsbehörden bildet er den städtischen Arm der PKK.

Die angeklagten Anwalt_innen waren alle an der Verteidigung Öcalans beteiligt oder haben Angeschuldigte aus anderen «KCK-Verfahren» vertreten. Die Tätigkeiten, die ihnen vorgeworfen werden, gehören zur Berufsausübung – die Anklage ist reine Konstruktion. Nur schon der anwaltschaftliche Kontakt zum Mandanten Abdullah Öcalan wurde als Indiz dafür gewertet, dass sie am Aufbau eines Informationsnetzwerkes zwischen Öcalan und der Organisation ausserhalb der Gefängnismauern beteiligt gewesen seien – Grund genug, um ihnen Unterstützung beziehungsweise Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation vorzuwerfen. Der KCK-Anwaltsprozess wurde am 14. Juli 2012 eröffnet und dauert nach wie vor an. Elf der Angeklagten befinden sich nunmehr seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft.

«Nur schon der anwaltschaftliche Kontakt wurde als Indiz gewertet, ein Informationsnetzwerk aufzubauen.»

Das ÇHD-Verfahren Vom 24. bis 26. Dezember 2013 begannen in Silivri bei Istanbul die ersten Anhörungstage eines weiteren Prozesses gegen zehn Anwältinnen und zwölf Anwälte aus Istanbul

und Ankara. Auch ihnen wird vorgeworfen, Mitglied einer terroristischen Organisation (hier der DHKP-C) zu sein; in zwei Fällen diese geleitet und in einem Fall versuchten vorsätzlichen Mord angestiftet zu haben. Die angeklagten Anwalt_innen sind alle Mitglied des Çağdas Hukukçular Derneği (ÇHD), die Vereinigung Progressiver Juristinnen und Juristen. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Vorsitzende, Selçuk KOZAĞAÇLI, sowie mehrere Vorstandsmitglieder. Alle waren in einer Kanzlei tätig, die sich als «Anwaltsbüro des Volkes» bezeichnet, mit jeweils einem Büro in Ankara und Istanbul. Die ÇHD-Anwalt_innen bezeichnen sich als revolutionäre Anwalt_innen, weil sie insbesondere die Opfer staatlicher und privater Repression verteidigen; andere (kurdische) Linke, darunter viele Opfer der staatlichen «KCK-Operationen», Gewerkschafter_innen oder Gezi-Park-Demonstrant_innen. Wegen diesen Mandaten und weil sie in vielen Fällen staatliche Verbrechen aufgedeckt haben, werden ÇHD-Anwalt_innen von der Regierung, der Polizei, und der Staatsanwaltschaft als Staatsfeinde angesehen. Neun der zweiundzwanzig Angeklagten wurden fast ein Jahr lang in Untersuchungshaft gehalten – nur vier von ihnen wurden nach der Anhörung im Dezember 2013 unter Auflagen frei gelassen.

Massenprozesse in Mitten von Nichts Geführt werden beide Prozesse in Silivri, einer «Gefängnissiedlung» etwa 70 Kilometer von Istanbul entfernt. In Mitten von Nichts befindet sich die Gefängnisanlage inklusive Gerichtsgebäude – komplett eingezäunt und von Militär und Polizei bewacht. Alleine schon der Gerichtssaal im neu errichteten Gebäude zeigt, dass sich die türkische Regierung auf viele Massenprozesse vorbereitet hat – so bietet der riesige Saal Platz für rund 350 Angeschuldigte, deren Anwalt_innen, Presse und Zuschauer_innen; insgesamt etwa 1000 Personen. Da man von den hinteren Reihen nicht mehr nach vorne sieht und nicht hören kann, was dort gesprochen wird, wurden Mikrofone, Lautsprecher, Kameras und Leinwände installiert. Alles in allem eine absurde Szenerie.

Gerechtigkeit spielen Insgesamt sind die Prozesse von zahlreichen Rechtsverletzungen geprägt. Nicht nur, dass die Garantien der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), zu deren Vertragsstaaten auch die Türkei gehört, nicht eingehalten werden, auch die Regelungen des türkischen Prozessrechts scheinen kaum eine Bedeutung zu haben.

Fünfzehn der angeklagten ÇHD-Anwalt_innen wurden Ende Januar 2013 in einer

«Chömet nume Polizei,
bringet das Gas»,
Streetart in Istanbul,
Dezember 2013.



Nacht und Nebel Aktion festgenommen. Ihre Büros und auch das ÇHD-Vereinslokal wurden durchsucht. Im März 2013 entsandte die Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt (EJDM) eine Untersuchungskommission, um die Hintergründe der gegen die ÇHD gerichteten Operation aufzuklären. In Gesprächen mit Anwält_innen der betroffenen Kanzleien, mit den Präsidenten der Anwaltskammer und der Ärztekammer Istanbul ergab sich ein erschreckendes Bild staatlicher Willkür und Gewalt und der Missachtung nationaler und internationaler gesetzlicher Bestimmungen: Bereits bei der Durchsuchung der Büros und der Privaträume der Angeklagten scherte sich die Polizei nicht um gesetzliche Bestimmungen. Auf die vom Gesetz vorgeschriebene Anwesenheit des Staatsanwalts wurde mehrere Stunden lang verzichtet. Unter Verletzung des Anwaltsgeheimnisses wurden Akten von Mandant_innen mitgenommen sowie Computer-Festplatten kopiert. Neun der Verdächtigten mussten auf Antrag des Staatsanwalts bis zum Prozessbeginn fast ein Jahr Untersuchungshaft ertragen, darunter auch der Vorsitzende des ÇHD.

Bei der Festnahme der Anwält_innen wurden völlig unangemessene Methoden eingesetzt. Fingerabdrücke, Speichel- und Blutproben wurden unter brutalem Zwang entnommen. Diese Beweismittel finden sich in der Anklageschrift aber nicht mehr wieder. Offenbar waren sie selbst aus Sicht der Staatsanwaltschaft ungeeignet und unnötig beschafft. Den inhaftierten Ange-

«Vertrauliche Gespräche zwischen Anwältinnen und Mandant wurden systematisch aufgezeichnet.»

klagten wurde in den ersten sechs Monaten keine Gelegenheit gegeben, sich bei der monatlichen Haftprüfung gegen die Untersuchungshaft zur Wehr zu setzen. Ihren Strafverteidiger_innen wurde keine Akteneinsicht gewährt, so konnten sie keine Entlastungsbeweise vortragen. Und an den Haftprüfungsterminen durften sie nur per Videokonferenz teilnehmen.

Der KCK-Anwaltsprozess präsentiert sich nicht viel anders. Die für alle Angeeschuldigten gemeinsame Anklageschrift enthält zwar auf knapp 900 Seiten Auf-

zeichnungen von beruflichen Kontakten, Sitzungen und Gefängnisbesuchen, jedoch keine konkreten Tatvorwürfe gegen die Einzelnen. Die angeblichen Beweise, auf die sich die Anklage stützt, sind zum größten Teil unter Verletzung der nach türkischem Recht geltenden Sonderbestimmungen zum Schutz von Anwält_innen gesammelt worden. Beispielsweise wurden die notwendigen Bewilligungen zur Telefonüberwachung sowie für die Durchführung von Haus- und Kanzleidurchsuchungen nicht eingeholt. Auch wurden seit 2005 die vertraulichen Gespräche zwischen Öcalan und seinen Anwält_innen aufgezeichnet – eine massive Verletzung des Anwaltsgeheimnisses. Die Verteidigung beantragte wiederholt, diese widerrechtlich erlangten Beweise aus den Akten zu weisen. Obwohl dies in vergleichbaren Verfahren bereits gutgeheißen wurde, lehnte der Vorsitzende diesen Antrag bisher ab.

Die Verletzung der Verteidigungsrechte wird durch die mangelhafte Qualität der vorhandenen Beweise weiter verschärft. Die 213 Aktenordner beschränken sich in weiten Teilen auf polizeiliche Aufzeichnungen, Rapporte und Protokolle, in denen Funde aus E-Mails, Telefonüberwachungen oder Observationen von der Poli-

HERKES TERÖRIST MI?

Türkiye'de sayısız insan «Terör örgütü» üyeliği ya da bu örgütlerin propandasını yapmakla suçlanıyor. Yaklaşık tahminlere göre sadece 2009-2012 yılları arasında 8000 civarı insan bu gerekçeyle tutuklandı. Sanıklar; sendikacılar, insan hakları aktivistleri, öğrenciler, gazeteciler, siyasetçiler... Onların hukuki temsilcileri de sanık olarak onlara dahil edildi! İki güncel büyük avukat davası mevcut; KCK-avukatlar davası ve ÇHD-avukatlar davası. Her iki dava süreci de hem Türk hukukuna hem de Avrupa İnsan Hakları Sözleşmesine aykırılıklarla dolu. Sanıklar bu koşullar altında ve hiçbir gerçek gerekçe olmaksızın aylardır hapisnedeler. Duruşmaların iddiaları aydınlatarak cezai yaptırıma gitmek gibi bir içeriği yok, siyasi davalar bizzat siyasi cezalandırma amacına dönüşmüş durumda. İddia makamı gözdağı veren ve tüm sanıkların savunma haklarına kabul edilemez biçimde saldırı ve bunu ihlal eden bir pozisyonda. Bu yargılamalar derhal sona erdirilmeli ve tüm politik tutuklular serbest bırakılmalıdır.

zei beschrieben werden. Die Grundlage dieser polizeilichen Dokumentation, also etwa die E-Mails, die Telefonaufzeichnungen oder das Bildmaterial selbst, sind jedoch nicht enthalten. Von den ursprünglich verhafteten Anwälten des KCK-Prozesses, befinden sich elf noch immer in Untersuchungshaft – seit nunmehr 29 Monaten. Eine derart lange Haftdauer ohne rechtskräftige Verurteilung kommt einer vorgezogenen Bestrafung ohne Urteil gleich und übersteigt klar die Grenzen des Zulässigen.

Türkische Anwälte zeigen sich solidarisch Die Unterstützung für die angeklagten Anwälte und die Solidarität mit ihnen ist gross. So haben etwa am Abend vor dem Beginn des ÇHD-Prozesses gut 2000 Anwälte in Roben an einer Demonstration im Zentrum Istanbuls teilgenommen. Der sich Richtung Taksim-Platz bewegendes Demonstrationzug wurde aber vorzeitig von einem gewaltigen Polizeiaufgebot gestoppt. Die Anwälte liessen sich nicht provozieren. Der Präsident der Anwaltskammer, selber in einem anderen Verfahren angeklagt, ergriff das Mikrophon und stieg auf das Dach eines Kleinlieferwagens. 30 Minuten hören Polizisten und Demonstranten seiner Anklage gegen die türkische Regierung und seine Verurteilung der Massenprozesse gegen Anwälte zu. Zu Gewalt kam es nicht.

Prozessbeobachtung und internationale Öffentlichkeit Die ÇHD ist seit vielen Jahren aktives Mitglied in der EJDM, in der auch die Demokratischen Juristinnen der Schweiz (DJS) Mitglied sind. An der Prozessöffnung gegen die Kolleginnen des ÇHD haben etwa 25 Juristinnen, viele von ihnen in Roben, als Beobachterinnen am Prozess teilgenommen. Bisher war auch an

allen Prozesstagen des Anwaltsprozesses eine internationale Delegation von Juristinnen anwesend. Die Beobachterinnen kamen etwa aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Griechenland, Holland, Italien, Österreich, Spanien und der Schweiz.

Die Beobachterinnen verfolgen mehrere Ziele. Dem Gericht soll signalisiert werden, dass ausländische Beobachterinnen den Prozessverlauf mitverfolgen und auf Verfahrensfehler oder sonstige fehlerhafte Anwendung türkischen beziehungsweise internationalen Rechts achten. So unterrichten die Delegierten im Anschluss an die Beobachtung ihre jeweiligen Organisationen, aber auch die ihnen zugänglichen Medien über die Prozesse. Nicht zuletzt zeigen sich die Beobachterinnen so aber solidarisch mit ihren Berufskolleginnen, die in der Türkei zu Opfern staatlicher Willkürjustiz geworden sind.

Ein Zwischenergebnis und weitere Prozesstermine Die Fortsetzung des KCK-Anwaltsprozesses ist auf den 8. April 2014, die Fortsetzung des ÇHD-Verfahrens für die Tage vom 15. bis 17. April 2014 festgesetzt worden. Elf beziehungsweise fünf Kolleginnen verbleiben mindestens bis zu den nächsten Verhandlungstagen ihrer jeweiligen Prozesse in Untersuchungshaft. Wer warum aus der Haft entlassen wurde oder nicht, liess sich nicht nachvollziehen, die Entscheidungen wurden jeweils nicht begründet.

Die Prozesse gegen die Anwälte, aber auch die anderen Massenprozesse (siehe Artikel auf Seite 31) stellen ein weiteres trauriges Kapitel in der Geschichte der politischen Entwicklung in der Türkei dar: Die Justiz als dritte Gewalt wird faktisch abgeschafft. Wer in den Verfahren strafrechtliche «Wahrheit» oder gar «Gerechtigkeit»

finden möchte, kann lange suchen – liegen einer politisch motivierten Strafverfolgung eben gerade andere Ziele zugrunde. Auch wenn ab und an kleine Erfolge erzielt werden konnten, müssen die Verfahren grundsätzlich in Frage gestellt werden. Bei der Beobachtung des KCK-Anwaltsprozesses und des ÇHD-Verfahrens hat sich der Eindruck bestätigt, dass es nicht um die Aufklärung der vorgeworfenen Taten geht, sondern um einen politisch motivierten Prozess zur Schwächung oppositioneller Bewegungen. Solche Strafverfahren dienen schnell mal dazu, politische Gegnerinnen zu verfolgen und dieser Verfolgung mit einer gerichtlichen Verurteilung – so konstruiert die Vorwürfe auch sein mögen – nach aussen hin einen demokratischen und legalen Anstrich zu verleihen. Vorwürfe nach Antiterrorgesetzen «eigenen» sich besonders gut, denn es dürfte einem breiten, internationalen Konsens entsprechen, gegen vermeintliche Terroristinnen mit aller Härte vorzugehen. Und wer sich mit den Betroffenen solidarisch zeigt, läuft Gefahr, selber als «Terroristen-Freund_in» ins gesellschaftliche Abseits zu geraten. So kommen immer mehr auch die Strafverteidigerinnen von Terror-Angeklagten ins Visier der türkischen Regierung. Diese strafrechtliche Verfolgung der Verteidigerinnen können nur als gezielte Einschüchterungen und als nicht hinnehmbarer Angriff auf das Recht auf Strafverteidigung aller Angeklagten interpretiert werden. In diesem Sinne ist weiterhin konsequent und mit aller Deutlichkeit, die Einstellung der geführten Massenverfahren und die Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern.

— **Thomas Schmid und Annina Mullis**

Thomas Schmid ist Jurist und Generalsekretär der Europäischen Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt (EJDM).

Annina Mullis ist Juristin und Vorstandsmitglied der Demokratischen Juristinnen Schweiz (DJS). Beide haben in der Türkei als Delegierte an Prozessbeobachtungen teilgenommen.

Filmzyklus

Türkei – Kurdistan**1. – 30. April 2014**

im Kino in der Reitschule Bern

MY CHILD

SCHWEIZ-PREMIERE

Can Candan, Türkei 2013, 82 Min., Ov/e

Der Film zeigt eine Gruppe Mütter und Väter in Istanbul. Sie sind Eltern von lesbischen, schwulen, bisexuellen oder transsexuellen Kindern (LGBT). Diese Eltern akzeptieren ihre Kinder nicht bloss, sondern kämpfen mit ihnen für Akzeptanz in einer konservativen, homophoben und transphoben Gesellschaft.

REISE DER HOFFNUNG

Xavier Koller, Schweiz/Italien/Deutschland 1990, 100 Min., Ov/d

Der Schweizer Filmemacher erhielt für die Geschichte einer türkischen Familie, welche die lange und beschwerliche Flucht in die Schweiz antritt, 1991 einen Oscar für den besten fremdsprachigen Film. Im September 1988 bricht das Ehepaar mit einem seiner acht Kinder in einem kleinen türkischen Dorf in das vermeintliche Paradies auf – die Reise nimmt aber ein tragisches Ende. Der Film basiert auf wahren Begebenheiten.

MIN DÎT – DIE KINDER VON DIYARBAKIR

Miraz Bezar, Türkei/Deutschland 2009, 102 Min., Ov/d

Der Film spielt in der Stadt Diyarbakır im Südosten der Türkei. Drei Geschwister einer kurdischen Mittelstandsfamilie müssen sich selber durchschlagen, nach dem ihre Eltern vor den Augen der Kinder vom Geheimdienst erschossen wurden.

**EKÜMENOPOLIS:
STADT OHNE GRENZEN**

SCHWEIZ-PREMIERE

Imre Azem, Türkei 2011, 88 Min., Ov/d

Der Film erzählt die Geschichte der neoliberalen Zerstörung Istanbuls: ökologische Probleme, dramatische soziale Konsequenzen, hemmungslose Immobilien-Spekulationen und Mega-Baupläne. Schonungslos zeigt Ekümenopolis den Mangel an Planung und die Folgen willkürlicher Stadtbebauung.

**MAVI RING – DER BLAUE
GEFÄNGNISTRANSPORTER**

Ömer Leventoğlu, Türkei/Deutschland 2013, 87 Min., Ov/e

4. August 1989. Es ist der 35. Tag des Hungerstreiks der Inhaftierten im Gefängnis von Eskişehir. Zu nächtllicher Stunde werden die Gefangenen aus ihren Zellen gezerrt und in einen, für diesen Transport speziell angefertigten und blau gestrichenen, Gefangenentransporter gepfercht.

DUVARLAR – MAUERN – WALLS

SCHWEIZ-PREMIERE

Can Candan, USA/Türkei 2000, 83 Min., Ov/d

1991 in Deutschland: die Zeit nach dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung, aber auch das Jahr, in dem rassistische Gewalt alltäglich wurde. In Hoyerswerda nahm diese erstmals wieder pogromartige Ausmasse an. Der dreisprachige Dokumentarfilm berichtet aus der Perspektive türkischsprachiger Berliner_innen.

KINO in der Reitschule

Detaillierte Infos zu den Filmen und Daten:
<http://reitschule.ch/reitschule/kino>